



LAND  
BRANDENBURG

# Haushaltsplan 2019/2020

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und  
Landesplanung



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	9
Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans - HHJ 2019	10
Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans - HHJ 2020	12
Kapitel 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	14
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	26
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	41
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	65
Kapitel 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg	73
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr	84
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	101
Kapitel 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -	121
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	133
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans - HHJ 2019	152
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans - HHJ 2020	155
Zusammenfassung der Stellenübersicht	158
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans - HHJ 2019	159
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans - HHJ 2020	161
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	163

## VORWORT

### VERZEICHNIS

der Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg:

#### A Behörden

Landesoberbehörden  
Landesamt für Bauen und Verkehr - Kapitel 11 400

#### B Landesbetriebe

Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, Städtebauförderung, EU-Förderung, Städtebaurecht, Stadt-Land-Zusammenarbeit
- Wohnungswesen, Wohnungsbauförderung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld, Wohnungswirtschaft
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik, Baukultur
- Energieeffizienz in Städten und Gebäuden, Digitalisierung in der Stadt
- Landesplanung, Raumordnung und -beobachtung, Regionalplanung, Braunkohleplanung und -sanierung
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit
- gemäß Artikel 90 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes, Begleitung der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung und Übergang der Verwaltung der Bundesautobahnen von der Auftragsverwaltung des Landes in die Direktverwaltung des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung, die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht.

Für den weiteren Aufbau der Verkehrsinfrastruktur und der integrierten Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen werden dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das Ministerium für Wirtschaft und Energie weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

- Kapitel 11 010 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
- Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung
- Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens
- Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
- Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr
- Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau
- Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger - ohne öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

## **Kapitel 11 010 - Ministerium**

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

## **Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen**

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für:

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- Zuschüsse an die Regionalen Planungsgemeinschaften

## **Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Das Kapitel enthält insbesondere die Ausgaben für die Städtebauförderung auf der Grundlage der jährlich mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen nach Artikel 104b GG. Die Bundesfinanzhilfen sind durch das Land in gleicher Höhe zu komplementieren. Eine darüber hinausgehende landesseitige Förderung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt eine Förderung über folgende Programme:

- denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen
- die Soziale Stadt
- städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Stadtumbau (Ost) mit den Teil-Programmen Aufwertung, Rückbau, Rückführung städtischer Infrastruktur sowie Sanierung, Sicherung und Erwerb von Altbauten
- Aktive Stadtzentren
- Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit

Der Masterplan Stadtumbau definiert als Grundlage der künftigen integrierten Förderpolitik im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik im Sinne des Grundsatzes „Stärken stärken“ die fachlichen und räumlichen Schwerpunkte der Förderung. Er enthält auch Aussagen zur Fördersystematik und zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK). Seit 2017 greift zusätzlich „Stadt für Alle“ als Strategie Stadtentwicklung und Wohnen für das Land Brandenburg.

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden für Gesamtmaßnahmen von wachsenden, sich stabilisierenden und schrumpfenden Städten eingesetzt, um städtebauliche Funktionsverluste zu beheben oder diesen vorzubeugen (vgl. § 171 a des Baugesetzbuches - BauGB). Dabei werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Kommunen für Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt. Ebenfalls wird die Stabilisierung von sozialer und technischer Infrastruktur über Fördermittel des Stadtumbaus ermöglicht. Das Ziel der Innenstadtstärkung kann über die Unterstützung von Altbauimmobilien erfolgen.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt. Im Rahmen der Stadterneuerung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Aktive Stadtzentren“ werden für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen eingesetzt, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Im Programm „Die Soziale Stadt“ wird sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die der nachhaltigen sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile dienen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ werden zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in kleinen Städten und Gemeinden in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt. Hierdurch sollen kleine Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge und in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden. Förderfähig sind überörtlich zusammenarbeitende oder ein Netzwerk bildende Städte oder Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten bzw. kleinere Städte in Abstimmung mit ihrem Umland.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung städtischen Grüns – Zukunft Stadtgrün“ sind bestimmt für städtebauliche Maßnahmen der Anlage, Sanierung bzw. Qualifizierung und Vernetzung öffentlich zugänglicher Grün- und Freiflächen im Rahmen der baulichen Erhaltung und Entwicklung von Quartieren als lebenswerte und gesunde Orte, die der Steigerung der Lebens- und Wohnqualität, der gesellschaftlichen Teilhabe, der Verbesserung des Stadtklimas und der Umweltgerechtigkeit insbesondere durch eine gerechte Verteilung qualitativ hochwertigen Stadtgrüns sowie dem Erhalt der biologischen Vielfalt und der Naturerfahrung dienen.

## **Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens**

In diesem Kapitel sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Wohnraumförderung (WRF) und das Wohngeld veranschlagt.

Nach Artikel 143c GG erhalten die Länder vom Bund ab 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2019 u. a. als Ausgleich für die Abschaffung der Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung jährlich Beträge aus dem Haushalt des Bundes (§ 1 Entflechtungsgesetz – EntflechtG).

Das Land Brandenburg hat mit dem Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz (GWHBFöG) festgelegt, dass die Finanzmittel aus dem Entflechtungsgesetz des Bundes zweckgebunden einzusetzen sind.

Nach Auslaufen des Entflechtungsgesetzes werden dem Landeswohnungsbauvermögen (LWV) ab 2020 Mittel aus dem Landeshaushalt für investive Maßnahmen zugeführt, um sicherzustellen, dass auch 2020 Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung im Umfang von 100 Mio. EUR aus dem LWV gemäß § 2 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2019/2020 gefördert werden können.

Die WRF wird vordringlich für die energetische und generationsgerechte Sanierung von innerstädtischen Mietwohnungsbeständen und die Herstellung des barrierefreien Zugangs zu Wohnungen sowie für innerstädtischen Mietwohnungsneubau im Kontext einer Quartiersentwicklung zugunsten einkommensschwacher Haushalte eingesetzt. Darüber hinaus wird die Förderung zur Bildung von Wohneigentum in innerstädtischen Lagen und die behindertengerechte Anpassung unterstützt.

Gefördert wird gemäß den Vorgaben des Masterplans Stadtumbau konzentriert in den innerstädtischen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie den Vorranggebieten Wohnen und den Konsolidierungsgebieten. Im Zuge einer integrierten Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik kommt der Kombination von Wohnraum- und Städtebauförderung besondere Bedeutung zu.

Die Ausgaben für das Wohngeld werden dem Land aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) zur Hälfte vom Bund erstattet.

## **Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg**

Die Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) regelt der Landesplanungsvertrag. Der GL obliegen die Erarbeitung und Fortschreibung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms und der gemeinsamen Landesentwicklungspläne sowie von gemeinsamen Struktur- und Entwicklungskonzepten. Gemäß Landesplanungsvertrag werden die Ausgaben (außer bei Fachpersonal) zu gleichen Teilen durch die Länder getragen.

Die GL prüft und genehmigt die von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg aufgestellten Regionalpläne und nimmt die Aufgaben der Braunkohlen- und Sanierungsplanung sowie der Finanzierung der Braunkohlesanierung wahr.

## **Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)**

Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Hoppegarten mit Außenstellen in Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam, Schönefeld und Berlin. Sie ist Obere Verkehrsbehörde, Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Infrastrukturförderungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Bautechnisches Prüfamt des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Straßenverkehrsrecht, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr, in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung, in bautechnischen Angelegenheiten und nimmt die Aufgaben der Raumbewachung und der Marktüberwachung wahr.

Es ermittelt wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Grundlagen und leitet die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse für das Land ab.

Das Landesamt ist Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Brandenburgischen Straßengesetz.

Zudem ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg eine Abteilung des Landesamtes, die für den Vollzug der den Ländern im Rahmen der Bundeauftragsverwaltung übertragenen Aufgaben in den Bereichen Luftverkehr und Luftsicherheit, mit Ausnahme der Verantwortung für den Verkehrsflughafen Berlin-Tegel, zuständig ist. Damit nimmt sie insbesondere die Funktion der Planfeststellungs- und Genehmigungsbehörde für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld, später Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg, und die Landeplätze in beiden Ländern wahr. Weitere Aufgaben bestehen u. a. in der Erteilung und Verwaltung von Privatpilotenlizenzen, der Genehmigung und Beaufsichtigung von Ausbildungsorganisationen und Luftfahrtunternehmen sowie der Bearbeitung von Luftfahrthindernisangelegenheiten und Anträgen auf besondere Nutzung des Luftraumes sowie der Genehmigung von Luftfahrtveranstaltungen. Außerdem gehört die Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Flugbetriebes und der der Allgemeinheit durch den Flugbetrieb drohenden Gefahren gemäß § 29 Absatz 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) zu den Kernaufgaben.

Für die rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung der Aufgaben muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

## **Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau**

Im Land Brandenburg nimmt der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) mit Sitz in Hoppegarten die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr. Der Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet ca. 9.500 km Landes- und Bundesfernstraßen, davon ca.

3.700 Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Autobahnen); außerdem über 2.500 Brücken, davon rd. 1.800 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes sowie 700 km Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen und 1.600 km Ortsdurchfahrten an Landesstraßen.

Wesentliche Aufgaben des Landesbetriebes sind:

- Unterhaltung, Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Planung, Neubau, Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich Nebenanlagen
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen
- Verwaltung der Landes- und Bundesfernstraßen und Nebenanlagen
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems
- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben und für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheit
- Ausbildungsbetrieb für den Beruf der Straßenwärterin/des Straßenwärters

In diesem Kapitel werden die Zuweisungen an den Landesbetrieb für Personal, Sach- und investive Ausgaben sowie die Zuweisungen für die Abwicklung des kommunalen Förderprogramms eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgaben sowie die Mittel für die Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

#### **Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger – ohne öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

Das Kapitel enthält Ausgabemittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Veranschlagt sind Mittel für grundsätzliche Untersuchungen zu strategischen Fragen des Verkehrs, zu prognostischen Einschätzungen der Verkehrsentwicklung und sich daraus ergebenden Fragen der Gestaltung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landeseisenbahnaufsicht gemäß dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) und Aufgaben der Technischen Aufsichtsbehörde gemäß dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind weitere Ausgabemittel im Kapitel veranschlagt.

Weitere Mittel sind für die Genehmigung der Entgeltordnung des Flughafens, die Aufsicht zu Bodenabfertigungsdiensten sowie die Durchführung von Verfahren zur Auswahl von Bodenabfertigungsdiensten vorgesehen.

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs gemäß Brandenburgischem Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.03.2012 sowie der daraus resultierenden Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für Schifffahrtszeichen und Betonung veranschlagt.

#### **Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)**

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und aus Kompensationsleistungen des Bundes auf Grundlage des Entflechtungsgesetzes i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen.

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im SPNV schließt das Land als Aufgabenträger entsprechende Leistungsverträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Hierfür sind die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen. Diese enthalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs sowie Mittel für Investitionen zur Herstellung der Barrierefreiheit nach § 3 Absatz 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß Investitionsrichtlinie (Rili ÖPNV-Invest) durch das Landesamt für Bauen und Verkehr bewilligt werden. Zusätzlich werden mit dem Investitionsprogramm I2030 große Investitionsvorhaben im Ergebnis der Korridoruntersuchung und des Landesnahverkehrsplans umgesetzt.

**Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2017 und der Haushaltsansätze 2018 – 2022**

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Vorjahr gesamt	123	136	145	159	169	178
Zugänge						
- Ruhestand	13	8	13	9	8	7
- Hinterbliebene	0	1	1	1	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>136</b>	<b>145</b>	<b>159</b>	<b>169</b>	<b>178</b>	<b>186</b>
<b>IST-/Sollausgaben in EUR</b>	<b>4.395.100</b>	<b>4.919.700</b>	<b>5.338.700</b>	<b>5.712.400</b>	<b>6.024.500</b>	<b>6.326.700</b>

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 11 020 bei Titel 432 10 veranschlagt.



**Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg einschließlich des EPLR für Zwecke des Einzelplanes**

**Förderperiode 2014 - 2020**

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem Operationellen Programm Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE) für Brandenburg 2014 - 2020 in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Für den Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) stehen indikativ insgesamt 213 Mio EUR aus den drei Fonds EFRE (148,0 Mio EUR), Europäischer Sozialfonds (ESF, 5,0 Mio EUR) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, 60 Mio EUR) zur Verfügung. Dieses Budget wird in Abhängigkeit vom inhaltlichen Ergebnis der Wettbewerbsverfahren in Jahrestanchen auf die Förderschwerpunkte in den Operationellen Programmen EFRE und ESF sowie im EPLR aufgeteilt und gemäß der jeweiligen fondsspezifischen Regularien umgesetzt.

Die Zuweisungen aus dem EFRE sind bei Kapitel 08 050, TGr. 74 (für die Technische Hilfe bei TGr. 75) und die aus dem ESF bei Kapitel 07 030, TGr. 78 (nur ESF-Mittel) und 79 (nur Landesmittel) veranschlagt; die Mittel des ELER sind bei Kapitel 10 026, TGr. 80, veranschlagt.

Die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge stehen zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EU-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2019	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung/SUW**2*3	34.600	0	0
Mobilität*	6.600	0	875

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2020	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung/SUW**2*3	31.000	0	0
Mobilität*	5.600	0	625

\*

Kofinanzierung erfolgt teilweise durch die Antragsteller, im Programm Mobilität teilweise auch aus 11 460, 891 12.

\*2

Die Ausgaben beziehen sich auf alle Ausgaben im Rahmen des SUW (auch wenn sie Belange anderer Landesressorts betreffen), weil das MIL der Richtliniengeber ist bzw. die Federführung für den SUW innehat.

\*3

Im Vorwort des MLUL sind der Hochwasserschutz und ggf. weitere durch das Land kofinanzierte Teile dargestellt.

**Haushaltsübersicht 2019**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		24.300			24.300	18.647.500
11020		15.000			15.000	5.382.300
11040				49.216.400	49.216.400	
11060			18.500.000	59.490.300	77.990.300	
11200		1.520.000	1.327.000		2.847.000	
11400		1.545.500	99.300	105.700	1.750.500	13.683.100
11460				27.284.200	27.284.200	
11470		132.500			132.500	
11500		21.500	446.210.000	52.608.000	498.839.500	
<b>Summe 2019</b>		<b>3.258.800</b>	<b>466.136.300</b>	<b>188.704.600</b>	<b>658.099.700</b>	<b>37.712.900</b>
<b>Summe 2018</b>		<b>2.437.600</b>	<b>478.506.300</b>	<b>180.984.000</b>	<b>661.927.900</b>	<b>35.112.000</b>
Vgl. zu 2018		+821.200	-12.370.000	+7.720.600	-3.828.200	+2.600.900

**Haushaltsübersicht 2019**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
3.548.700			56.100		22.252.300	-22.228.000
998.800	4.058.500			-167.300	10.272.300	-10.257.300
433.900	128.500		95.650.600		96.213.000	-46.996.600
132.200	37.000.000		59.490.300		96.622.500	-18.632.200
1.983.800	4.135.300		39.043.200		45.162.300	-42.315.300
4.428.700	60.000		370.900	105.700	18.648.400	-16.897.900
200.700	143.979.100		121.467.400		265.647.200	-238.363.000
1.190.500	818.000		1.524.000		3.532.500	-3.400.000
200.000	461.261.000		58.108.000		519.569.000	-20.729.500
<b>13.117.300</b>	<b>651.440.400</b>		<b>375.710.500</b>	<b>-61.600</b>	<b>1.077.919.500</b>	<b>-419.819.800</b>
<b>10.962.400</b>	<b>635.907.600</b>		<b>374.007.600</b>	<b>-394.300</b>	<b>1.055.595.300</b>	<b>-393.667.400</b>
+2.154.900	+15.532.800		+1.702.900	+332.700	+22.324.200	-26.152.400

**Haushaltsübersicht 2020**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		24.300			24.300	18.580.300
11020		20.000			20.000	5.757.400
11040				52.387.500	52.387.500	
11060			18.500.000	30.277.000	48.777.000	
11200		1.520.000	1.327.000		2.847.000	
11400		1.545.500	99.300	105.700	1.750.500	13.719.100
11460				70.000	70.000	
11470		132.500			132.500	
11500		21.500	444.060.000	24.000.000	468.081.500	
<b>Summe 2020</b>		<b>3.263.800</b>	<b>463.986.300</b>	<b>106.840.200</b>	<b>574.090.300</b>	<b>38.056.800</b>
<b>Summe 2019</b>		<b>3.258.800</b>	<b>466.136.300</b>	<b>188.704.600</b>	<b>658.099.700</b>	<b>37.712.900</b>
Vgl. zu 2019		+5.000	-2.150.000	-81.864.400	-84.009.400	+343.900

**Haushaltsübersicht 2020**

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
3.517.200			326.100		22.423.600	-22.399.300
998.900	4.013.700			-1.127.200	9.642.800	-9.622.800
463.900	128.500		100.601.600		101.194.000	-48.806.500
132.300	37.000.000		30.277.000		67.409.300	-18.632.300
1.991.900	4.135.300		38.113.200		44.240.400	-41.393.400
4.330.200	60.000		445.600	105.700	18.660.600	-16.910.100
192.500	147.549.900		116.377.400		264.119.800	-264.049.800
1.190.500	818.000		1.524.000		3.532.500	-3.400.000
200.000	469.481.000		48.582.000		518.263.000	-50.181.500
<b>13.017.400</b>	<b>663.186.400</b>		<b>336.246.900</b>	<b>-1.021.500</b>	<b>1.049.486.000</b>	<b>-475.395.700</b>
<b>13.117.300</b>	<b>651.440.400</b>		<b>375.710.500</b>	<b>-61.600</b>	<b>1.077.919.500</b>	<b>-419.819.800</b>
-99.900	+11.746.000		-39.463.600	-959.900	-28.433.500	-55.575.900

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>111 10</b>	012	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>24.300</b>	<b>24.300</b>	<b>24.300</b>
			19.980		

**Erläuterungen:**

Gebühren nach Straßenverkehrs- und Straßenverkehrszulassungsordnung.

<b>112 10</b>	011	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

<b>119 10</b>	011	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			8.089		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für Erstattungen von Verfahrenskosten.

<b>119 20</b>	011	<b>Einnahmen aus Veröffentlichungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

<b>132 10</b>	011	<b>Veräußerung von beweglichen Sachen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			67		

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(124 10)</b>	011	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

---

<b>Summe HGr. 1:</b>	<b>24.300</b>	<b>24.300</b>	<b>24.300</b>
----------------------	---------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 78 Pilotprojekt Lanzeitkonten

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(359 78)</b>	851	Entnahme aus der Rücklage Langzeitkonto	<b>0</b>	
			17.420	

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 78	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------------------------	----------	----------	----------

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

<b>421 10</b>	011	<b>Bezüge der Ministerin/des Ministers</b>	<b>157.600</b>	<b>166.500</b>	<b>166.300</b>
			158.401		

**Erläuterungen:**

Amtsbezüge der Ministerin, des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 8 Abs. 3 des BbgMinG und einer Ausgleichszulage gemäß § 66 Abs. 2 und 3 Besoldungsgesetz für das Land Brandenburg (Brandenburgisches Besoldungsgesetz - BbGBesG). Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Vorschriften gewährt.

Mehr aufgrund des Brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2017/2018 (BbgBVAnpG 2017/2018) - veröffentlicht im GVBl. Teil I, Nr. 14 vom 10.07.2017.

<b>422 10</b>	011	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>6.436.200</b>	<b>6.296.100</b>	<b>6.154.600</b>
			6.148.554		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.296.100	6.154.600
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>		<b>6.296.100</b>	<b>6.154.600</b>

Weniger aufgrund von Anpassungen an den Mittelabfluss. Nachbesetzungen erfolgen vermehrt im Tarifbereich (siehe Titel 428 10).

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2018	2019	2020
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B5	hD	5,00	5,00	5,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	21,00	21,00	21,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	19,00	19,00	19,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	33,00	33,00	33,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	21,00	22,00	22,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	35,00	36,00	36,00
Amtsrätin, Amtsrat	A12	gD	21,00	21,00	21,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamt-mann	A11	gD	1,00	1,00	1,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	2,00	2,00	2,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	6,00	6,00	6,00
<b>Zusammen:</b>			<b>165,00</b>	<b>167,00</b>	<b>167,00</b>

**sonstige Stellenplanvermerke:**

1) davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 1 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. gemäß Anlage 1 zum Besoldungsgesetz für das Land Brandenburg (Brandenburgisches Besoldungsgesetz - BbgBesG).



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

	2019	2020			
<b>Zugänge:</b>					
Neue Stellen					
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Städtebaurecht
	1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	Digitalisierung
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge neue Stellen		
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>		
	<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		

422 20	011	<b>Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)</b>	0	0	0
			0		
427 20	011	<b>Entgelte für Aushilfen, Praktikantinnen und Praktikanten</b>	450.000	726.800	726.800
			871.325		

**Erläuterungen:**

Es sind Mittel für durchschnittlich 16 Aushilfen für diverse kurzfristige Projekte und Vertretungsfälle in verschiedenen Abteilungen geplant. Die endgültigen Entgeltgruppen und der vorgesehene Arbeitseinsatz können derzeit nicht konkret benannt werden. Die einzelne Vertragsdauer wird überwiegend zwei Jahre betragen.

Mehr aufgrund des gestiegenen Bedarfs an Aushilfen, der Arbeitsverdichtungen sowie aufgrund der Auswirkungen des Tarifabschlusses vom 17. Februar 2017.

428 10	011	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	10.573.900	11.447.500	11.522.000
			9.290.085		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	305.000	305.000
1.2	tariflichen Entgelte	11.142.500	11.217.000
1.3	Entgelte für Auszubildende		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
	<b>Summe</b>	<u>11.447.500</u>	<u>11.522.000</u>

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikantinnen/Praktikanten geleistet werden.

Mehr aufgrund von Anpassungen an den Mittelabfluss (siehe auch Titel 422 10) und aufgrund der Auswirkungen des Tarifabschlusses vom 17. Februar 2017.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
E 15 Ü	3,00	3,00	3,00
E 15	12,00	12,00	12,00
E 13	0,00	2,00	2,00
E 12	16,00	16,00	16,00
E 11	19,00	19,00	19,00
E 9	11,00	11,00	11,00
E 8	7,00	7,00	7,00
E 4	2,00	2,00	2,00
<b>Zusammen:</b>	<b>70,00</b>	<b>72,00</b>	<b>72,00</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 428 10

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2019	2020	
<b>Zugänge:</b>			
Neue Stellen			
2,00	0,00	E 13	Digitalisierung, Radverkehrsstrategie
2,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

453 10	011	<b>Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen</b>	<b>10.600</b>	<b>10.600</b>	<b>10.600</b>
			0		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld oder -entschädigung	10.600	10.600
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
	<b>Summe</b>	<b>10.600</b>	<b>10.600</b>

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(427 10)	011	<b>Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
----------	-----	---	----------	----------	----------

Summe HGr. 4:		<b>17.628.300</b>	<b>18.647.500</b>	<b>18.580.300</b>
---------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

**HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst**

511 10	011	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>168.700</b>	<b>168.700</b>	<b>168.700</b>
			164.647		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	46.000	46.000
2.	Bücher, Zeitschriften	99.900	99.900
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.800	22.800
4.	Sonstiges	0	0
	<b>Summe</b>	<b>168.700</b>	<b>168.700</b>

511 20	011	<b>Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren</b>	<b>47.200</b>	<b>44.300</b>	<b>44.300</b>
			36.240		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	10.000	10.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	18.500	18.500
3.	Fernmeldegebühren	14.100	14.100
4.	Sonstiges	1.700	1.700
	<b>Summe</b>	<b>44.300</b>	<b>44.300</b>

Weniger wegen Wechsel des Postdienstleisters.

514 25	719	<b>Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB</b>	<b>106.500</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>
			48.707		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 514 25

*Die Zweckbestimmung ist verbindlich.*

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	35.000	35.000
2.	allgemeinen Fahrdienst	45.000	45.000
<b>Summe</b>		<b>80.000</b>	<b>80.000</b>

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in Potsdam.  
 Weniger wegen geringerer Inanspruchnahme der BLB-Fahrdienstleistungen.

517 10	011	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>7.700</b>	<b>7.700</b>	<b>7.700</b>
			4.525		

**Erläuterungen:**

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Heizung		
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf		
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung		
4.	Grundbesitzabgaben		
5.	Bewachungskosten		
6.	Sonstiges	7.700	7.700
<b>Summe</b>		<b>7.700</b>	<b>7.700</b>

Veranschlagt sind die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der ortsveränderlichen Elektrogeräte.

517 25	011	<b>Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells</b>	<b>607.500</b>	<b>596.800</b>	<b>625.200</b>
			565.813		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	14467 Potsdam, Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 8 ( MIL)	596.800	625.200
<b>Summe</b>		<b>596.800</b>	<b>625.200</b>

Weniger in 2019 und mehr in 2020 in Anpassung an Kostenprognose des BLB.

518 10	011	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>1.500</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
			2.149		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	1 Einzelobjekt	2.000	2.000
<b>Summe</b>		<b>2.000</b>	<b>2.000</b>

Veranschlagt sind die Ausgaben zur Anmietung eines Raumes für die Personalversammlung.  
 Mehr wegen Anpassung an die Kostenentwicklung auf dem Immobilienmarkt.

518 20	011	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>
			3.682		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 518 20

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Sanitärbehälter	4.500	4.500
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Faxgeräte	500	500
<b>Summe</b>		<b>5.000</b>	<b>5.000</b>

518 25	719	<b>Mietzahlungen an den BLB</b>	<b>721.600</b>	<b>687.900</b>	<b>687.900</b>
			680.769		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	14467 Potsdam, Henning-von-Tresckow-Str. 2-8 (MIL)	687.900	687.900
<b>Summe</b>		<b>687.900</b>	<b>687.900</b>

Weniger aufgrund der mit dem BLB abgestimmten Mietentwicklung.

519 10	011	<b>Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>
			595		

525 10	011	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	<b>128.800</b>	<b>128.800</b>	<b>128.800</b>
			83.618		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	128.800	128.800
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>		<b>128.800</b>	<b>128.800</b>

526 10	011	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	<b>121.200</b>	<b>121.200</b>	<b>121.200</b>
			26.735		

527 10	011	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>190.000</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>
			74.055		

**Erläuterungen:**

Weniger in Anpassung an das Ist 2017.

529 10	011	<b>Verfügungsmittel</b>	<b>5.100</b>	<b>5.100</b>	<b>5.100</b>
			2.402		

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Ministerin/Minister	3.100	3.100
2.	Staatssekretärin/Staatssekretär	900	900
3.	Dienststellenleiterin/Dienststellenleiter	1.100	1.100
<b>Summe</b>		<b>5.100</b>	<b>5.100</b>

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion des Teilnehmerkreises erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

541 10	011	<b>Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen</b>	<b>45.000</b> 21.506	<b>45.000</b>	<b>45.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligungen an Fachmessen, Durchführung von Konferenzen, Gesprächsreihen und Workshops, für zentrale Veranstaltungen der Landesregierung und für die Gestaltung von Ausstellungen und Präsentationen sowie für die Auslobung von Wettbewerben.

546 15	014	<b>Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB</b>	<b>1.363.600</b> 2.744.669	<b>827.000</b>	<b>795.000</b>
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Entgelt an den Dienstleister (ZIT-BB)

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	127.000	127.000
2	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	9.500	9.500
3	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	32.200	32.200
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Fachverfahren	418.300	418.800
4.2	LVN	51.000	51.000
4.3	TK-Verbund	126.300	93.800
4.4	Kommunikation	54.700	54.700
4.5	IT-Weiterbildung	8.000	8.000
<b>Summe</b>		<b>827.000</b>	<b>795.000</b>

	PC Leistungsklasse 1		Thin-Client		Notebook Leistungsklasse 1	
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
1	2		3		4	
1. Frontend-Pauschale Euro/Monat (Brutto)	28,10	28,10	26,00	26,00	36,20	36,20
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	268	268			1	1
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	11	11	1	1		

	PC Leistungsklasse 2		Notebook Leistungsklasse 2		Notebook Leistungsklasse 3	
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
1	2		3		4	
1. Frontend-Pauschale Euro/Monat (Brutto)	32,10	32,10	42,00	42,00	52,00	52,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	4	4			25	25
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	2	2			8	8

Aus diesem Titel wurden 573.000 € in 2019 und 655.000 € in 2020 zur Finanzierung des Wohngeldverfahrens umgesetzt nach 11 010/511 99.

Das Wohngeldverfahren wird seit 2018 vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) betrieben. Die Rechnungslegung erfolgt über das HMUKLV und wird aus Kapitel 11 010, 511 99 beglichen.

546 20	011	<b>Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte</b>	<b>600</b> 578	<b>600</b>	<b>600</b>
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 546 20

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für die den Vorsitz ausübende Person der Einigungsstelle des MIL.  
 Nach dem PersVG besteht der entsprechende Rechtsanspruch.

546 55 012 **Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements** 12.900 12.900  
 neu

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(514 10) 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 0  
0

(518 30) 011 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 0  
0

**aus Titelgruppen:** 164.000 724.200 696.300

---

Summe HGr. 5: 3.685.500 3.548.700 3.517.200

**HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

812 10 011 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland** 36.100 36.100 36.100  
23.908

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	0
2	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Ausstattung von Büroräumen	36.100	36.100
<b>Summe</b>		<b>36.100</b>	<b>36.100</b>

**aus Titelgruppen:** 10.000 20.000 290.000

---

Summe HGr. 8: 46.100 56.100 326.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 78 Pilotprojekt Lanzeitkonten

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(428 78)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Langzeitkonto	0		
			0		
(919 78)	851	Zuführung zu der Rücklage Langzeitkonto	0		
			50.339		

---

**Nachrichtlich:** Summe TGr. 78 0                      0                      0

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

**Erläuterungen:**

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die auf Grund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2020 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)	0	0	0
			0		
428 79	011	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
			0		

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
E 14	2,00	0,00	0,00
E 9	1,00	0,00	0,00
E 6	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>	<b>4,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2019                      2020

**Abgänge:**

Abgänge infolge Einsparung

2,00                      0,00                      E 14

1,00                      0,00                      E 9

1,00                      0,00                      E 6

---

4,00                      0,00                      Abgänge durch Personalbedarfsplanung

---

**4,00                      0,00                      Stellen Abgänge insgesamt**

---

**-4,00                      0,00                      Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung

Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung

Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung

---

**Nachrichtlich:** Summe TGr. 79 0                      0                      0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	154.000	694.200	666.300
			464.660		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Hardware (Pflege, Wartung Hardware APC)	5.500	5.600
2.	Pflege, Wartung Software	606.700	578.700
3.	Unterhaltung (Druckkosten)	20.000	20.000
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	62.000	62.000
<b>Summe</b>		<b>694.200</b>	<b>666.300</b>

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 010/538 99 (Ist 2017: 0 Euro, Ansatz 2018: 83.100 Euro).

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 010/546 15 (2019: 573.000 €, 2020: 655.000 €) zur Finanzierung des Wohngeldverfahrens.

<b>525 99</b>	<b>011</b>	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	<b>10.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
			241		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	30.000	30.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>		<b>30.000</b>	<b>30.000</b>

Mehr wegen Schulungsbedarfes zur Einführung von EL DOK 2.0.

<b>812 99</b>	<b>011</b>	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen</b>	<b>10.000</b>	<b>20.000</b>	<b>290.000</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Mehr wegen Vorsorge zur EL.DOK 2.0 Einführung. In 2020 sind die Beratungsräume mit Tablets auszustatten.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(518 99)</b>	<b>011</b>	<b>Mieten</b>	<b>0</b>		
			0		

**(538 99) 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 010/511 99 (Ist 2017: 0 Euro, Ansatz 2018: 83.100 Euro).

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	<b>174.000</b>	<b>744.200</b>	<b>986.300</b>
<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>174.000</b>	<b>744.200</b>	<b>986.300</b>



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	24.300	24.300	24.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0

---

<b>Gesamteinnahme</b>		<b>24.300</b>	<b>24.300</b>	<b>24.300</b>
-----------------------	--	---------------	---------------	---------------

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 4	Personalausgaben	17.628.300	18.647.500	18.580.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	3.685.500	3.548.700	3.517.200
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	46.100	56.100	326.100
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0

---

<b>Gesamtausgabe</b>		<b>21.359.900</b>	<b>22.252.300</b>	<b>22.423.600</b>
----------------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-21.335.600</b>	<b>-22.228.000</b>	<b>-22.399.300</b>
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	019	Rückflüsse aus Zuwendungen	198.000	10.000	10.000
			9.399		

**Erläuterungen:**

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	0
			0		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 25 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0	0	0
			0		

119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel	0	0	0
			44.408		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).

132 10	011	Veräußerung von beweglichen Sachen	5.000	5.000	10.000
			19.691		

**Erläuterungen:**

			2019	2020
			EUR	EUR
1.	Einnahmen aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen		5.000	10.000
2.	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen		0	0
<b>Summe</b>			<b>5.000</b>	<b>10.000</b>

Auf der Grundlage der Aussonderungsrichtlinie werden bewegliche Sachen überwiegend an die VEBEG veräußert. Daraus resultieren entsprechende Erstattungen, die in den einzelnen Jahren zu unterschiedlichen Einnahmeverolumina führen.

Mehr in 2020 wegen Anpassung an die Einnahmeerwartung.

Summe HGr. 1:	203.000	15.000	20.000
---------------	---------	--------	--------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(281 10)	719	Anteile der Länder zur Finanzierung der Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"	0	0	0
			0		

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	---	---	---

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	851	<b>Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget</b>	0	0	0
			1.504.553		
359 11	851	<b>Entnahme aus der Rücklage Personalbudget</b>	0	0	0
			4.053.557		
<hr/>					
		Summe HGr. 3:	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

<b>Titelgruppen</b>
---------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

<b>235 64</b>	<b>851</b>	<b>Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei TG 64 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 vH, sofern eine Nachbesetzung der frei werdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 64	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------------	---------------	----------	----------	----------

TGr. 78 Pilotprojekt zur Einführung von Langzeitkonten

<b>359 78</b>	<b>012</b>	<b>Entnahme aus der Rücklage Langzeitkonto</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
		neu			

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 78	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------------	---------------	----------	----------	----------

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------------	----------------------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

<b>422 50</b>	012	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter (Nachwuchskräfte)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	-----	--	----------	----------

neu

**Erläuterungen:**

Im Titel sind die Nachwuchsstellen ausgewiesen. Um den Ressorts zusätzlichen stellen- und personalwirtschaftlichen Spielraum zu verschaffen, werden die Nachwuchsstellen ab dem Haushalt 2019/2020 dauerhaft in den Ressorteinzelplänen veranschlagt. Die Stellen können je Nachwuchskraft für maximal fünf Jahre genutzt werden. Anschließend erfolgt die Umsetzung der Nachwuchskräfte auf reguläre Stellen. Die Ausgaben werden aus dem Personalbudget finanziert.

Die hier ausgewiesenen Nachwuchskräfte ergänzen die im Einzelplan 20, Kapitel 20 020 bei Titel 422 10 bis 2018 veranschlagten 402 Nachwuchsstellen, die sukzessive nach Ablauf der jeweiligen Bewirtschaftungsfrist an den Einzelplan 20 zurück zu übertragen sind und dann entfallen.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2018	2019	2020
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	0,00	0,00	1,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	0,00	5,00	10,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	0,00	3,00	7,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	0,00	19,00	35,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann	A11	gD	0,00	0,00	3,00
Regierungsamtsinspektorin, Regie- rungsamtsinspektor	A9	mD	0,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>0,00</b>	<b>27,00</b>	<b>56,00</b>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

	2019	2020	
<b>Zugänge:</b>			
Neue Stellen			
0,00	1,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat
5,00	5,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat
3,00	4,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
19,00	16,00	A12 gD	Amtsärztin, Amtsarzt
0,00	3,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann
27,00	29,00	Zugänge neue Stellen	
<b>27,00</b>	<b>29,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>27,00</b>	<b>29,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

<b>432 10</b>	018	<b>Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie deren Hinterbliebene</b>	<b>4.919.700</b>	<b>5.338.700</b>	<b>5.712.400</b>
			4.395.100		

**Erläuterungen:**

Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ist im Vorwort des Einzelplanes in einer Übersicht nachgewiesen. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB).

Mehr aufgrund des Anstiegs der Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie aufgrund der Auswirkungen des Brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes (BbgBV AnpG 2017/2018) - veröffentlicht im GVBl. Teil I, Nr. 14 vom 10.07.2017.

<b>443 10</b>	011	<b>Fürsorgeleistungen und Unterstützungen</b>	<b>64.200</b>	<b>41.100</b>	<b>42.500</b>
			26.541		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 443 10

**Erläuterungen:**

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan (ohne Landesbetrieb Straßenwesen) veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) erlassen worden. Nach § 16 ASiG ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter und sonstige Amtsträgerinnen und Amtsträger nach dem LBG)	41.100	42.500
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0	0
3.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>41.100</b>	<b>42.500</b>

Weniger aufgrund kostengünstigerer Vertragsabschlüsse.

443 30	841	<b>Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz</b>	<b>8.000</b> 1.153	<b>2.500</b>	<b>2.500</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Die Ausgaben sind hier für den Bedarf im Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) veranschlagt. Weniger aufgrund kostengünstigerer Vertragsabschlüsse.

Summe HGr. 4:		<b>4.991.900</b>	<b>5.382.300</b>	<b>5.757.400</b>
---------------	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

527 20	011	<b>Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten</b>	<b>7.100</b> 6.955	<b>7.100</b>	<b>7.100</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

531 20	013	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>124.000</b> 75.534	<b>124.000</b>	<b>124.000</b>
--------	-----	------------------------------	--------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für:

Laufende Veröffentlichungen des Ministeriums (z.B. MIL aktuell), Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Dokumentationen und Informationen über Pressemedien (z.B. Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen) zu fachpolitischen Einzelthemen, Kosten für Besucherbetreuung und Bürgerinformation.

Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung, z.B. zur Modernisierungs-, Instandsetzungs- sowie Wohnungsbauförderung, zu Mietrecht und Wohngeld, zum Bau- und Planungsrecht, zur Landesplanung sowie Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

531 50	013	<b>Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht</b>	<b>2.700</b> 2.556	<b>2.700</b>	<b>2.800</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

534 10	013	<b>Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten</b>	<b>5.000</b> 27.394	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
--------	-----	--	------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Regional- und Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs. Die Intensivierung der Zusammenarbeit der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungs- und Mitarbeiteraustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Projekte, Besuche und den Empfang ausländischer Expertengruppen, Praktikantenaustausch.

Mehr wegen gestiegenem Bedarf für Dolmetscher- und Honorarleistungen.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	
537 10	011	<b>Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten</b>	50.000 1.679	500.000	500.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Veranschlagt sind Mittel zur gutachterlichen Unterstützung:					
- bei interdisziplinären und den Geschäftsbereich insgesamt prägenden Problemstellungen,					
- bei der Optimierung der Aufbau- bzw. Prozessorganisation im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung/Aufgabenkritik,					
- bei der Entwicklung des Informationsmanagements und des Verwaltungsmarketings des Ressorts nach innen und außen sowie					
- bei der Lösung von ausgewählten Fachaufgaben mit hervorgehobener Bedeutung.					
Mehr wegen der Entwicklung und Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung, des Onlinezugangs- sowie des E-Government-Gesetzes.					
542 10	299	<b>Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch</b>	0 0	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Es wird davon ausgegangen, dass die Quote auch mittelfristig erfüllt werden wird.					
546 10	011	<b>Sonstiges</b>	0 103	0	0
<b>Erläuterungen:</b>					
Mittel für nicht planbare Einzelpositionen, die speziellen Titeln nicht zuzuordnen sind.					
546 25	011	<b>Erstattungen an den Bund von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)</b>	0 0	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
Gemäß § 6 VV-IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.					
546 50	013	<b>Ausgaben für Geodaten, Geodienste und Nutzungsrechte</b>	300.000 295.000	355.000	355.000
<b>Erläuterungen:</b>					
Die Ausgaben sind zentral für den Geschäftsbereich veranschlagt.					
Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Geodateninfrastruktur ist das MIL entsprechend dem Vermessungsentgeltverzeichnis und mit dem Ziel der Kostenersparnis gehalten, mit der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) eine kostenpflichtige Vereinbarung über den Bezug und den Erwerb der Nutzungsrechte an Geodaten und Geodiensten der Landesvermessung abzuschließen.					
Mehr wegen neuer Vereinbarung mit der LGB.					
<b>Weggefallene oder umgesetzte Titel</b>					
(537 20)	719	<b>Ausgaben für die Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"</b>	0 0		
<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>488.800</b>	<b>998.800</b>	<b>998.900</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	821	<b>Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung</b>	<b>285.200</b> 265.730	<b>289.200</b>	<b>303.700</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

**Erläuterungen:**

Den Landkreisen wurde die Genehmigung der Bauleitplanung übertragen. Auf der Grundlage des Konnexitätsprinzips erfolgt durch das Land eine Deckung der Aufwände der Landkreise, die sich aus Personal, Gemein- und Sachkosten zusammensetzen.

Mehr aufgrund gestiegener Personalkosten.

613 13	751	<b>Zuweisung für die übertragenen Aufgaben der/des Fluglärm-schutzbeauftragten und der Gutachterin/des Gutachters für Lärmschutz</b>	<b>120.000</b> 112.000	<b>112.000</b>	<b>120.000</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>360.000</b>	
davon fällig:		
2020 bis zu	120.000	
2021 bis zu	120.000	
2022 bis zu	120.000	
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	112.000				<b>112.000</b>
2020			120.000		<b>120.000</b>
2021			120.000		<b>120.000</b>
2022			120.000		<b>120.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>112.000</b>		<b>360.000</b>		<b>472.000</b>

**Erläuterungen:**

Die Zuweisung beinhaltet Ausgaben für Personal und Sachkosten.

631 10	011	<b>Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel</b>	<b>0</b> 44.408	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	--------------------	----------	----------

*Angaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

632 10	791	<b>Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz</b>	<b>3.100</b> 2.815	<b>3.200</b>	<b>3.300</b>
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------



**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 020 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 632 10

**Erläuterungen:**

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991.

Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und Energie und das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung getragen.

<b>632 20</b>	791	<b>Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung von länderübergreifenden Maßnahmen im Verkehrsbereich</b>	<b>6.200</b> 4.277	<b>6.500</b>	<b>6.500</b>
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

**Erläuterungen:**

Im Rahmen der VMK und/oder der GKVS werden länderübergreifende Maßnahmen beschlossen, an denen sich das Land Brandenburg beteiligt. Die Finanzierung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

<b>632 30</b> neu	419	<b>Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Leitstelle XBau/XPlanung</b>		<b>0</b>	<b>12.600</b>
----------------------	-----	---	--	----------	---------------

**Erläuterungen:**

Durch den IT-Planungsrat wurde im Jahre 2017 die verbindliche Anwendung der digitalen Austauschstandards XBau und XPlanung beschlossen. Deren Einführung in Bund und Ländern ist bis 2022 zu gewährleisten. Dafür soll eine zentrale Leitstelle XBau/XPlanung eingerichtet werden, die bundesweit die Koordinierung und Pflege der Standards übernimmt. Zur Absicherung der Finanzierung der entstehenden Betriebs- und Pflegekosten ist eine Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung vorgesehen. Der Beschlussfassung im IT-Planungsrat lag ein entsprechendes Finanzierungskonzept zugrunde, dem die Bauministerkonferenz (BauMK) und die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) inzwischen zugestimmt haben. Dieses regelt die anteilige Finanzierung durch Bund und Länder ab 2020.

Der ausgewiesene Ansatz stellt den voraussichtlichen Anteil für das Land Brandenburg entsprechend dem Königsteiner Schlüssel dar.

<b>633 20</b>	422	<b>Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften</b>	<b>2.333.800</b> 2.253.800	<b>3.033.800</b>	<b>3.033.800</b>
---------------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

**Erläuterungen:**

Nach § 10 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen - und Sanierungsplanung (RegBkPIG) gewährt das Land Brandenburg den fünf Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) Zuschüsse nach einem in Höhe eines für jede Region nach Einwohnern und Fläche berechneten Betrages sowie einen Festbetrag.

Die RPG sind gemäß § 13 Abs. 1, Abs. 5 ROG verpflichtet, integrierte Regionalpläne mit Festlegungen zur Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur aufzustellen. Dazu werden durch den neuen LEP HR umfangreiche Aufträge an alle RPG zur Festlegung von

- grundfunktionalen Schwerpunkten
- Gebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz
- Gebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe
- Gebieten für die Windenergienutzung und von
- Standorten für großflächige gewerblich-industrielle Vorhaben erteilt.

Durch diese Themenvielfalt werden die Planverfahren komplexer, das Interesse der Bevölkerung an Planungsvorhaben steigt generell und die daraus resultierenden umfangreichen Beteiligungsprozesse erfordern geeignete Kommunikationsstrategien.

Mehr wegen neuer Aufträge aus dem LEP-HR.

<b>633 30</b>	751	<b>Ausgaben für Fluglärmberatung</b>	<b>220.000</b> 220.000	<b>200.000</b>	<b>120.000</b>
---------------	-----	--------------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 633 30

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	71.500				71.500
2020					
2021					
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>71.500</b>				<b>71.500</b>

**Erläuterungen:**

Weniger in Anpassung an den Projektverlauf.

671 11	011	<b>Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Die ILB ist für die Förderperiode durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft und Energie als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig.

671 12	011	<b>Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen.

685 10	013	<b>Mitgliedsbeiträge</b>	<b>13.900</b>	<b>13.900</b>	<b>13.900</b>
			13.868		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	1.000	1.000
2.	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV e.V.)	500	500
3.	Elbe Allianz e.V.	600	600
4.	Verein zur Förderung des Stromgebietes Oder/Havel e.V.	650	650
5.	Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation (DGON)	1.000	1.000
6.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.900	3.900
7.	AG Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV)	1.600	1.600
8.	Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V.	650	650
9.	Netzwerk Purple (urban region platform Europe)	4.000	4.000
	<b>Summe</b>	<b>13.900</b>	<b>13.900</b>

Durch die Einbindung des Landes werden für die Aufgabenbewältigung unabdingbare Fachinformationen zugänglich gemacht, die andernfalls teuer als Fachdokumentationen, Tagungsunterlagen und Fortbildungsmaßnahmen eingekauft werden müssten. Beim Besuch von Veranstaltungen der Vereinigungen werden Vergünstigungen hinsichtlich der Tagungsgebühr gewährt bzw. kostenloser Zugang ermöglicht. Der bundes- und europaweite Erfahrungsaustausch wird gefördert.

685 20	419	<b>Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt)</b>	<b>205.000</b>	<b>231.100</b>	<b>231.100</b>
			173.123		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 685 20

**Erläuterungen:**

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung). Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil aus dem Einzelplan 11.

Übersicht über den Haushaltsplan 2018/2019 des DIBt

Nr.	Einnahmen	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.	Eigene Einnahmen	17.018.000	18.182.000	16.567.000
2.	Besondere Finanzierungseinnahmen	27.000	27.000	277.000
3.	Zuwendungen vom Bund	1.232.100	1.249.100	1.244.300
4.	Zuwendungen von anderen Ländern	5.980.020	5.513.150	7.379.500
5.	Zuwendungen des Landes	187.280	172.650	231.100
	<b>Summe</b>	<b>24.444.400</b>	<b>25.143.900</b>	<b>25.698.900</b>

Nr.	Ausgaben	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.	Personalausgaben	18.414.200	18.808.600	19.558.600
2.	Sachausgaben	3.229.800	3.459.800	3.369.800
3.	IuK-Technik	1.283.000	1.574.000	1.396.000
4.	IS-ARGEBAU	179.400	274.500	247.500
5.	Besondere Finanzierungsausgaben	1.338.000	1.027.000	1.127.000
	<b>Summe</b>	<b>24.444.400</b>	<b>25.143.900</b>	<b>25.698.900</b>

Die Zuwendungen des Landes werden aus EPL 10 (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser) und dem EPL 11 erbracht.

Mehr wegen höherer Länderanteile gem. Haushaltsplan des DIBt.

685 25	419	<b>Kontrollsystem für die Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
			42.106		

**Erläuterungen:**

Artikel 18 der EU-Gebäuderichtlinie verpflichtet die Länder, ein unabhängiges Kontrollsystem für Energieausweise und Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage einzuführen. Ein statistisch signifikanter Prozentanteil aller jährlich ausgestellten Energieausweise und Inspektionsberichte ist gemäß Anlage II Nr. 1 Satz 1 und Nr. 2 EU-Gebäuderichtlinie einer Überprüfung zu unterziehen.

Für die Durchführung der Kontrollen sind die Länder verantwortlich. Die Kontrollen begannen 2016.

685 26	419	<b>Zuweisungen zur Durchführung des Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetzes</b>	<b>45.000</b>	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>
			56.000		

**Erläuterungen:**

Mit dem Gesetz zur Durchführung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes im Land Brandenburg (BbgEEWärmeGDG) wurden die dem Land Brandenburg obliegenden Vollzugsaufgaben nach dem EEWärmeG (insbesondere die Entgegennahme von Anzeigen, Nachweisen und Abrechnungen, die Erteilung von Befreiungen, die Durchführung von Überprüfungen, die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sowie die Berichterstattung an die Landesregierung) den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. In dem Titel sind die, den betroffenen Kommunen zu erstattenden Kosten veranschlagt.

Mehr wegen Kostensteigerung.

685 30	419	<b>Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN)</b>	<b>28.800</b>	<b>28.800</b>	<b>28.800</b>
			27.854		

**Erläuterungen:**

Übersicht über die Zuwendungen 2018 und 2019 an das DIN

Nr.	Zuwendungen	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR	Soll 2020 EUR
1.	Zuwendungen von anderen Ländern	889.400	889.400	889.400
2.	Zuwendungen des Landes	28.800	28.800	28.800
	<b>Summe</b>	<b>918.200</b>	<b>918.200</b>	<b>918.200</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		

Angaben in EUR

noch zu 685 30

Der Betrag für die Normungsarbeit gliedert sich aufgrund der vertraglichen Regelungen der Länder mit dem DIN (§ 2 Abs.1 des Vertrages) pro Jahr wie folgt:

a) Zuwendungen für den Normenausschuss Bauwesen (NABau)	735.000 EUR
b) Zuwendungen für die anderen Normenausschüsse (20,8% von Betrag a))	152.880 EUR
c) für Normennutzung gemäß § 2 Abs.1 des Vertrages mit dem DIN (4% von Betrag a))	29.400 EUR
<b>Gesamtbetrag pro Jahr</b>	<b>917.280 EUR</b>

---

<b>Summe HGr. 6:</b>	<b>3.336.000</b>	<b>4.058.500</b>	<b>4.013.700</b>
----------------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

<b>919 10</b>	<b>851</b>	<b>Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			2.947.683		
<b>919 11</b>	<b>851</b>	<b>Zuführung zu der Rücklage Personalbudget</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			4.146.154		
<b>919 35</b>	<b>851</b>	<b>Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg"</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Der Titel ist vorgesehen für die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgte die Kalkulation eines Zuschlages zu den in den Gruppen 421 und 422 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

In den Haushaltsjahren 2019 und 2020 werden keine Zuführungen an den Versorgungsfonds getätigt (Moratorium).

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" wird im Einzelplan 20 am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

<b>972 20</b>	<b>881</b>	<b>Globale Minderausgabe</b>	<b>-500.000</b>	<b>-167.300</b>	<b>-1.127.200</b>
			0		

*Die Globale Minderausgabe darf aus Minderausgaben oder Mehreinnahmen im Einzelplan 11 nachgewiesen werden.*

---

<b>Summe HGr. 9:</b>	<b>-500.000</b>	<b>-167.300</b>	<b>-1.127.200</b>
----------------------	-----------------	-----------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 235 64 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 11 (ohne Landesbetrieb Straßenwesen):  
Stand: 31.12.2017

Nr.	Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockteilzeit	davon kontinuierliche Teilzeit
1.	11 010	81	79	2
2.	11 400	42	41	1
<b>Summe</b>		<b>123</b>	<b>120</b>	<b>3</b>

Nachbesetzungen: 6

422 64	851	<b>Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter in der Altersteilzeitarbeit</b>	<b>0</b> 411.924	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	---------------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für die Bezüge der Beamtinnen, Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2018	2019	2020
<b>Leerstellen:</b>					
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	2,00	1,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	3,00	1,00	1,00
<b>Zusammen:</b>			<b>5,00</b>	<b>3,00</b>	<b>2,00</b>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2019      2020

**Leerstellen:**

**Abgänge:**

0,00	1,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	Pensionsbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	1,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres		
<b>2,00</b>	<b>1,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>		
<b>-2,00</b>	<b>-1,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>		

428 64	851	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit</b>	<b>0</b> 690.426	<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	---------------------	----------	----------

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für die Entgelte der Beschäftigten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
<b>Leerstellen:</b>			
E 15	1,00	0,00	0,00
E 14	3,00	1,00	0,00

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 428 64

E 12			2,00	1,00	1,00
E 10			2,00	0,00	0,00
E 9			3,00	1,00	0,00
E 6			1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>12,00</b>	<b>3,00</b>	<b>1,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2019 2020

**Leerstellen:**

**Zugänge:**

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00	0,00	E 12	Beginn der ATZ-Freistellungsphase
1,00	0,00	Zugänge Haushaltsvollzug	
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	

**Abgänge:**

1,00	0,00	E 15	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	0,00	E 14	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
0,00	1,00	E 14	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	0,00	E 12	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	0,00	E 10	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
2,00	0,00	E 9	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
0,00	1,00	E 9	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
1,00	0,00	E 6	Rentenbeginn der Leerstelleninhaberin, des Leerstelleninhabers
10,00	2,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	
<b>10,00</b>	<b>2,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>	
<b>-9,00</b>	<b>-2,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

**Nachrichtlich: Summe TGr. 64** 0 0 0

**TGr. 66 Baugenehmigungsverfahren online**

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Ausgaben für das durch Kabinettsbeschluss vom 10. August 2004 in den Masterplan eGovernment aufgenommene Leitprojekt "Baugenehmigungsverfahren online". Ziel ist, die Geschäftsabläufe im Baugenehmigungsverfahren unter weitestgehender Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.

546 66	013	<b>Projekte des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans</b>	0	0	0
			0		
685 66	013	<b>Zuschüsse für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)</b>	0	0	0
			0		
812 66	013	<b>Investive Vorhaben des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans</b>	0	0	0
			0		
883 66	013	<b>Investive Zuweisungen für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)</b>	0	0	0
			0		

**Nachrichtlich: Summe TGr. 66** 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

TGr. 78 Pilotprojekt zur Einführung von Langzeitkonten

**Erläuterungen:**

Übersicht der Inanspruchnahme des Langzeitkontos ab Vertragsbeginn im Einzelplan 11 (ohne Landesbetrieb Straßenwesen)  
 Stand: 31.12.2017

Nr.	Kapitel	Anzahl der Fälle Langzeitkonto	davon: Vollfreistellung	davon: Teilfreistellung
1.	Kapitel 11 010	1	1	0
2.	Kapitel 11 400	3	3	0
	<b>Summe</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>0</b>

428 78 neu	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Langzeitkonto		0	0
---------------	-----	--	--	---	---

**Erläuterungen:**

Vorgesehen für Entgelte der Beschäftigten, die die Regelungen des Langzeitkontos in Anspruch nehmen und sich in der Freistellungsphase befinden.

919 78 neu	012	Zuführung zu der Rücklage Langzeitkonto		0	0
---------------	-----	---	--	---	---

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 78			0	0
-----------------------	---------------	--	--	---	---

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen			0	0
-----------------------	---------------------------------	--	--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	203.000	15.000	20.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>203.000</b>	<b>15.000</b>	<b>20.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 4	Personalausgaben	4.991.900	5.382.300	5.757.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	488.800	998.800	998.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.336.000	4.058.500	4.013.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-500.000	-167.300	-1.127.200
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>8.316.700</b>	<b>10.272.300</b>	<b>9.642.800</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-8.113.700</b>	<b>-10.257.300</b>	<b>-9.622.800</b>



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

### Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	423	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			5.827		

119 15	423	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			160.998		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen des 2004 eingestellten Landesprogramms und aus der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen u.a. des Hauptstadtvertrages werden vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

173 25	423	<b>Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			10.770		

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	423	<b>Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			39.092		

---

Summe HGr. 1:	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
---------------	----------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 17	423	<b>Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 17.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

331 20	195	<b>Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen</b>	<b>12.960.400</b>	<b>12.286.000</b>	<b>12.528.100</b>
			11.497.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 20. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 20 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.  
Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2019, mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2020.

331 25	423	<b>Zuweisungen des Bundes zur sozialen Integration im Quartier</b>	<b>4.200.000</b>	<b>3.664.000</b>	<b>5.279.200</b>
			293.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 25. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 25 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 25.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		

Angaben in EUR

noch zu 331 25

Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2019, mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2020.

331 27	423	<b>Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt</b>	<b>4.992.000</b>	<b>5.350.000</b>	<b>5.091.400</b>
			4.167.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 27. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 27 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27.  
Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung für 2019, weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2020.

331 30	423	<b>Zuweisungen des Bundes für das Programm "Zukunft Stadtgrün"</b>	<b>0</b>	<b>916.000</b>	<b>1.320.100</b>
			75.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 30. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 30 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Mehr, da es sich um ein 2017 erstmals aufgelegtes, neues Programm handelt. Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30.

331 40	423	<b>Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus</b>	<b>19.953.200</b>	<b>19.310.000</b>	<b>20.103.900</b>
			17.492.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 40. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 40 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 40.  
Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2019, mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung 2020.

331 45	423	<b>Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Innenentwicklung</b>	<b>3.919.100</b>	<b>3.666.000</b>	<b>3.764.400</b>
			3.609.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 45. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 45 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45.  
Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 55	423	<b>Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden</b>	<b>3.147.300</b>	<b>4.024.400</b>	<b>4.300.400</b>
			2.930.000		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 55. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 55 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 883 55.  
Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(331 50)	423	<b>Zuweisungen des Bundes zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen</b>	<b>0</b>		
			0		

<b>Summe HGr. 3:</b>			<b>49.172.000</b>	<b>49.216.400</b>	<b>52.387.500</b>
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>537 10</b>	423	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>64.800</b>	<b>99.800</b>	<b>99.800</b>
			112.372		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen sind Gutachten zu Einzelfragen der Städtebauförderung, zur Baukultur im ländlichen Raum und der Erstellung von Expertisen wie z.B. Weiterentwicklung der Stadtumbaustrategie, der Evaluierung des Stadt-Umland-Wettbewerbs oder auch der Weiterentwicklung des Förderprogramms "Soziale Stadt" sowie Fragen naturschutzrechtlicher Belange in der Bauleitplanung.

Mehr wegen zusätzlicher Aufgaben zur Unterstützung der Kommunen beim energetischen Umbau im Quartier.

<b>541 10</b>	423	<b>Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe</b>	<b>89.100</b>	<b>214.100</b>	<b>214.100</b>
			84.415		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen ist die Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen zur Stadtentwicklung, zur Stadterneuerung und zum Stadtbau, zu bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Fragen, zu Fragen von Energieeinsparung und Klimaschutz im Städtebau sowie zur Durchführung des Innenstadtwettbewerbs und weiterer Projekte zur Stärkung der Innenstädte. Weiter werden Veranstaltungen finanziert, die dem energetischen Umbau im Quartier dienen sowie Workshops zum Instrument der gemeinsamen Flächennutzungsplanung sowie gemeinsamer Bebauungspläne.

Mehr wegen zusätzlicher Aufgaben.

<b>546 10</b>	423	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zu viel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

<b>546 20</b>	423	<b>Stadt- und Baukultur</b>	<b>40.500</b>	<b>70.000</b>	<b>50.000</b>
			51.637		

**Erläuterungen:**

Die Mittel dienen der Durchführung von ressortbezogenen Projekten zur Stärkung einer qualitäts- und prozessorientierten Baukultur im Land Brandenburg. Die bisherigen Schwerpunkte werden weitergeführt. Dazu gehören u.a. "Planungswettbewerbe in der Praxis", "Freiräume in der Stadt", "Bürgermitwirkung in der Stadtentwicklungspolitik", "Neues Bauen, Städtebau und baukulturelles Erbe"; Kooperationen mit Institutionen und Akteuren auf Landes- und Bundesebene, Durchführung und Nachbereitung des Brandenburgischen Baukulturpreises.

Mehr wegen zusätzlicher Aufgaben zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des Landes und dem hieraus resultierenden Projekt "Smart City".

<b>548 00</b>	423	<b>Digitalisierung in der Stadtentwicklung</b>		<b>50.000</b>	<b>100.000</b>
neu					

**Erläuterungen:**

Die Mittel dienen der Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes in den Kommunen des Landes Brandenburg. Hieraus werden Maßnahmen im Rahmen des geplanten Leitprojektes "Smart City - die Digitalisierung der Stadt beobachten, bewerten, Erfahrungen kommunizieren, Entwicklungen beeinflussen" sowie Wettbewerbe finanziert.

<b>Summe HGr. 5:</b>	<b>194.400</b>	<b>433.900</b>	<b>463.900</b>
----------------------	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	423	<b>Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			7.429		

*Angaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 173 25 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezahlten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00	423	<b>Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU</b>	<b>8.500</b>	<b>8.500</b>	<b>8.500</b>
			4.754		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl errechnet.

633 00	423	<b>Förderung der Beteiligung an Fragen der Stadtentwicklung</b>	<b>50.000</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
			48.957		

**Erläuterungen:**

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Projekten mit dem Schwerpunkt der breiten und frühzeitigen Beteiligung aller Bürger bei Stadtentwicklungsbelangen aber auch der Förderung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, der Sensibilisierung für gemeinwohlorientierte Planung und der Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Stadtentwicklungsprozesse. Dies erfolgt insbesondere im Rahmen der Programme "Die Stadtentdecker" und "RaumPioniere".

Mehr wegen zusätzlicher Projekte.

633 10	423	<b>Netzwerk Soziale Stadt</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
			50.000		

**Erläuterungen:**

Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau eines Netzwerks Soziale Stadt mit dem Ziel, einen selbst tragenden Erfahrungsaustausch der Gemeinden im Programm Soziale Stadt der Städtebauförderung zu fördern und zu koordinieren.

---

<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>108.500</b>	<b>128.500</b>	<b>128.500</b>
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 17	423	<b>Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Angaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 17 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, ob und welche Projekte vom Bund gefördert werden.

883 20	195	<b>Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)</b>	<b>12.960.400</b>	<b>12.286.000</b>	<b>12.528.100</b>
			11.497.000		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

*Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 883 25, 883 27, 883 30, 883 40, 883 45 und 883 55.*

*Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den VE bei den Titeln 883 25, 883 27, 883 30, 883 40, 883 45 und 883 55.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 883 20

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>11.892.400</b>	<b>11.892.400</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	3.110.100	
2021 bis zu	3.754.800	3.110.100
2022 bis zu	3.142.700	3.754.800
2023 ff. bis zu	1.884.800	5.027.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	8.140.000	3.251.300			<b>11.391.300</b>
2020	4.658.000	3.924.900	3.110.100		<b>11.693.000</b>
2021	1.795.000	3.284.400	3.754.800	3.110.100	<b>11.944.300</b>
2022		1.971.300	3.142.700	3.754.800	<b>8.868.800</b>
2023 ff.			1.884.800	5.027.500	<b>6.912.300</b>
<b>Summen</b>	<b>14.593.000</b>	<b>12.431.900</b>	<b>11.892.400</b>	<b>11.892.400</b>	<b>50.809.700</b>

**Erläuterungen:**

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Danach beträgt der Bundes- und Landesanteil jeweils 40 % und der Kommunalanteil 20%. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2019 und 2020.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	25.919.000	26.709.400
Hiervon veranschlagt	11.102.000	11.344.100
vorbehalten bleiben	14.817.000	15.365.300
davon für		
Hj. 2020	8.234.000	
Hj. 2021	4.788.000	8.542.800
Hj. 2022	1.795.000	4.937.700
Hj. 2023 ff	0	1.884.800
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	13.076.400	13.076.400
Hiervon veranschlagt	1.184.000	1.184.000
Vorbehalten bleiben	11.892.400	11.892.400
Veranschlagt zusammen	12.286.000	12.528.100
vorbehalten bleiben	26.709.400	27.257.700

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 20

Nachrichtlich:	<b>EUR</b>
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE davon fällig	25.632.000
Hj. 2018	11.039.000
Hj. 2019	8.140.000
Hj. 2020	4.658.000
Hj. 2021 ff	1.795.000

<b>883 21</b>	<b>195</b>	<b>Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)</b>	<b>12.960.400</b>	<b>12.286.000</b>	<b>12.528.100</b>
			11.497.000		

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 883 26, 883 28, 883 31, 883 41, 883 46 und 883 56.

Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den VE bei den Titeln 883 26, 883 28, 883 31, 883 41, 883 46 und 883 56.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>11.892.400</b>	<b>11.892.400</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	3.110.100	
2021 bis zu	3.754.800	3.110.100
2022 bis zu	3.142.700	3.754.800
2023 ff. bis zu	1.884.800	5.027.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	8.140.000	3.251.300			<b>11.391.300</b>
2020	4.658.000	3.924.900	3.110.100		<b>11.693.000</b>
2021	1.795.000	3.284.400	3.754.800	3.110.100	<b>11.944.300</b>
2022		1.971.300	3.142.700	3.754.800	<b>8.868.800</b>
2023 ff.			1.884.800	5.027.500	<b>6.912.300</b>
<b>Summen</b>	<b>14.593.000</b>	<b>12.431.900</b>	<b>11.892.400</b>	<b>11.892.400</b>	<b>50.809.700</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 20 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 21

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	25.919.000	26.709.400
Hiervon veranschlagt	11.102.000	11.344.100
vorbehalten bleiben	14.817.000	15.365.300
davon für		
Hj. 2020	8.234.000	
Hj. 2021	4.788.000	8.542.800
Hj. 2022	1.795.000	4.937.700
Hj. 2023 ff	0	1.884.800
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	13.076.400	13.076.400
Hiervon veranschlagt	1.184.000	1.184.000
Vorbehalten bleiben	11.892.400	11.892.400
Veranschlagt zusammen	12.286.000	12.528.100
vorbehalten bleiben	26.709.400	27.257.700

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	25.632.000
davon fällig	
Hj. 2018	11.039.000
Hj. 2019	8.140.000
Hj. 2020	4.658.000
Hj. 2021 ff	1.795.000

<b>883 25</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Bundesanteil)</b>	<b>4.200.000</b>	<b>3.664.000</b>	<b>5.279.200</b>
			293.000		

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 25 geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 25 geleistet werden. Siehe Vermerk bei Titel 883 20.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019	2020
	EUR	EUR
Betrag:	<b>6.125.800</b>	<b>6.125.800</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.600.200	
2021 bis zu	1.939.400	1.600.200
2022 bis zu	1.616.000	1.939.400
2023 ff. bis zu	970.200	2.586.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 25

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	1.847.000	3.500.000			<b>5.347.000</b>
2020	1.539.000	4.200.000	1.600.200		<b>7.339.200</b>
2021	924.000	3.500.000	1.939.400	1.600.200	<b>7.963.600</b>
2022		2.100.000	1.616.000	1.939.400	<b>5.655.400</b>
2023 ff.			970.200	2.586.200	<b>3.556.400</b>
<b>Summen</b>	<b>4.310.000</b>	<b>13.300.000</b>	<b>6.125.800</b>	<b>6.125.800</b>	<b>29.861.600</b>

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt seit dem Jahr 2017 Finanzhilfen im Rahmen eines Investitionspakts zur "Sozialen Integration im Quartier" zur Verfügung. Gefördert werden hiermit "Orte der Integration im Quartier" (insb. Schulen, Kitas, Bürgerhäuser) die auf Grund eines zusätzlichen Bedarfs ausgebaut oder saniert werden müssen. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf 5 Jahre. Die Anteile an der Finanzierung tragen der Bund zu 75 v.H., das Land zu 15 v.H. und die Kommune mit 10 v.H..

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	10.144.000	12.898.800
Hiervon veranschlagt	3.371.000	4.986.200
vorbehalten bleiben	6.773.000	7.912.600
davon für		
Hj. 2020	3.386.000	
Hj. 2021	2.463.000	2.540.000
Hj. 2022	924.000	970.200
Hj. 2023 ff	0	970.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.283.700	1.283.700
Hiervon veranschlagt	293.000	293.000
Vorbehalten bleiben	990.700	1.225.100
Veranschlagt zusammen	3.664.000	5.279.200
vorbehalten bleiben	7.763.700	9.137.700

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE

5.834.000

davon fällig

Hj. 2018

1.524.000

Hj. 2019

1.847.000

Hj. 2020

1.539.000

Hj. 2021 ff

924.000

883 26 423 Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Landesanteil)

840.000

732.800

1.055.800

58.600

Siehe Vermerk bei Titel 883 21.



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 26

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.225.100</b>	<b>1.225.100</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	320.000	
2021 bis zu	387.900	320.000
2022 bis zu	323.200	387.900
2023 ff. bis zu	194.000	517.200

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	369.400	700.000			<b>1.069.400</b>
2020	307.800	840.000	320.000		<b>1.467.800</b>
2021	184.800	700.000	387.900	320.000	<b>1.592.700</b>
2022		420.000	323.200	387.900	<b>1.131.100</b>
2023 ff.			194.000	517.200	<b>711.200</b>
<b>Summen</b>	<b>862.000</b>	<b>2.660.000</b>	<b>1.225.100</b>	<b>1.225.100</b>	<b>5.972.200</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 25. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 25 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	2.028.800	997.200
Hiervon veranschlagt	674.200	1.582.500
vorbehalten bleiben	1.354.600	0
davon für		
Hj. 2020	677.200	
Hj. 2021	492.600	880.500
Hj. 2022	184.800	508.000
Hj. 2023 ff	0	194.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.283.700	58.600
Hiervon veranschlagt	58.600	304.800
Vorbehalten bleiben	1.225.100	1.055.800
Veranschlagt zusammen	732.800	1.887.300
vorbehalten bleiben	2.579.700	0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 26

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	1.166.800
davon fällig	
Hj. 2018	304.800
Hj. 2019	369.400
Hj. 2020	307.800
Hj. 2021 ff	184.800

<b>883 27</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)</b>	<b>4.992.000</b>	<b>5.350.000</b>	<b>5.091.400</b>
			4.167.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.  
Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>5.812.900</b>	<b>5.812.900</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.520.400	
2021 bis zu	1.835.400	1.520.400
2022 bis zu	1.536.200	1.835.400
2023 ff. bis zu	920.900	2.457.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	3.542.000	1.289.900			<b>4.831.900</b>
2020	1.463.000	1.556.700	1.520.400		<b>4.540.100</b>
2021	877.000	1.303.200	1.835.400	1.520.400	<b>5.536.000</b>
2022		781.700	1.536.200	1.835.400	<b>4.153.300</b>
2023 ff.			920.900	2.457.100	<b>3.378.000</b>
<b>Summen</b>	<b>5.882.000</b>	<b>4.931.500</b>	<b>5.812.900</b>	<b>5.812.900</b>	<b>22.439.300</b>

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt seit dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf "Die Soziale Stadt" bereit. Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und den Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2019 und 2020.

Mehr in 2019 wegen steigender Einnahmen, weniger in 2020 wegen sinkender Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 27

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	11.418.000	12.240.900
Hiervon veranschlagt	4.990.000	4.731.400
vorbehalten bleiben	6.428.000	7.509.500
davon für		
Hj. 2020	3.211.000	
Hj. 2021	2.340.000	4.175.400
Hj. 2022	877.000	2.413.200
Hj. 2023 ff		950.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	6.172.900	6.317.700
Hiervon veranschlagt	360.000	360.000
Vorbehalten bleiben	5.812.900	5.957.700
Veranschlagt zusammen	5.350.000	5.091.400
vorbehalten bleiben	12.240.900	13.467.200

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von  
 Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE

10.528.000

davon fällig

Hj. 2018

4.646.000

Hj. 2019

3.542.000

Hj. 2020

1.463.000

Hj. 2021 ff

877.000

**883 28 423 Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)**

**4.992.000**

**5.350.000**

**5.091.400**

4.167.000

*Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019	2020
	EUR	EUR
Betrag:	<b>5.812.900</b>	<b>5.812.900</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.520.400	
2021 bis zu	1.835.400	1.520.400
2022 bis zu	1.536.200	1.835.400
2023 ff. bis zu	920.900	2.457.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 28

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	3.542.000	1.289.900			<b>4.831.900</b>
2020	1.463.000	1.556.700	1.520.400		<b>4.540.100</b>
2021	877.000	1.303.200	1.835.400	1.520.400	<b>5.536.000</b>
2022		781.700	1.536.200	1.835.400	<b>4.153.300</b>
2023 ff.			920.900	2.457.100	<b>3.378.000</b>
<b>Summen</b>	<b>5.882.000</b>	<b>4.931.500</b>	<b>5.812.900</b>	<b>5.812.900</b>	<b>22.439.300</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 27 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr in 2019 wegen steigender Einnahmen, weniger in 2020 wegen sinkender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	11.418.000	12.240.900
Hiervon veranschlagt	4.990.000	4.731.400
vorbehalten bleiben	6.428.000	7.509.500
davon für		
Hj. 2020	3.211.000	
Hj. 2021	2.340.000	4.175.400
Hj. 2022	877.000	2.413.200
Hj. 2023 ff		950.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	6.172.900	6.317.700
Hiervon veranschlagt	360.000	360.000
Vorbehalten bleiben	5.812.900	5.957.700
Veranschlagt zusammen	5.350.000	5.091.400
vorbehalten bleiben	12.240.900	13.467.200

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	10.528.000
davon fällig	
Hj. 2018	4.646.000
Hj. 2019	3.542.000
Hj. 2020	1.463.000
Hj. 2021 ff	877.000

<b>883 30</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Bundesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>916.000</b>	<b>1.320.100</b>
			75.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 30 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 30

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.530.000</b>	<b>1.530.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	400.100	
2021 bis zu	483.000	400.100
2022 bis zu	404.300	483.000
2023 ff. bis zu	242.600	646.900

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			400.100		<b>400.100</b>
2021			483.000	400.100	<b>883.100</b>
2022			404.300	483.000	<b>887.300</b>
2023 ff.			242.600	646.900	<b>889.500</b>
<b>Summen</b>			<b>1.530.000</b>	<b>1.530.000</b>	<b>3.060.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Zuwendungen für das 2017 aufgelegte Bund-Länder-Programm "Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung städtischen Grüns - Zukunft Stadtgrün" (ZUST). Der Verfügungsrahmen erstreckt sich über jeweils fünf Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Schwerpunkte des Programms sind, die Herstellung multifunktionaler Grün- und Freiflächen von hoher städtebaulicher Bedeutung, die Aufwertung und Qualifizierung öffentlichen Raumes, des Wohnumfeldes, sowie die Vernetzung von Grün- und Freiräumen. Zugleich sind hierin auch Maßnahmen zur Schaffung von Barrierearmut und -freiheit integriert.

Die Ansätze ergeben sich aus den Verpflichtungen bis VV 2018 sowie den Verwaltungsvereinbarungen 2019 und 2020.

Mehr, da es sich um ein 2017 erstmals aufgelegtes, neues Programm handelt.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	2.533.000	3.222.000
Hiervon veranschlagt	841.000	1.245.100
vorbehalten bleiben	1.692.000	1.976.900
davon für		
Hj. 2020	845.000	
Hj. 2021	616.000	1.099.000
Hj. 2022	231.000	635.300
Hj. 2023 ff	0	242.600
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.605.000	1.605.000
Hiervon veranschlagt	75.000	75.000
Vorbehalten bleiben	1.530.000	1.530.000
Veranschlagt zusammen	916.000	1.320.100
vorbehalten bleiben	3.222.000	3.506.900

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 30

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	1.457.000
davon fällig	
Hj. 2018	381.000
Hj. 2019	460.000
Hj. 2020	385.000
Hj. 2021 ff	231.000

<b>883 31</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Landesanteil)</b>	<b>0</b>	<b>916.000</b>	<b>1.320.100</b>
			75.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.530.000</b>	<b>1.530.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	400.100	
2021 bis zu	483.000	400.100
2022 bis zu	404.300	483.000
2023 ff. bis zu	242.600	646.900

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			400.100		<b>400.100</b>
2021			483.000	400.100	<b>883.100</b>
2022			404.300	483.000	<b>887.300</b>
2023 ff.			242.600	646.900	<b>889.500</b>
<b>Summen</b>			<b>1.530.000</b>	<b>1.530.000</b>	<b>3.060.000</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 30 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr, da es sich um ein 2017 erstmals aufgelegtes, neues Programm handelt.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 31

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	2.533.000	3.222.000
Hiervon veranschlagt	841.000	1.245.100
vorbehalten bleiben	1.692.000	1.976.900
davon für		
Hj. 2020	845.000	
Hj. 2021	616.000	1.099.000
Hj. 2022	231.000	635.300
Hj. 2023 ff	0	242.600
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	1.605.000	1.605.000
Hiervon veranschlagt	75.000	75.000
Vorbehalten bleiben	1.530.000	1.530.000
Veranschlagt zusammen	916.000	1.320.100
vorbehalten bleiben	3.222.000	3.506.900
Nachrichtlich:		EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen		0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE		1.457.000
davon fällig		
Hj. 2018		381.000
Hj. 2019		460.000
Hj. 2020		385.000
Hj. 2021 ff		231.000
<b>883 40 423 Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)</b>	<b>19.953.200</b>	<b>19.310.000</b>
	17.491.000	<b>20.103.900</b>

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 40 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019	2020
	EUR	EUR
Betrag:	<b>19.749.500</b>	<b>19.749.500</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	5.163.900	
2021 bis zu	6.234.900	5.163.900
2022 bis zu	5.219.600	6.234.900
2023 ff. bis zu	3.131.100	8.350.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 883 40

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	12.625.000	5.037.400			<b>17.662.400</b>
2020	7.235.000	6.080.300	5.163.900		<b>18.479.200</b>
2021	2.794.000	5.088.100	6.234.900	5.163.900	<b>19.280.900</b>
2022		3.052.900	5.219.600	6.234.900	<b>14.507.400</b>
2023 ff.			3.131.100	8.350.700	<b>11.481.800</b>
<b>Summen</b>	<b>22.654.000</b>	<b>19.258.700</b>	<b>19.749.500</b>	<b>19.749.500</b>	<b>81.411.700</b>

**Erläuterungen:**

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung seit dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtumbau zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weiteren investiven Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtumbau stehen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtumbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachgefallenen Flächen. Die Bewilligung erfolgt als Projektförderung auf der Grundlage der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2019 und 2020.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen und mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	41.463.000	43.628.300
Hiervon veranschlagt	17.543.000	18.336.900
vorbehalten bleiben	23.920.000	25.291.400
davon für		
Hj. 2020	13.173.000	
Hj. 2021	7.765.000	13.999.900
Hj. 2022	2.982.000	8.201.600
Hj. 2023 ff	0	3.089.900
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuwendungen	21.516.500	21.516.500
Hiervon veranschlagt	1.767.000	1.767.000
Vorbehalten bleiben	19.749.500	19.749.500
Veranschlagt zusammen	19.310.000	20.103.900
vorbehalten bleiben	43.669.500	45.040.900

**Nachrichtlich:**

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE

39.769.000

davon fällig

Hj. 2018

17.115.000

Hj. 2019

12.625.000

Hj. 2020

7.235.000

Hj. 2021 ff

2.794.000



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

883 41	423	<b>Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)</b>	<b>19.953.200</b> 17.491.000	<b>19.259.000</b>	<b>19.953.900</b>
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>19.749.500</b>	<b>19.749.500</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	5.163.900	
2021 bis zu	6.234.900	5.163.900
2022 bis zu	5.219.600	6.234.900
2023 ff. bis zu	3.131.100	8.350.700

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	12.625.000	5.037.400			<b>17.662.400</b>
2020	7.235.000	6.080.300	5.163.900		<b>18.479.200</b>
2021	2.794.000	5.088.100	6.234.900	5.163.900	<b>19.280.900</b>
2022		3.052.900	5.219.600	6.234.900	<b>14.507.400</b>
2023 ff.			3.131.100	8.350.700	<b>11.481.800</b>
<b>Summen</b>	<b>22.654.000</b>	<b>19.258.700</b>	<b>19.749.500</b>	<b>19.749.500</b>	<b>81.411.700</b>

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen bei 883 40. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 40 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

In 2019 sind im Ansatz 99.000 EUR zur anteiligen Finanzierung des Projekts Ausbau des Stadtarchivs Frankfurt/Oder im Ergebnis der Beschlussfassung der Landesregierung zur Verteilung der für das Land Brandenburg im Jahr 2018 verfügbaren Mittel aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR enthalten.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen und mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	41.463.000	43.628.300
Hiervon veranschlagt	17.543.000	18.336.900
vorbehalten bleiben	23.920.000	25.291.400
davon für		
Hj. 2020	13.173.000	
Hj. 2021	7.765.000	13.999.900
Hj. 2022	2.982.000	8.201.600
Hj. 2023 ff	0	3.089.900
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	21.516.500	21.516.500
Hiervon veranschlagt	1.767.000	1.767.000
Vorbehalten bleiben	19.749.500	19.749.500
Veranschlagt zusammen	19.310.000	20.103.900
vorbehalten bleiben	43.669.500	45.040.900

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 41

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	39.769.000
davon fällig	
Hj. 2018	17.115.000
Hj. 2019	12.625.000
Hj. 2020	7.235.000
Hj. 2021 ff	2.794.000

<b>883 45</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)</b>	<b>3.919.100</b>	<b>3.666.000</b>	<b>3.764.400</b>
			3.609.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 45 geleistet werden.  
Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>3.725.500</b>	<b>3.725.500</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	974.400	
2021 bis zu	1.176.000	974.400
2022 bis zu	983.900	1.176.000
2023 ff. bis zu	591.200	1.575.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	2.530.000	1.034.100			<b>3.564.100</b>
2020	1.462.000	1.249.200	974.400		<b>3.685.600</b>
2021	563.000	1.045.200	1.176.000	974.400	<b>3.758.600</b>
2022		627.400	983.900	1.176.000	<b>2.787.300</b>
2023 ff.			591.200	1.575.100	<b>2.166.300</b>
<b>Summen</b>	<b>4.555.000</b>	<b>3.955.900</b>	<b>3.725.500</b>	<b>3.725.500</b>	<b>15.961.900</b>

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 883 45

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	8.103.000	8.370.500
Hiervon veranschlagt	3.458.000	3.556.400
vorbehalten bleiben	4.645.000	4.814.100
davon für		
Hj. 2020	2.582.000	
Hj. 2021	1.500.000	2.676.000
Hj. 2022	563.000	1.546.900
Hj. 2023 ff	0	591.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	3.933.500	3.933.500
Hiervon veranschlagt	208.000	208.000
Vorbehalten bleiben	3.725.500	3.725.500
Veranschlagt zusammen	3.666.000	3.764.400
vorbehalten bleiben	8.370.500	8.539.600

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	8.004.000
davon fällig	
Hj. 2018	3.449.000
Hj. 2019	2.530.000
Hj. 2020	1.462.000
Hj. 2021 ff	563.000

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund seit dem Programmjahr 2008 Finanzhilfen zur Förderung der Innenentwicklung über das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 v.H.. Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung investiver Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2019 und 2020.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>883 46</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)</b>	<b>3.919.100</b>	<b>3.666.000</b>	<b>3.764.400</b>
			3.609.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>3.725.500</b>	<b>3.725.500</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	974.400	
2021 bis zu	1.176.000	974.400
2022 bis zu	983.900	1.176.000
2023 ff. bis zu	591.200	1.575.100

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 883 46

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	2.530.000	1.034.100			<b>3.564.100</b>
2020	1.462.000	1.249.200	974.400		<b>3.685.600</b>
2021	563.000	1.045.200	1.176.000	974.400	<b>3.758.600</b>
2022		627.400	983.900	1.176.000	<b>2.787.300</b>
2023 ff.			591.200	1.575.100	<b>2.166.300</b>
<b>Summen</b>	<b>4.555.000</b>	<b>3.955.900</b>	<b>3.725.500</b>	<b>3.725.500</b>	<b>15.961.900</b>

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019	2020
	EUR	EUR
Vorbehalten	8.103.000	8.370.500
Hiervon veranschlagt	3.458.000	3.556.400
vorbehalten bleiben	4.645.000	4.814.100
davon für		
Hj. 2020	2.582.000	
Hj. 2021	1.500.000	2.676.000
Hj. 2022	563.000	1.546.900
Hj. 2023 ff	0	591.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	3.933.500	3.933.500
Hiervon veranschlagt	208.000	208.000
Vorbehalten bleiben	3.725.500	3.725.500
Veranschlagt zusammen	3.666.000	3.764.400
vorbehalten bleiben	8.370.500	8.539.600

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen

0

Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE

8.004.000

davon fällig

Hj. 2018

3.449.000

Hj. 2019

2.530.000

Hj. 2020

1.462.000

Hj. 2021 ff

563.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45.

Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 45 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger in 2019 wegen sinkender Einnahmen, mehr in 2020 wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>883 55</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)</b>	<b>3.147.300</b>	<b>4.024.400</b>	<b>4.300.400</b>
			2.931.000		

Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 55 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 883 55

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>4.036.300</b>	<b>4.036.300</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.057.400	
2021 bis zu	1.274.700	1.057.400
2022 bis zu	1.064.700	1.274.700
2023 ff. bis zu	639.500	1.704.200

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	2.708.000	780.600			<b>3.488.600</b>
2020	1.720.000	941.500	1.057.400		<b>3.718.900</b>
2021	797.000	788.300	1.274.700	1.057.400	<b>3.917.400</b>
2022		473.000	1.064.700	1.274.700	<b>2.812.400</b>
2023 ff.			639.500	1.704.200	<b>2.343.700</b>
<b>Summen</b>	<b>5.225.000</b>	<b>2.983.400</b>	<b>4.036.300</b>	<b>4.036.300</b>	<b>16.281.000</b>

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	9.069.000	9.390.300
davon veranschlagt	3.715.000	3.991.400
vorbehalten bleiben	5.354.000	5.398.900
davon für		
Hj. 2020	2.934.000	
Hj. 2021	1.811.000	3.085.700
Hj. 2022	609.000	1.673.700
Hj. 2023 ff	0	639.500
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzusendungen	4.345.700	4.345.300
Hiervon veranschlagt	309.400	309.000
Vorbehalten bleiben	4.036.300	4.036.300
Veranschlagt zusammen	4.024.400	4.300.400
vorbehalten bleiben	9.390.300	9.435.200

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	8.544.000
davon fällig	
Hj. 2018	3.319.000
Hj. 2019	2.708.000
Hj. 2020	1.720.000
Hj. 2021 ff	797.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 883 55

Der Bund gewährt im Rahmen der jährlichen Verwaltungsvereinbarung seit dem Programmjahr 2010 Finanzhilfen zur Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich jeweils auf 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt jeweils 33 1/3 v.H.

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung kleinerer Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Ansatz ergibt sich aus den eingegangenen Verpflichtungen und der Verwaltungsvereinbarungen der Jahre 2019 und 2020.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>883 56</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)</b>	<b>3.147.300</b>	<b>4.024.400</b>	<b>4.300.400</b>
			2.931.000		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>4.036.300</b>	<b>4.036.300</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.057.400	
2021 bis zu	1.274.700	1.057.400
2022 bis zu	1.064.700	1.274.700
2023 ff. bis zu	639.500	1.704.200

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	2.708.000	780.600			<b>3.488.600</b>
2020	1.720.000	941.500	1.057.400		<b>3.718.900</b>
2021	797.000	788.300	1.274.700	1.057.400	<b>3.917.400</b>
2022		473.000	1.064.700	1.274.700	<b>2.812.400</b>
2023 ff.			639.500	1.704.200	<b>2.343.700</b>
<b>Summen</b>	<b>5.225.000</b>	<b>2.983.400</b>	<b>4.036.300</b>	<b>4.036.300</b>	<b>16.281.000</b>

**Erläuterungen:**

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2019 EUR	2020 EUR
Vorbehalten	9.069.000	9.390.300
davon veranschlagt	3.715.000	3.991.400
vorbehalten bleiben	5.354.000	5.398.900
davon für		
Hj. 2020	2.934.000	
Hj. 2021	1.811.000	3.085.700
Hj. 2022	609.000	1.673.700
Hj. 2023 ff	0	639.500
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen		
Gesamtzuswendungen	4.345.700	4.345.300
Hiervon veranschlagt	309.400	309.000
Vorbehalten bleiben	4.036.300	4.036.300
Veranschlagt zusammen	4.024.400	4.300.400
vorbehalten bleiben	9.390.300	9.435.200

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 883 56

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2017 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.17 zu Lasten von VE	8.544.000
davon fällig	
Hj. 2018	3.319.000
Hj. 2019	2.708.000
Hj. 2020	1.720.000
Hj. 2021 ff	797.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 55.

Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 55 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen aus Bundesmitteln.

<b>892 10</b>	<b>423</b>	<b>Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
			119.054		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.000.000</b>	
davon fällig:		
2020 bis zu	200.000	
2021 bis zu	200.000	
2022 bis zu	200.000	
2023 ff. bis zu	400.000	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	200.000				<b>200.000</b>
2020			200.000		<b>200.000</b>
2021			200.000		<b>200.000</b>
2022			200.000		<b>200.000</b>
2023 ff.			400.000		<b>400.000</b>
<b>Summen</b>	<b>200.000</b>		<b>1.000.000</b>		<b>1.200.000</b>

**Erläuterungen:**

Das MIL lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Fachlichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MIL greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

<b>Summe HGr. 8:</b>	<b>95.184.000</b>	<b>95.650.600</b>	<b>100.601.600</b>
----------------------	-------------------	-------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	49.172.000	49.216.400	52.387.500

---

<b>Gesamteinnahme</b>		<b>49.172.000</b>	<b>49.216.400</b>	<b>52.387.500</b>
-----------------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

**Ausgaben**

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	194.400	433.900	463.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	108.500	128.500	128.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	95.184.000	95.650.600	100.601.600

---

<b>Gesamtausgabe</b>		<b>95.486.900</b>	<b>96.213.000</b>	<b>101.194.000</b>
----------------------	--	-------------------	-------------------	--------------------

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-46.314.900</b>	<b>-46.996.600</b>	<b>-48.806.500</b>
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>119 10</b>	<b>419</b>	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

<b>119 15</b>	<b>419</b>	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

<b>182 10</b>	<b>411</b>	<b>Darlehensrückflüsse aus der Wohnraumförderung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 893 11.*

**Erläuterungen:**

Die Rückflüsse aus ab 2007 ausgereichten Darlehen aus Kompensationsleistungen auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes werden vereinnahmt und wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt. Die Kompensationsmittel des Bundes sind zweckgebunden. Seit 2017 werden die Rückflüsse im Wohnungsbauvermögen vereinnahmt.

Siehe Erläuterung zu Titel 893 11.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(111 10)</b>	<b>419</b>	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>3.500</b>		
			0		

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

Weniger wegen Auslaufen der Entgeltregelung.

<b>Summe HGr. 1:</b>	<b>3.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
----------------------	--------------	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>231 10</b>	<b>233</b>	<b>Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld</b>	<b>20.000.000</b>	<b>18.500.000</b>	<b>18.500.000</b>
			18.391.619		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 00 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

<b>Summe HGr. 2:</b>	<b>20.000.000</b>	<b>18.500.000</b>	<b>18.500.000</b>
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

<b>331 10</b>	<b>411</b>	<b>Zuweisungen des Bundes zur Wohnraumförderung nach dem Entflechtungsgesetz</b>	<b>59.490.300</b>	<b>59.490.300</b>	<b>0</b>
			74.673.009		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 10

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 11. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 893 11 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zweckbindung ergibt sich aus der landesspezifischen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz.

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Auf Grundlage des Art. 12 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes - Änderung des Entflechtungsgesetzes - vom 20.10.2015 erhält das Land Brandenburg von 2016 bis 2019 jährlich 59,49 Mio. EUR Bundesmittel.

Die Zuweisungen dienen der Finanzierung neuer Fördermaßnahmen im Wege der Projektförderung und sind zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

<b>331 20</b>	<b>411</b>	<b>Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>30.277.000</b>
			0		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 13. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 893 13 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Es handelt sich um Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau. Der Bund stellt diese ab dem Jahr 2020 nach Auslaufen der Entflechtungsmittel zur Verfügung.  
 Siehe auch Erläuterungen bei Titel 893 13.

---

Summe HGr. 3:	<b>59.490.300</b>	<b>59.490.300</b>	<b>30.277.000</b>
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

Ausgaben
----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>537 10</b>	419	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>62.300</b>	<b>62.300</b>	<b>62.300</b>
			4.560		

**Erläuterungen:**

Vorgesehen sind Gutachten zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik und die rechtliche und inhaltliche Ausgestaltung der zukünftigen Wohnraumförderung, Evaluierung der Arbeitshilfe Anwendbarkeit von Baulandmodellen für eine sozialgerechte Wohnungspolitik sowie Gutachten zum qualitätsvollen und kostengünstigen Planen und Bauen.

<b>541 10</b>	419	<b>Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen</b>	<b>49.100</b>	<b>49.100</b>	<b>49.100</b>
			1.522		

**Erläuterungen:**

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen der Wohnungspolitik und deren Weiterentwicklung. Schwerpunkte hierbei sind die familienfreundliche und generationsgerechte Wohnraumversorgung sowie eine Workshopreihe über die Zulässigkeit von Bauvorhaben im Außenbereich und Veranstaltungen zum qualitätsvollen und kostengünstigen Planen und Bauen.

<b>541 20</b>	419	<b>Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen</b>	<b>16.200</b>	<b>16.200</b>	<b>16.200</b>
			3.930		

**Erläuterungen:**

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen zum Wohnungs- und Wohngeldrecht.

<b>546 10</b>	419	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

<b>546 40</b>	419	<b>Sonstige Gebühren und Entgelte im Zusammenhang mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes</b>	<b>4.500</b>	<b>4.600</b>	<b>4.700</b>
			4.277		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren sowie Entgelte für den verpflichtenden Datenabgleich zwischen IT-Dienstleister und der Datenstelle der Rentenversicherung bei der Durchführung des Wohngeldgesetzes.

<b>Summe HGr. 5:</b>	<b>132.100</b>	<b>132.200</b>	<b>132.300</b>
----------------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>663 11</b>	411	<b>Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

<b>681 00</b>	233	<b>Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz</b>	<b>40.000.000</b>	<b>37.000.000</b>	<b>37.000.000</b>
			36.783.238		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.  
 (Rück-)Einnahmen/Erstattungen Dritter dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 681 00

**Erläuterungen:**

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 32 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

<b>Summe HGr. 6:</b>	<b>40.000.000</b>	<b>37.000.000</b>	<b>37.000.000</b>
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

**HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

<b>893 11</b>	<b>411</b>	<b>Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke</b>	<b>59.490.300</b>	<b>59.490.300</b>	<b>0</b>
			74.673.009		

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 182 10 und 331 10 geleistet werden. Die Erläuterungen zu 3. sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO).

1. Mit dem Gesetz über das Landeswohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17.12.1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 01. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der Investitionsbank des Landes Brandenburg verwaltet. Aus dem Sondervermögen werden die nach den Wohnraumförderprogrammen des Landes erforderlichen Darlehen, Zuschüsse und weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewilligung, Refinanzierung und Verwaltung der Fördermittel finanziert. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden über die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes, des Landes, über Kredite sowie über Rückflüsse aus Zins und Tilgung für ausgereichte Darlehen und Zinserträge aufgebracht.

2. Mit den im Landeswohnungsbauvermögen für Neubewilligungen veranschlagten Mitteln sollen

In den Jahren 2019 und 2020 jeweils

- ca. 120 Wohnungen zur Schaffung von Wohneigentum
- ca. 380 Wohnungen für die generationsgerechte Anpassung von Mietwohnungen
- ca. 500 Wohnungen für den innerstädtischen Mietwohnungsneubau
- ca. 55 Wohnungen für die Herstellung des barrierefreien Zugangs zu den Mietwohnungen
- ca. 30 Wohnungen für den Abbau von Barrieren bei vorhandenem Wohnraum

sowie Wohnraum für Studierende gefördert werden. Dafür stehen in den Jahren 2019 und 2020 jeweils 100 Mio. EUR Bewilligungsvolumen zur Verfügung.

3. Neben der Ausreichung von Darlehen ist die Förderung durch ergänzende Zuschüsse vorgesehen. Die ergänzenden Zuschüsse für die Wohnraumförderung dürfen nur bis zu einer Höhe von 40 Mio. € ausgereicht werden.

4. Maßnahmen der Spitzenfinanzierung (kombinierter Einsatz von Mitteln der Wohnraum- und Städtebauförderung) haben bei der Programmaufnahme eine besondere Priorität.

5. Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

6. Ab 2020 stellt der Bund den Ländern 2 Mrd. € als Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Siehe Erläuterungen zu Titel 893 13.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 893 11

**Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens**

Titel	Ist 2017 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2020 EUR
<b>Einnahmen</b>				
111	131.185	90.000	100.000	100.000
112	0	0	0	0
119	480.305	300.000	300.000	300.000
162	75.833	0	0	795.600
182	183.340.195	91.547.200	84.936.700	89.983.300
185	72.971	0	0	0
222	0	0	0	0
davon:				
Schuldendiensthilfen				
(Wohnungsbauprogramme 1993-1996)				
251	0	0	0	0
325	90.000.000	227.000.000	155.000.000	225.000.000
davon				
1.	0	76.000.000	25.000.000	100.000.000
2.	0	91.000.000	0	0
3.	90.000.000	60.000.000	130.000.000	125.000.000
4.	0	0	0	0
332**	74.673.009	59.490.300	59.490.300	30.277.000
Zuweisungen LWV - Kompensationsleistungen nach Art. 143				
c GG				
-	74.673.009	0	0	0
-	0	59.490.300	0	0
-	0	0	59.490.300	0
-	0	0	0	30.277.000
359	11.807.147	0	0	0
Zusammen	360.580.646	378.427.500	299.827.000	346.455.900
(darunter Bundesfinanzhilfen gesamt)	74.673.009	59.490.300	59.490.300	30.277.000

\* Aufnahme Termingeld für Anschlussfinanzierung der kurzfristigen Darlehen ab dem Jahr 2009

\*\* Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 143c GG und weiterer Bundesmittel erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen. Die Inanspruchnahme bei Titel 893 13 in 2020 erfolgt nur in Höhe der über den Titel 331 20 zufließenden Bundesmittel.



**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 893 13

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

1. Veranschlagt sind Bundesmittel für investive Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung.
2. Der Bund stellt den Ländern hierfür ab 2020 Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau nach Auslaufen der Entflechtungsmittel zur Verfügung.
3. Neben der Ausreichung von Darlehen ist die Förderung durch ergänzende Zuschüsse vorgesehen. Die ergänzenden Zuschüsse für die Wohnraumförderung sowie Wohnraum für Studierende dürfen nur bis zu einer Höhe von 40 Mio. € ausgereicht werden.
4. Siehe Erläuterungen und Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens bei Titel 893 11.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

<b>(892 10)</b>	411	<b>Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln sowie die Sicherung von Förderengagements</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------	-----	--	----------	----------

---

Summe HGr. 8:	<b>59.490.300</b>	<b>59.490.300</b>	<b>30.277.000</b>
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.500	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20.000.000	18.500.000	18.500.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	59.490.300	59.490.300	30.277.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>79.493.800</b>	<b>77.990.300</b>	<b>48.777.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	132.100	132.200	132.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	40.000.000	37.000.000	37.000.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	59.490.300	59.490.300	30.277.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>99.622.400</b>	<b>96.622.500</b>	<b>67.409.300</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-20.128.600</b>	<b>-18.632.200</b>	<b>-18.632.300</b>



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

<b>119 10</b>	<b>422</b>	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>20.000</b>	<b>20.000</b>	<b>20.000</b>
			24.954		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Gebührenbescheiden und Nutzungsentgelt Plis.

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>
--------------------------	----------------	------------------	------------------

---

Summe HGr. 1:	<b>520.000</b>	<b>1.520.000</b>	<b>1.520.000</b>
---------------	----------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

<b>232 10</b>	<b>422</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung</b>	<b>1.027.000</b>	<b>1.027.000</b>	<b>1.027.000</b>
			550.802		

**Erläuterungen:**

Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung i.H.v. 50 v. H. der Ausgaben.

<b>272 20</b>	<b>422</b>	<b>Sonstige Zuschüsse der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG V)</b>	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>
			83.409		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 22 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Finanzierung der Ausgaben für INTERREG V-B Projekte im Titel 537 22 mit einem Förderanteil von 75%.

---

Summe HGr. 2:	<b>1.327.000</b>	<b>1.327.000</b>	<b>1.327.000</b>
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

<b>Titelgruppen</b>
---------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

<b>119 61</b>	<b>631</b>	<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>
			1.442.345		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 61 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Einnahmen (Rückflüsse) aus Überzahlungen des Vorjahres.

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	<b>500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>
-----------------------	---------------	----------------	------------------	------------------

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>
-----------------------	----------------------------------	----------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>511 10</b>	422	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>30.000</b> 18.682	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Geschäftsbedarf	15.500	15.500
2.	Bücher, Zeitschriften	6.000	6.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.000	8.000
4.	Sonstiges	500	500
	<b>Summe</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>

<b>511 20</b>	422	<b>Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren</b>	<b>8.000</b> 3.099	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Postgebühren	6.600	6.600
2.	Fernmeldegebühren	1.300	1.300
3.	Sonstiges	100	100
	<b>Summe</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>

<b>514 25</b>	422	<b>Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB</b>	<b>30.000</b> 21.951	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
---------------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Selbstfahrerfahrzeug Cottbus	8.800	8.800
2.	allgemeinen Fahrdienst	21.200	21.200
	<b>Summe</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>

<b>517 10</b>	422	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>7.000</b> 0	<b>7.000</b>	<b>7.000</b>
---------------	-----	---	-------------------	--------------	--------------

<b>517 25</b>	719	<b>Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter - Mieter - Modells</b>	<b>167.700</b> 155.852	<b>170.100</b>	<b>178.200</b>
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 54 (GL5)	13.500	14.100
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (GL4)	34.200	35.800
3.	14467 Potsdam, Henning von Tresckow Str. 2-8 (GL)	122.400	128.300
	<b>Summe</b>	<b>170.100</b>	<b>178.200</b>

Mehr in Anpassung an die Kostenprognose des BLB.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	
518 10	422	Mieten und Pachten	2.000 0	2.000	2.000
518 20	422	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	200 0	200	200
518 25	719	Mietzahlungen an den BLB	201.500 180.997	178.500	178.500

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	15236 Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 54 (GL5)	27.300	27.300
2.	03046 Cottbus, Gulbener Str. 24 (GL4)	31.700	31.700
3.	14467 Potsdam, Henning-von-Tresckow-Str. 2-8 (GL-Hauptgebäude)	119.500	119.500
<b>Summe</b>		<b>178.500</b>	<b>178.500</b>

Weniger in Anpassung an die mit dem BLB abgestimmte Mietentwicklung.

519 10	422	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	8.000 0	8.000	8.000
--------	-----	---	------------	-------	-------

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	0	
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	8.000	8.000
<b>Summe</b>		<b>8.000</b>	<b>8.000</b>

Der Mietvertrag für die Räume in der Henning-von-Tresckow-Straße. 2-8 sieht Schönheitsreparaturen zulasten des Mieters vor.

525 10	422	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	14.000 34.813	18.000	18.000
--------	-----	--	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	18.000	18.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	
<b>Summe</b>		<b>18.000</b>	<b>18.000</b>

526 10	422	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	350.000 192.249	350.000	350.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

**Erläuterungen:**

			2019 EUR	2020 EUR
1.		Sachverständige und rechtliche Beratung in Rechtsstreitverfahren	100.000	100.000
2.		Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	50.000	50.000
3.		Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten des Raumordnungsprogramms und der Raumordnungspläne	100.000	100.000
4.		Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumentwicklung und Strukturpolitik	30.000	30.000
5.		Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	30.000	30.000
6.		Sachverständige und rechtliche Beratung Braunkohle- und Sanierungsplanung	40.000	40.000
<b>Summe</b>			<b>350.000</b>	<b>350.000</b>

527 10	422	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>24.000</b> 21.644	<b>24.000</b>	<b>24.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

531 10	422	<b>Veröffentlichungen und Dokumentation</b>	<b>63.000</b> 22.051	<b>63.000</b>	<b>63.000</b>
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

			2019 EUR	2020 EUR
1.		Kosten für gesetzliche Veröffentlichungen der Raumordnung, Landesentwicklung, Regionalplanung und andere Publikationen.	63.000	63.000
<b>Summe</b>			<b>63.000</b>	<b>63.000</b>

535 10	422	<b>Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung</b>	<b>59.000</b> 41.625	<b>59.000</b>	<b>59.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

			2019 EUR	2020 EUR
1.		Kosten für kartographische Arbeiten zur Schaffung von Landesplanungsgrundlagen	9.000	9.000
2.		Kartographieaufwand und Digitalisierung des Raumordnungskatasters	50.000	50.000
<b>Summe</b>			<b>59.000</b>	<b>59.000</b>

537 10	422	<b>Braunkohleplanung</b>	<b>65.000</b> 5.696	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>
--------	-----	--------------------------	------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

			2019 EUR	2020 EUR
1.		Kosten für den Braunkohlenausschuss	7.000	7.000
2.		Erarbeitung von Beschlussvorlagen durch Mitwirkung Dritter für den Braunkohlenausschuss zu den Tagebauen und Umsiedlungsplanungen sowie Sanierungsgebieten	28.000	28.000
3.		Kosten für die gutachterliche Bearbeitung von Braunkohleplänen	30.000	30.000
<b>Summe</b>			<b>65.000</b>	<b>65.000</b>

537 20	422	<b>Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen</b>	<b>261.000</b> 111.488	<b>261.000</b>	<b>261.000</b>
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 537 20

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Gutachten in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	30.000	30.000
2.	Gutachten in Angelegenheiten des Raumentwicklungsprogramms und der Raumordnungspläne	101.000	101.000
3.	Gutachten in Angelegenheiten der Raumentwicklung und der Strukturpolitik	60.000	60.000
4.	Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	30.000	30.000
5.	Raumordnungsbericht, Raumb Beobachtung, Monitoring	40.000	40.000
<b>Summe</b>		<b>261.000</b>	<b>261.000</b>

537 22	422	<b>Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG V)</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>
			254.723		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 20 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019	2020
	EUR	EUR
Betrag:	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	250.000	
2021 bis zu	250.000	250.000
2022 bis zu		250.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	250.000	250.000			<b>500.000</b>
2020		250.000	250.000		<b>500.000</b>
2021			250.000	250.000	<b>500.000</b>
2022				250.000	<b>250.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>250.000</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>	<b>1.750.000</b>

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Finanzierung von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit INTERREG V	350.000	350.000
2.	Technische Hilfe transnationale Zusammenarbeit INTERREG V	150.000	150.000
<b>Summe</b>		<b>500.000</b>	<b>500.000</b>

Das Land beabsichtigt, sich am Förderprogramm der EU zur transnationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Die Maßnahmen werden mit EU- Mitteln bis zu 75% gefördert. Das Land kann in Vorleistung treten.

538 10	422	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung</b>	<b>160.000</b>	<b>160.000</b>	<b>160.000</b>
			90.545		

**Erläuterungen:**

Softwarekosten für das Planungsinformationssystem (PLIS ) insbesondere das digitalisierte Raumordnungskataster sowie Wartung und Pflege der eingesetzten Software im sonstigen Verwaltungsbereich.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

541 10 422 Aufwendungen für Veranstaltungen 40.000 40.000 40.000  
15.705

Erläuterungen:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Technische Ausstattung	20.000	20.000
2.	Bewirtung und Organisation	15.000	15.000
3.	Sonstiges	5.000	5.000
	<b>Summe</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>

546 10 422 Sonstiges 10.000 10.000 10.000  
7.752

Erläuterungen:

Ausgaben für Metrex und Domain Service.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(514 10) 422 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 0  
0

*Die Zweckbestimmung ist verbindlich.*

---

Summe HGr. 5: 2.000.400 1.983.800 1.991.900

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 9.500 9.500 9.500  
9.500

Erläuterungen:

Mitgliedsbeiträge für Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) und Metrex.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(633 10) 422 Zuschüsse an Gebietskörperschaften 0  
0

aus Titelgruppen: 4.125.800 4.125.800 4.125.800

---

Summe HGr. 6: 4.135.300 4.135.300 4.135.300

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10 422 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 9.000 9.000 9.000  
27.066

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>		
1.1	Büroausstattung	1.000	1.000
1.2	Präsentations- und Dokumentationstechnik	2.000	2.000
1.3	Informationstechnik	1.000	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<u>4.000</u>	<u>4.000</u>
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>		
2.1	Büroausstattung	3.000	3.000
2.2	Bürotechnik	2.000	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<u>5.000</u>	<u>5.000</u>
	<b>Summe</b>	<u><b>9.000</b></u>	<u><b>9.000</b></u>

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>41.194.200</b>	<b>39.034.200</b>	<b>38.104.200</b>
--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

<b>Summe HGr. 8:</b>	<b>41.203.200</b>	<b>39.043.200</b>	<b>38.113.200</b>
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

**TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung**

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 61 geleistet werden.  
 Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe 61 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben bei Titel 685 61 sind übertragbar.*

**Erläuterungen:**

Maßnahmen nach § 2 VA VI Braunkohlesanierung

Maßnahmen nach § 2 des fünften ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2018 bis 2022 (VA VI Braunkohlesanierung) zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastensanierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995.

Im § 2 des VA VI Braunkohlesanierung ist aufgrund der Rechtsverpflichtung des Projektträgers festgelegt, dass zwischen dem Bund und den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Jahre 2018 - 2022 ein Finanzplafonds i.H.v. 874,32 Mio. EUR für Maßnahmen der bergbaulichen Sanierung, Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung zur Verfügung gestellt wird. Diese Summe wird im Verhältnis 75 v.H. / 25 v.H. zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Ferner stellt der Projektträger, die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Eigenanteile i.H.v. 35,68 Mio. EUR zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2019 (2020) teilen sich der Bund und die Länder den Plafonds zu 137,46 (129,81) Mio. EUR und 45,82 (43,27) Mio. EUR. Von dem Länderanteil finanziert das Land Brandenburg 23,76 (22,03) Mio. EUR. Projektträger ist die LMBV.

Maßnahmen nach § 3 VA VI Braunkohlesanierung

Im § 3 des VA VI Braunkohlesanierung ist unter Zurückstellung unterschiedlicher Rechtsstandpunkte und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht festgelegt, dass für die Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem bergbaubedingten Grundwasserwiederanstieg sowie für sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung für die Jahre 2018 - 2022 ein Finanzrahmen i.H.v. insgesamt 320 Mio. EUR zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzierung teilen sich der Bund und die Länder grundsätzlich jeweils hälftig.

Für das Haushaltsjahr 2019 (2020) stellen der Bund und das Land Brandenburg zusammen 32,00 (32,00) Mio. EUR zur Verfügung. Das Land Brandenburg finanziert davon 9,40 (10,20) Mio. EUR. Der Projektträger ist die LMBV.

Maßnahmen nach § 4 VA VI Braunkohlesanierung

Für weitere Maßnahmen der Braunkohlesanierung, zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlenaltbergbaus, stellen die Länder über die Verpflichtungen der LMBV hinaus weitere Finanzmittel zur Verfügung. Das Land Brandenburg stellt in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 einen Betrag i.H.v. jeweils 10,0 Mio. EUR bereit.

Neben der Projektträgerschaft der LMBV werden kommunale und gleichwertige Projektträgerschaften zugelassen.

<b>685 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland</b>	<b>4.125.800</b> 852.688	<b>4.125.800</b>	<b>4.125.800</b>
<b>883 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b> 0	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>893 61</b>	<b>631</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b>	<b>41.194.200</b> 32.841.178	<b>39.034.200</b>	<b>38.104.200</b>

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 893 61

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	45.320.000				<b>45.320.000</b>
2020	45.320.000				<b>45.320.000</b>
2021	90.640.000				<b>90.640.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>181.280.000</b>				<b>181.280.000</b>

**Erläuterungen:**

Das VA VI Braunkohlesanierung beginnt mit dem Haushaltsjahr 2018 und endet mit dem Haushaltsjahr 2022. Die Schlusszeichnung ist am 02.06.2017 erfolgt.

Die in 2017 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wird 2019 nur in Höhe von 43.160.000 EUR und in 2020 nur in Höhe von 42.230.000 EUR in Anspruch genommen.

<b>Nachrichtlich:</b> Summe TGr. 61	<b>45.320.000</b>	<b>43.160.000</b>	<b>42.230.000</b>
<b>Nachrichtlich:</b> Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>45.320.000</b>	<b>43.160.000</b>	<b>42.230.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	520.000	1.520.000	1.520.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.327.000	1.327.000	1.327.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>1.847.000</b>	<b>2.847.000</b>	<b>2.847.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	2.000.400	1.983.800	1.991.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.135.300	4.135.300	4.135.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	41.203.200	39.043.200	38.113.200
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>47.338.900</b>	<b>45.162.300</b>	<b>44.240.400</b>

<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-45.491.900</b>	<b>-42.315.300</b>	<b>-41.393.400</b>
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>1.400.000</b>	<b>1.400.000</b>	<b>1.400.000</b>
			1.323.943		

**Erläuterungen:**

Enthalten sind Gebühren auf der Grundlage nachstehender Bestimmungen:

- Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr
- Kostenverordnung für den Güterkraftverkehr
- Kostenverordnung Luftfahrtverwaltung
- Luftsicherheitsgebührenordnung
- Kostenverordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen
- Verwaltungsgebührenordnung für Amtshandlungen beim Vollzug des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes
- Verordnung über die Gebühren in bauordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Verordnung zur Erhebung von Gebühren im Straßenpersonenverkehr mit Oberleitungsbussen und Straßenbahnen
- Verordnung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt
- Verordnung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen nach der Landeshafenverordnung
- Runderlass zur Überwachung von Ausbildungsstätten für die beschleunigte Grundqualifikation und Weiterbildung nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz

112 10	719	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>	<b>65.000</b>
			77.379		

**Erläuterungen:**

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- § 19 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafenverordnung
- § 89 Landesschifffahrtsverordnung.
- § 58 Luftverkehrsgesetz

119 10	719	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>4.000</b>	<b>4.000</b>	<b>4.000</b>
			2.921		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Altmaterial und zuviel geleisteten und daher an das Land zurückgezahlten Ausgaben (§ 35 LHO).

119 20	165	<b>Einnahmen aus Veröffentlichungen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

124 10	719	<b>Mieten und Pachten</b>		<b>1.300</b>	<b>1.300</b>
neu					

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus der Kantinenverpachtung

132 10	719	<b>Veräußerung von beweglichen Sachen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
			0		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 132 10

**Erläuterungen:**

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Einnahmen aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	100	100
	<b>Summe</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

**aus Titelgruppen: 75.000 75.000 75.000**

**Summe HGr. 1: 1.544.200 1.545.500 1.545.500**

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10 719 **Erstattung von Verwaltungsausgaben der gemeinsamen Verwaltungseinrichtung** **99.300 99.300 99.300**  
 104.718

**Erläuterungen:**

Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Enthalten sind die anteiligen Kosten für die Leiterin, den Leiter der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg.

232 20 751 **Erstattung von Personalausgaben der gemeinsamen Verwaltungseinrichtung** **0 0 0**  
 105.496

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 428 20 herangezogen werden.*

**Summe HGr. 2: 99.300 99.300 99.300**

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10 891 **Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht** **105.700 105.700 105.700**  
 105.667

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 982 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

Kostenanteil des Landes Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH für die Luftaufsicht.

**Summe HGr. 3: 105.700 105.700 105.700**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

<b>Titelgruppen</b>
---------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

111 70	751	<b>Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
			176.850		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Gebühren und Auslagenerstattungen durch die Genehmigung wesentlicher Erweiterungen oder Änderungen der Anlage und des Betriebes sowie entsprechende Abnahmeprüfungen des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg gem. Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV).

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 70	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
-----------------------	---------------	---------------	---------------	---------------

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>	<b>75.000</b>
-----------------------	----------------------------------	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

**Ausgaben**

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	719	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>3.092.300</b>	<b>3.067.500</b>	<b>3.144.000</b>
			2.703.459		

**Erläuterungen:**

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	3.067.500	3.144.000
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>		<b>3.067.500</b>	<b>3.144.000</b>

Weniger aufgrund von Anpassungen an den Mittelabfluss. Nachbesetzungen erfolgen vermehrt im Tarifbereich (siehe Titel 428 10).

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2018	2019	2020
Präsidentin, Präsident des Landesamtes für Bauen und Verkehr	B3	hD	1,00	1,00	1,00
Abteilungsdirektorin, Abteilungsdirektor	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	2,00	2,00	2,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	7,00	7,00	7,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	11,00	12,00	12,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A13	hD	2,00	3,00	3,00
Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat	A13	gD	15,00	16,00	16,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	16,00	17,00	17,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	A11	gD	32,00	31,00	31,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	13,00	13,00	13,00
<b>Zusammen:</b>			<b>100,00</b>	<b>103,00</b>	<b>103,00</b>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

	2019	2020			
<b>Zugänge:</b>					
Neue Stellen					
1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Dezernatsleitung LuBB	
1,00	0,00	A13 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Zuverlässigkeitsprüfung LuBB	
1,00	0,00	A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	überörtliche Luftaufsicht LuBB	
3,00	0,00	Zugänge neue Stellen			
<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			
<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>			
<b>Stellenhebung:</b>					
neue Hebungen					
1,00	0,00	von A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	nach A13 gD	Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat
1,00	0,00	Neue Hebungen insgesamt			
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellenhebungen insgesamt</b>			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

422 20	011	<b>Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)</b>	52.800 36.448	35.400	35.400
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	35.400	35.400
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
<b>Summe</b>		<b>35.400</b>	<b>35.400</b>

Weniger wegen Umsetzung einer Stelle nach Kapitel 11 460, Wirtschaftsplan LS.

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

Amtsbezeichnung	BesGr./LfbGr.	2018	2019	2020
Regierungsbaureferendarin, Regierungsbaureferendar	ANW hD	2	0	2
<b>Summe</b>		<b>2</b>	<b>0</b>	<b>2</b>

Die Ausbildung dauert rund zwei Jahre und wird mit Bestehen der Zweiten Großen Staatsprüfung abgeschlossen. Neue Ausbildungen sind immer erst nach Abschluss des vorherigen Ausbildungsjahrgangs beabsichtigt.

**Stellenübersicht:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2018	2019	2020
Baureferendarin, Baureferendar	1) ANW	hD	0,00	2,00	2,00
Referendarin, Referendar	1) A13	hD	3,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>			<b>3,00</b>	<b>2,00</b>	<b>2,00</b>

**sonstige Stellenplanvermerke:**

- 1) Die Beamtinnen, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärterinnen, Anwärter) erhalten Anwärterbezüge, deren Grundbetrag sich nach Anlage 7 Brandenburgisches Besoldungsgesetz (BbgBesG) bemisst.

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2019	2020		
<b>Zugänge:</b>				
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	2,00	0,00	ANW hD	Baureferendarin, Baureferendar
				Korrektur Bezeichnung
	2,00	0,00	Zugänge Haushaltsvollzug	
	<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>Abgänge:</b>				
	2,00	0,00	A13 hD	Referendarin, Referendar
	1,00	0,00	A13 hD	Referendarin, Referendar
	3,00	0,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	
	<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>	
	<b>-1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

427 20	719	<b>Entgelte für Aushilfen, Praktikantinnen und Praktikanten</b>	273.600 396.145	400.000	400.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 427 20

**Erläuterungen:**

Mehr aufgrund von Arbeitsverdichtungen.

Es sind Mittel für durchschnittlich 7 Aushilfen für diverse kurzfristige Projekte, Arbeitsspitzen und Vertretungsfälle in verschiedenen Abteilungen geplant. Die endgültigen Entgeltgruppen und der vorgesehene Arbeitseinsatz können noch nicht konkret benannt werden. Die einzelne Vertragsdauer wird überwiegend zwei Jahre betragen.

Darüber hinaus wird eine Aushilfe E 10 im Bereich Luftsicherheit der LuBB für die Dauer von zwei Jahren beschäftigt, die zu 75 vH vom Land Berlin finanziert wird. 25 vH der Finanzierung erfolgen aus Titel 427 20.

<b>428 10</b>	<b>719</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>9.063.100</b>	<b>10.170.200</b>	<b>10.129.700</b>
			9.072.856		

**Erläuterungen:**

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte		
1.2	tariflichen Entgelte	10.170.200	10.129.700
1.3	Entgelte für Auszubildende		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
	<b>Summe</b>	<b>10.170.200</b>	<b>10.129.700</b>

Mehr aufgrund von Anpassungen an den Mittelabfluss (siehe auch Titel 422 10) und aufgrund der Auswirkungen des Tarifabchlusses vom 17. Februar 2017.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
E 15 Ü	1,00	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00	3,00
E 14	17,00	17,00	17,00
E 13	9,00	9,00	9,00
E 12	8,00	13,00	13,00
E 11	14,00	17,00	17,00
E 10	0,00	2,00	2,00
E 9	15,00	9,00	9,00
E 8	12,00	13,00	13,00
E 6	12,00	10,00	10,00
E 4	3,00	3,00	3,00
<b>Zusammen:</b>	<b>94,00</b>	<b>97,00</b>	<b>97,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2019	2020	
<b>Zugänge:</b>			
Neue Stellen			
1,00	0,00	E 12	Luftaufsicht/Luftsicherheit LuBB
1,00	0,00	E 12	Flugbetriebssicherheit
1,00	0,00	E 10	Fahrerlaubnis/Fahrlehrer
3,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>3,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 428 10

**Stellenhöherstufung:**

neue Hebungen

1,00	0,00	von E 11	nach E 12	Luftaufsicht/Luftsicherheit LuBB
1,00	0,00	von E 9	nach E 12	Städtebauförderung
3,00	0,00	von E 9	nach E 11	IT-Fachverfahrensbetreuer
1,00	0,00	von E 9	nach E 11	Sachbearbeiter Haushalt
1,00	0,00	von E 9	nach E 10	Ausnahmegenehmigungen Straßenverkehrszulassungsverordnung
1,00	0,00	von E 6	nach E 12	Städtebauförderung
1,00	0,00	von E 6	nach E 8	ÖPNV Förderung und Genehmigungen
<b>9,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Neue Höherstufungen insgesamt</b>		
<b>9,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellenhöherstufungen insgesamt</b>		

<b>428 20</b>	<b>719</b>	<b>Personalausgaben der gemeinsamen Verwaltungseinrichtung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			105.503		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 20 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Beschäftigung von bis zu 7 Tarifbeschäftigten für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gemäß Luftfahrtstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom 4. Mai 2006 i. V. mit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung vom 04.05.2006. Erstattung in voller Höhe durch das Land Berlin.

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
E 15	1,00	1,00	1,00
E 11	2,00	4,00	4,00
E 10	1,00	2,00	2,00
E 9	1,00	0,00	0,00
E 8	2,00	2,00	2,00
<b>Zusammen:</b>	<b>7,00</b>	<b>9,00</b>	<b>9,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2019 2020

**Zugänge:**

Neue Stellen

2,00	0,00	E 11	überörtliche Luftaufsicht LuBB
2,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>	
<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

**Stellenhöherstufung:**

neue Hebungen

1,00	0,00	von E 9	nach E 10	Zuverlässigkeitsprüfung LuBB
1,00	0,00	<b>Neue Höherstufungen insgesamt</b>		
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellenhöherstufungen insgesamt</b>		

<b>453 10</b>	<b>719</b>	<b>Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			283		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Trennungentschädigung	3.000	3.000
2.	Umzugskostenvergütung	7.000	7.000
	<b>Summe</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>

<b>Summe HG. 4:</b>	<b>12.491.800</b>	<b>13.683.100</b>	<b>13.719.100</b>
---------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>145.000</b> 107.245	<b>140.000</b>	<b>145.000</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	26.000	26.000
2.	Bücher, Zeitschriften	70.000	75.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40.000	40.000
4.	Sonstiges	4.000	4.000
<b>Summe</b>		<b>140.000</b>	<b>145.000</b>

511 20	719	<b>Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren</b>	<b>101.000</b> 82.045	<b>109.000</b>	<b>115.000</b>
--------	-----	---	--------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	66.000	72.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	16.000	16.000
3.	Fernmeldegebühren	27.000	27.000
4.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>109.000</b>	<b>115.000</b>

Im Landesamt sind 32 Mobiltelefone im Einsatz.

Mehr aufgrund der Erhöhung des Postaufkommens, der Berechnung von Umsatzsteuer bei Postzustellungsurkunden und der Zunahme von Mobiltelefonen.

514 10	719	<b>Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.</b>	<b>45.000</b> 36.344	<b>45.000</b>	<b>45.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	42.000	42.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.000	3.000
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
<b>Summe</b>		<b>45.000</b>	<b>45.000</b>

	Bestand 2018		Soll 2019		Soll 2020	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
<b>Bedarf an Dienstfahrzeugen</b>						
Kleinbus	3	0	3	0	3	0
Personenwagen	0	0	0	0	0	0
PKW	9	1	9	1	9	1
Anhänger	1	0	1	0	1	0
Bus	0	0	0	0	0	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0	1	0
Zusammen	14	1	14	1	14	1

517 10	719	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>15.000</b> 1.345	<b>15.000</b>	<b>23.000</b>
--------	-----	---	------------------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 517 10

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Heizung	0	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0	0
4.	Grundbesitzabgaben	0	0
5.	Bewachungskosten	0	0
6.	Sonstiges	15.000	23.000
<b>Summe</b>		<b>15.000</b>	<b>23.000</b>

Ausgaben für Leistungen, die nicht vom BLB im Rahmen der Einzelnutzungsvereinbarungen abgedeckt sind.  
In 2020 mehr, da in diesem Jahr die Prüfungen der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel durchgeführt werden müssen.

517 25	719	<b>Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter - Mieter - Modells</b>	<b>426.400</b>	<b>450.300</b>	<b>470.800</b>
			374.825		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	15366 Hoppegarten, Lindenallee 51 (LBV Hauptsitz)	166.700	174.700
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (Außenstelle)	103.800	108.700
3.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 48 (Außenstelle)	24.200	25.300
4.	12521 Schönefeld, Flughafen BER (Örtliche Luftaufsicht)	0	0
5.	14467 Potsdam, Breite Straße 7a (Außenstelle)	18.000	18.800
6.	15529 Schönefeld, Mittelstraße 5/5a (Luftfahrtbehörde)	97.800	102.500
7.	13405 Berlin, Flughafen Tegel (Örtliche Luftaufsicht)	5.000	5.300
8.	Erhöhungsbetrag 5%	34.800	35.500
<b>Summe</b>		<b>450.300</b>	<b>470.800</b>

Mehr in Anpassung an die Kostenprognose des BLB.

518 20	719	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b>	<b>40.000</b>	<b>20.000</b>	<b>0</b>
			10.253		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	20.000	0
2.	Mieten für Software	0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0	0
<b>Summe</b>		<b>20.000</b>	<b>0</b>

Miete von 15 Kopiergeräten.  
Weniger wegen Auslaufen des Vertrages und Übernahme der Leistungen durch den ZIT-BB.

518 25	719	<b>Mietzahlungen an den BLB</b>	<b>824.400</b>	<b>834.700</b>	<b>843.600</b>
			840.360		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 518 25

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	15366 Hoppegarten, Lindenallee 51 (LBV-Hauptsitz)	198.100	198.100
2.	03046 Cottbus, Gulbener Straße 24 (LBV-Außenstelle Cottbus)	110.500	110.500
3.	15236 Frankfurt/Oder, Müllroser Chaussee 48 (Haus 7) Außenstelle	59.100	59.100
4.	12521 Schönefeld, Mittelstraße 5/5a (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	411.700	420.600
5.	14467 Potsdam, Breite Straße 7a (Außenstelle)	34.300	34.300
6.	12521 Flughafen Schönefeld (Örtliche Luftaufsicht)	300	300
7.	13405 Berlin Flughafen Tegel (Örtliche Luftaufsicht)	20.700	20.700
<b>Summe</b>		<b>834.700</b>	<b>843.600</b>

Mehr wegen höherer Mieten im Dienstgebäude der Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg.

518 30	719	<b>Leasing von Dienstkraftfahrzeugen</b>	<b>2.800</b>	<b>3.500</b>	<b>3.500</b>
			2.862		

**Erläuterungen:**

	2018	2019	2020
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	vorhanden	davon neu	vorhanden davon neu
PKW	1	1	0 1
Zusammen	1	1	0 1

Mehr, da zur allgemeinen Förderung der Elektromobilität ein Hybrid- oder Elektro-Kraftfahrzeug eingesetzt werden soll.

525 10	719	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	<b>100.000</b>	<b>100.000</b>	<b>100.000</b>
			65.835		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	100.000	100.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>		<b>100.000</b>	<b>100.000</b>

526 10	719	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>
			121.063		

527 10	719	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>
			29.055		

531 10	719	<b>Veröffentlichungen und Dokumentation</b>	<b>12.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			636		

535 10	719	<b>Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
			1.523		

536 10	719	<b>Sonstige Verwaltungsausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Zahlungen für Parkgebühren bei Fahrertätigkeiten.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		
541 10	719	Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	1.000 637	1.000	1.000
546 10	719	Sonstiges	13.000 1.601	13.000	28.000

2020 sind die Mittel i.H.v. 15.000 EUR bis zum tatsächlichen Umzugserfordernis zum BER gesperrt.

**Erläuterungen:**

Zahlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister, für Umzugsleistungen und für Nachrufe und Kranzspenden.  
Mehr, da Umzugsleistungen für die örtliche Luftfahrtaufsicht Schönefeld (2020) anfallen.

546 15	719	Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	630.800 559.643	1.658.800	1.618.400
--------	-----	---	--------------------	-----------	-----------

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	IT- Grundausstattung je Arbeitsplatz	107.900	107.900
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	26.300	26.300
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	191.900	206.100
4.	Weitere Servicevereinbarungen		
4.1	Betrieb Fachverfahren	548.900	548.900
4.2	LVN-Kosten	594.800	585.200
4.3	Kommunikation	78.000	138.000
4.4	TK-Verbund	0	0
4.5	Migration	105.000	0
4.6	IT-Weiterbildung	6.000	6.000
<b>Summe</b>		<b>1.658.800</b>	<b>1.618.400</b>

Mehr wegen der erfolgten Überführung der IT-Infrastruktur in Form einer 1:1 Überleitung an den ZIT-BB und die nunmehr bevorstehende Migration in ein zentrales Rechenzentrum.

	PC		Thin-Client		Notebook	
	Leistungsklasse 1				Leistungsklasse 1	
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
1	2		3		4	
1. Frontend-Pauschale Euro/Monat (Brutto)	28,10	28,10	26,00	26,00	36,20	36,20
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	225	225	0	0	0	0
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	10	10	0	0	21	21

	PC		Notebook		Notebook	
	Leistungsklasse 2		Leistungsklasse 2		Leistungsklasse 3	
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
1	2		3		4	
1. Frontend-Pauschale Euro/Monat (Brutto)	32,10	32,10	42,00	42,00	52,00	52,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	0	0	5	5	0	0
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	0	0	0	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		
546 20	719	<b>Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte</b>	0 0	0	0
<b>Erläuterungen:</b>					
Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.					
546 55 neu	012	<b>Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements</b>		<b>10.900</b>	<b>10.900</b>
<b>Erläuterungen:</b>					
Zahlungen im Zusammenhang mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement					
547 10	719	<b>Sonstige Dienstleistungen</b>	0 0	<b>20.000</b>	<b>30.000</b>
<b>Erläuterungen:</b>					
Die Durchführung der Anhörungsverfahren für mehrere große Straßenbaumaßnahmen sind nicht von der Anhörungsbehörde allein zu bewältigen. Zur Unterstützung (Organisation, Protokollführung, technische Ausstattung u.ä.) sollen Firmen beauftragt werden, die sich auf ein derartiges Verfahren spezialisiert haben. Unterstützungsleistungen bei der überörtlichen Luftaufsicht und ab 2020 bei der Umsetzung der UStG-Pflicht.					
Mehr wegen verstärkter Straßenbautätigkeit, und um die Luftaufsichtskontrollen in erforderlichem Maße zu erfüllen.					
<b>aus Titelgruppen:</b>			<b>410.800</b>	<b>865.500</b>	<b>754.000</b>
<b>Summe HGr. 5:</b>			<b>2.899.200</b>	<b>4.428.700</b>	<b>4.330.200</b>
HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
685 10	751	<b>Erstattungen zur Aufgabenerfüllung Luftaufsicht BER</b>	<b>60.000</b> 24.000	<b>60.000</b>	<b>60.000</b>
<b>Erläuterungen:</b>					
Personalkostenerstattung für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal durchgeführt wird.					
<b>Summe HGr. 6:</b>			<b>60.000</b>	<b>60.000</b>	<b>60.000</b>
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
811 10	719	<b>Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen</b>	<b>22.500</b> 64.986	<b>12.100</b>	<b>34.600</b>
<i>Angaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.</i>					
<b>Erläuterungen:</b>					
<b>Ersatzbeschaffungen:</b>				<b>2019</b>	<b>2020</b>
<b>2019/2020</b>				<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
1/2	PKW für die technische Abnahme			12.100	34.600
Zusammen				12.100	34.600
In 2019 weniger, da nur eine Ersatzbeschaffung erfolgt. In 2020 mehr, da ein höherer Beschaffungsbedarf besteht.					
812 10	719	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland</b>	<b>30.000</b> 15.893	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>		
1.1	Ausstattungen von Büroräumen	0	0
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>		
2.1	Ausstattungen von Büroräumen	30.000	30.000
2.2	Ausstattungen für Prüfungen der Luftsicherheitsbehörde	10.000	10.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>40.000</i>	<i>40.000</i>
	<b>Summe</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>

Mehr wegen der notwendigen Ersatzbeschaffung von Ausstattungen für die Luftsicherheitsprüfungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

aus Titelgruppen: 195.500      318.800      371.000

Summe HGr. 8: 248.000      370.900      445.600

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10 891 **Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht** 105.700      105.700      105.700  
105.667

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Weiterleitung des vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteils für die Luftaufsicht.

Summe HGr. 9: 105.700      105.700      105.700



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		

Angaben in EUR

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

**Erläuterungen:**

Die Mittel werden u.a. benötigt, um Anhörungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg sowie die Abnahmen zur Inbetriebnahme des Flughafens durchzuführen. Des Weiteren sind durch das LBV als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören u. a. Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, die Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung flugbetrieblicher oder technischer Probleme.

511 70	751	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0 0	0	0
518 70	751	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0	0
526 70	751	Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten	75.000 36.063	75.000	75.000
537 70	751	Gutachten	50.000 0	50.000	50.000
538 70	751	Ausgaben für die Datenverarbeitung	0 0	0	0
546 70	751	Vermischte Verwaltungsausgaben	10.000 0	10.000	10.000

**Erläuterungen:**

Sachausgaben, die aufgrund der Komplexität des Verfahrens BER nicht eindeutig zuzuordnen und voraus zu planen sind.

547 70	751	Sonstige Dienstleistungen	90.000 62.903	90.000	90.000
--------	-----	---------------------------	------------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

Ausgaben für Verwaltungshelfer zur fachwissenschaftlichen Unterstützung für Planänderungs- und Planergänzungsverfahren sowie für die Vollzugskontrolle von Auflagen.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 70</b>			<b>225.000</b>	<b>225.000</b>	<b>225.000</b>
-------------------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

**Erläuterungen:**

Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2020 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	719	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamtinnen und Beamte)	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

428 79	719	<b>Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)</b>	0	0	0
			0		

**Stellenübersicht:**

EntgeltGr.	2018	2019	2020
E 13	1,00	0,00	0,00
E 11	1,00	0,00	0,00
E 10	1,00	0,00	0,00
E 9	3,00	0,00	0,00
E 6	1,00	0,00	0,00
<b>Zusammen:</b>	<b>7,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

	2019	2020	
<b>Abgänge:</b>			
Abgänge infolge Einsparung			
1,00	0,00	E 13	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung
1,00	0,00	E 11	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung
1,00	0,00	E 10	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung
3,00	0,00	E 9	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung
1,00	0,00	E 6	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung
<b>7,00</b>	<b>0,00</b>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
<b>7,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>	
<b>-7,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</b>	

<b>Nachrichtlich:</b> Summe TGr. 79	0	0	0
-------------------------------------	---	---	---

TGr. 99 Ausgaben der Datenverarbeitung

511 99	719	<b>Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation</b>	32.000	32.000	32.000
			12.106		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1	Hardware	5.000	5.000
2	Software	2.000	2.000
3	Unterhaltung	15.000	15.000
4	Kommunikation	5.000	5.000
5	Sonstiges	5.000	5.000
<b>Summe</b>		<b>32.000</b>	<b>32.000</b>

518 99	719	<b>Mieten</b>	0	0	0
			0		

525 99	719	<b>Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel</b>	15.000	15.000	15.000
			3.788		

**Erläuterungen:**

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
<b>Summe</b>		<b>15.000</b>	<b>15.000</b>

538 99	719	<b>Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen</b>	138.800	593.500	482.000
			89.315		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 538 99

**Erläuterungen:**

Mehr wegen Aufgabenübertragung an LGB (GIS) und Ausgaben im Zusammenhang mit der Migration zum ZIT-BB.

812 99	719	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen</b>	<b>195.500</b>	<b>318.800</b>	<b>371.000</b>
			29.881		

**Erläuterungen:**

			2019	2020
			EUR	EUR
<b>1.</b>	<b>Erstbeschaffungen</b>			
1.1	Hardware		7.500	0
1.2	Software		117.000	117.000
1.3	Kommunikation		2.000	2.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>126.500</i>	<i>119.000</i>
<b>2.</b>	<b>Ersatzbeschaffungen</b>			
2.1	Hardware		10.300	25.000
2.2	Software		180.000	225.000
2.3	Kommunikation		1.000	1.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>191.300</i>	<i>251.000</i>
<b>3.</b>	<b>Sonstiges</b>			
3.1	Sonstiges		1.000	1.000
	<i>Summe zu 3.</i>		<i>1.000</i>	<i>1.000</i>
	<b>Summe</b>		<b>318.800</b>	<b>371.000</b>

Mehr wegen Anpassung der IT-Verfahren im Rahmen der Digitalisierungsstrategie sowie des Onlinezugangsgesetzes und des E-Governmentgesetzes des Landes.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	<b>381.300</b>	<b>959.300</b>	<b>900.000</b>
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>606.300</b>	<b>1.184.300</b>	<b>1.125.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.544.200	1.545.500	1.545.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.300	99.300	99.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	105.700	105.700	105.700
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>1.749.200</b>	<b>1.750.500</b>	<b>1.750.500</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 4	Personalausgaben	12.491.800	13.683.100	13.719.100
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	2.899.200	4.428.700	4.330.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	60.000	60.000	60.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	248.000	370.900	445.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	105.700	105.700	105.700
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>15.804.700</b>	<b>18.648.400</b>	<b>18.660.600</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-14.055.500</b>	<b>-16.897.900</b>	<b>-16.910.100</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

### Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	725	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	0	0	0
			0		

---

Summe HGr. 1: 0      0      0

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	711	<b>Abführungen des Landesbetriebes Straßenwesen an den Landeshaushalt</b>	0	0	0
			0		

---

Summe HGr. 2: 0      0      0

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau</b>	27.108.000	27.108.000	0
			30.550.000		

*Mehreinnahmen in 2019 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben in 2019 bei Titel 883 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zweckbindung der Mittel ergibt sich aus der landesgesetzlichen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs-Förderungsgesetz.

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt.

Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel zur Verbesserung des Kommunalen Straßenbaus. Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

331 11	725	<b>Zuweisungen des Bundes zum Bau von Radschnellwegen</b>		0	0
neu					

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 11.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Der Bund gewährt Finanzhilfen nach Art. 104b GG in Verbindung mit § 5b Bundesfernstraßengesetz zum Bau von Radschnellwegen in der Straßenbaulast der Länder und Gemeinden. Der Bund stellt die Mittel im Rahmen einer länderübergreifenden Verwaltungsvereinbarung bis 2030 zur Verfügung.

Siehe Erläuterung bei Titel 883 11.

331 12	722	<b>Zuweisungen des Bundes aus Mauteinnahmen an Bundesstraßen in der Baulast von Kommunen</b>		0	0
neu					

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 12.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Nach § 11 Abs. 3 Satz 1 Bundesfernstraßenmautgesetz steht den Trägern der Straßenbaulast einer mautpflichtigen Straße das entsprechende Mautaufkommen zu. Der Bund weist die Mittel unter Hinweis auf Art. 106 Abs. 9 GG den Ländern zu, die diese dann an die betroffenen Kommunen weiterleiten. Die erste Abrechnung soll im Jahr 2019 für das Jahr 2018 erfolgen.

331 20	729	<b>Zuweisungen des Bundes zur Umsetzung des Radweges Deutsche Einheit</b>	0	70.000	70.000
			0		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 20

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 20. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 883 20 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Der Bund stellt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des Radweges Deutsche Einheit in den Jahren 2016 bis 2020 Mittel zur Verfügung. Siehe auch Erläuterung bei Titel 883 20.

Mehr wegen Verlängerung der Verwaltungsvereinbarung über das Jahr 2017 hinaus und Zuweisung weiterer Mittel.

<b>389 01</b>	<b>729</b>	<b>Zuweisungen des Bundes zur Ausgleichsfinanzierung - Investitionen an Bundesfernstraßen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Siehe Vermerk bei Titel 989 01.*

**Erläuterungen:**

Siehe Erläuterung bei Titel 989 01.

<b>aus Titelgruppen:</b>		<b>0</b>	<b>106.200</b>	<b>0</b>
--------------------------	--	----------	----------------	----------

---

<b>Summe HG. 3:</b>		<b>27.108.000</b>	<b>27.284.200</b>	<b>70.000</b>
---------------------	--	-------------------	-------------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

TGr. 90 Projekt "North European cross border ITS Phase 3 - NEXT-ITS 3"

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die EU-Kommission gewährt einen Zuschuss gemäß Zuwendungsbescheid No INEA/CEF/TRAN/M2016/1357671 für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern.

Brandenburg ist an dem Projekt mit der A10 mit dem Abschnitt zwischen dem AD Potsdam - AD Nuthetal beteiligt.

331 90	011	<b>Zuschuss des Bundes für das Projekt "North European cross border ITS Phase 3 - NEXT-ITS 3"</b>	0 0	106.200	0
--------	-----	---	--------	---------	---

*Mehreinnahmen in 2019 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben in 2019 bei Titelgruppe 90 herangezogen werden.  
 Einnahmen in 2020 dürfen zur Deckung von Ausgaben in 2020 bei Titelgruppe 90 herangezogen werden.*

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	106.200	0
-------------------------------------	---	---------	---

---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	106.200	0
--	---	---------	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titel 682 50, 682 51, 891 10, 891 11 und 891 12 sind gegenseitig deckungsfähig.

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	723	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

537 10	711	Ausgaben für Gutachten	50.000 975	50.000	50.000
--------	-----	------------------------	---------------	--------	--------

**Erläuterungen:**

Gutachterliche Unterstützung u.a. zur Evaluation des Straßengesetzes sowie der Überprüfung und Weiterentwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen und wirtschaftlichen Wandel.

541 10	711	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	2.500 1.897	2.500	2.500
--------	-----	---	----------------	-------	-------

547 10	719	Sonstige Dienstleistungen	140.000 73.071	140.000	140.000
--------	-----	---------------------------	-------------------	---------	---------

**Erläuterungen:**

Anteil des Landes Brandenburg an der Verkehrsinformationszentrale Berlin-Brandenburg (VIZ) gemäß der derzeit geltenden Verwaltungsvereinbarung zum Aufbau eines länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagements Berlin-Brandenburg (VMM).

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(537 20)	729	Finanzierung der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen	0 0		
----------	-----	---	--------	--	--

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>0</b>	<b>8.200</b>	<b>0</b>
--------------------------	----------	--------------	----------

---

Summe HGr. 5:	<b>192.500</b>	<b>200.700</b>	<b>192.500</b>
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	729	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen	60.000 45.542	40.000	40.000
--------	-----	---	------------------	--------	--------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>40.000</b>	
davon fällig:		
2020 bis zu	40.000	
2021 bis zu		
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 633 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			40.000		40.000
2021					
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>40.000</b>		<b>40.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle aufgrund der Verwaltungsvereinbarung mit der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen. Die AG soll u.a. die Kommunen bei der Umsetzung des nationalen Radverkehrsplanes des Bundes und der Strategien der Landesregierung zur Entwicklung des Radwegenetzes in Brandenburg unterstützen.

Weniger, da die AG nach einer mehrjährigen Gründungsphase nunmehr auch Eigenmittel über Mitgliedsbeiträge generiert.

<b>682 20</b>	<b>723</b>	<b>Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:		<b>250.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu		
2022 bis zu		250.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020	250.000				250.000
2021					
2022				250.000	250.000
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>250.000</b>			<b>250.000</b>	<b>500.000</b>

**Erläuterungen:**

Das Land Brandenburg beteiligt sich an der Schließung des Mauerradwegs im Bereich der S-Bahn-Strecke Blankenfelde/ Mahlow - Berlin/Lichtenrade durch Finanzierung des Ablösebetrages an die Deutsche Bahn AG. Der Ablösebetrag ist voraussichtlich im Jahr 2022 zu leisten.

Die Fälligkeit der in 2017 ausgebrachten VE wurde nach 2022 verschoben, so dass der Ansatz 2020 von der Gesamtbelastung abweicht.

<b>682 40</b>	<b>711</b>	<b>Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personalaufwendungen</b>	<b>80.853.800</b>	<b>98.226.800</b>	<b>102.947.300</b>
			86.106.950		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 682 40

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für die vom Land finanzierten Personalkosten der Beamtinnen und Beamten sowie der Tarifbeschäftigten des Landesbetriebs.

Darin enthalten sind die folgenden Personalnebenkosten:

		2019	2020
		EUR	EUR
1.	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	110.000	110.000
2.	Aus- und Fortbildung	1.000.000	1.000.000
3.	Aufwand für Dienstreisen	180.000	180.000
4.	Aufwand für Gesundheitsmanagement	112.700	112.700
5.	Sonstige Personalnebenkosten (z.B. Stellenanzeigen)	500.000	500.000
<b>Summe</b>		<b>1.902.700</b>	<b>1.902.700</b>

Mehr aufgrund der Auswirkungen des Tarifabschlusses vom 17.02.2017 sowie des Brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes (BbgBV AnpG 2017/2018) - veröffentlicht im GVBl. Teil I, Nr. 14 vom 10.07.2017 sowie durch Erhöhung der Eigenleistung im Bereich Bauüberwachung/Bauoberleitung, Betriebsdienst, Bauwerksprüfung und Nachtragswesen.

682 50	711	<b>Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit</b>	<b>12.746.000</b>	<b>13.988.000</b>	<b>14.421.000</b>
			12.746.000		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen, die die Aufwendungen für allgemeine Verwaltungskosten (externe Beraterkosten), Mieten und Bewirtschaftungskosten sowie IT-Ausgaben decken.

Mehr wegen Erhöhung der Mietkosten bzw. Betriebskosten durch Umzug in das ehemalige ILB-Gebäude, die Umstellung der Dienststätten Eberswalde, Kyritz, Cottbus, des Betriebssitzes Hoppegarten sowie 32 Straßenmeistereien auf Voice Over IP sowie externe Beraterleistungen u.a. für Steuerberatung wegen Änderung des Umsatzsteuergesetzes.

Nettokalt-Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2019	2020
	EUR	EUR
16225 Verwaltungsgebäude Eberswalde, Tramper Chaussee 3, Haus 7/8	353.315	353.315
15236 Verwaltungsgebäude Frankfurt/O., Müllroser Chaussee 51	199.066	199.066
15366 Verwaltungsgebäude-Hauptsitz Dahwitz-Hoppegarten, Lindenstraße 51	282.688	282.688
14480 Verwaltungsgebäude Potsdam, Steinstr. 104 -106 (ILB-Gebäude)	516.585	581.785
15806 Verwaltungsgebäude Zossen, OT Wündsdorf, Hauptallee 134, Haus 1	129.070	129.070
03050 Verwaltungsgebäude Cottbus, Von-Schön-Str. 11	296.101	296.101
03222 Brückeninspektion Boblitz, Calauer Str. 2	29.623	29.623
12526 Brückeninspektion Berlin, Glienicker Str. 511-513	49.923	49.923
16540 Verwaltungsgebäude Hohen Neuendorf, An der A 111	303.598	303.598
16866 Verwaltungsgebäude Kyritz, Holzhausener Str. 58	77.356	77.356
14554 Verwaltungsgebäude Seddiner See, Pappelallee 32	37.249	37.249
<b>Summe</b>	<b>2.274.574</b>	<b>2.339.774</b>

Betriebs- und Nebenkosten einschl. Unterhaltungspauschale der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	2019	2020
	EUR	EUR
16225 Verwaltungsgebäude Eberswalde, Tramper Chaussee 3, Haus 7/8	167.615	174.197
15236 Verwaltungsgebäude Frankfurt/O., Müllroser Chaussee 51	107.482	111.724
15366 Verwaltungsgebäude-Hauptsitz, Dahwitz-Hoppegarten, Lindenallee 51	349.337	364.630
14480 Verwaltungsgebäude Potsdam, Steinstraße 104-106 (ILB-Gebäude)	213.495	220.707
15806 Verwaltungsgebäude Zossen, OT Wündsdorf, Hauptallee 134, Haus 1	85.585	88.871
15806 Straßenmeisterei Wündsdorf, Steinplatz 2	33.781	35.389
03050 Verwaltungsgebäude Cottbus, Von-Schön-Straße 11	128.500	133.557
03222 Brückeninspektion Boblitz, Calauer Str. 2	16.516	17.243
12526 Brückeninspektion Berlin, Glienicker Str. 511-513	58.467	60.870
16540 Verwaltungsgebäude Hohen Neuendorf, An der A 111	489.506	511.079
16866 Verwaltungsgebäude Kyritz, Holzhausener Str. 58	81.148	84.361
14554 Verwaltungsgebäude Seddiner See, Pappelallee 32	13.931	14.410
<b>Summe</b>	<b>1.745.363</b>	<b>1.817.038</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 682 50

Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB.

		2019 EUR	2020 EUR
1.	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	0	0
2.	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	0	0
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze (Software)	0	0
4.	weitere Servicevereinbarungen	2.200.000	2.500.000
<b>Summe</b>		<b>2.200.000</b>	<b>2.500.000</b>

Die Überleitung der IT-Infrastruktur an den ZIT-BB wird nicht vor dem 1. Januar 2021 abgeschlossen sein.

Kosten der Datenverarbeitung - soweit es sich nicht um Leistungen handelt, die durch den ZIT-BB erbracht werden:

		2019 EUR	2020 EUR
1.	Hardware (Pflege, Wartung)	150.000	150.000
2.	Software (Pflege, Wartung)	1.430.000	1.430.000
3.	SAP Kosten (Betrieb, Lizenzen, Qualitätssicherung, Application, Management)	1.565.000	1.565.000
<b>Summe</b>		<b>3.145.000</b>	<b>3.145.000</b>

<b>682 51</b>	<b>723</b>	<b>Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit</b>	<b>28.500.000</b>	<b>31.314.300</b>	<b>29.731.600</b>
			32.319.967		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>29.000.000</b>	<b>29.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	20.000.000	
2021 bis zu	7.500.000	20.000.000
2022 bis zu	1.500.000	7.500.000
2023 ff. bis zu		1.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	6.000.000	18.000.000			<b>24.000.000</b>
2020	1.000.000	5.000.000	20.000.000		<b>26.000.000</b>
2021		1.000.000	7.500.000	20.000.000	<b>28.500.000</b>
2022			1.500.000	7.500.000	<b>9.000.000</b>
2023 ff.				1.500.000	<b>1.500.000</b>
<b>Summen</b>	<b>7.000.000</b>	<b>24.000.000</b>	<b>29.000.000</b>	<b>29.000.000</b>	<b>89.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Aufgaben im Bereich der Straßenunterhaltung und im Betriebsdienst auf Landesstraßen erfüllen, z.B.

- Sofortmaßnahmen am Straßenkörper
- Grünpflege
- Wartung und Instandhaltung
- Winterdienst
- substanzerhaltende Maßnahmen

Mehr zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch bedarfsgerechte Beauftragung von Fremdleistungen.

<b>683 10</b>	<b>723</b>	<b>Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen</b>	<b>410.000</b>	<b>410.000</b>	<b>410.000</b>
			412.623		

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 683 10

**Erläuterungen:**

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen sowie für sonstige Leistungen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.

Summe HGr. 6:	122.569.800	143.979.100	147.549.900
---------------	-------------	-------------	-------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	725	Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau	27.108.000 30.550.000	27.108.000	27.108.000
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Mehrausgaben in 2019 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen in 2019 bei Titel 331 10 geleistet werden.

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>24.500.000</b>	<b>23.500.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	10.000.000	
2021 bis zu	12.000.000	15.000.000
2022 bis zu	2.500.000	6.000.000
2023 ff. bis zu		2.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	8.500.000	18.500.000			<b>27.000.000</b>
2020		17.000.000	10.000.000		<b>27.000.000</b>
2021			12.000.000	15.000.000	<b>27.000.000</b>
2022			2.500.000	6.000.000	<b>8.500.000</b>
2023 ff.				2.500.000	<b>2.500.000</b>
<b>Summen</b>	<b>8.500.000</b>	<b>35.500.000</b>	<b>24.500.000</b>	<b>23.500.000</b>	<b>92.000.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Siehe Erläuterung bei Titel 331 10.

Die auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden durchzuführende investive Förderung hat u.a. das Ziel:

- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau von verkehrswichtigen Straßen und Brücken,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit in Ortsdurchfahrten, auch z.B. durch den Ausbau von Radwegen,
- Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge von Kreuzungsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, Bundeswasserstraßengesetz, Bundesfernstraßengesetz und dem Brandenburgischen Straßengesetz.

Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus. Ab 2020 wird die Förderung mit Landesmitteln fortgeführt.

883 11	725	Zuweisungen für den Bau von Radschnellwegen	0	0
--------	-----	---	---	---

neu

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 11 geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 11

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Der Bund stellt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zum Bau von Radschnellwegen bis 2030 Mittel zur Verfügung. Er will damit die Länder und Gemeinden insbesondere bei der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums eines nachhaltigen, für den schnellen Radverkehr ausgelegten Verkehrssystem unterstützen. Ziel ist insbesondere in urbanen Räumen und Metropolregionen einen Umstieg von Pendlerverkehren vom Kfz auf das Fahrrad zu erreichen und hierdurch die Lufteinhaltung und den Klimaschutz zu unterstützen, als auch Staus im Verkehrssystem zu vermeiden und den Verkehrsablauf insgesamt zu verflüssigen.

883 12	722	<b>Zuweisungen von Mauteinnahmen für Bundesstraßen in der Baulast von Kommunen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
--------	-----	--	--	----------	----------

neu

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 331 12 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Zum 01.07.2018 wird die Mauterhebung nach dem Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) auf alle Bundesstraßen ausgeweitet. In die Mauterhebung nach dem BFStrMG fallen auch Abschnitte, die nicht in der Baulast des Bundes liegen. Die den Kommunen als Straßenbaulastträger für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen zustehenden Mauteinnahmen werden an diese weitergeleitet. Die erste Abrechnung soll im Jahr 2019 für das Jahr 2018 erfolgen.

883 20	729	<b>Zuweisung des Bundes an die kommunalen Baulastträger zur Umsetzung des Radweges Deutsche Einheit</b>	<b>0</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
--------	-----	---	----------	---------------	---------------

0

*Mehrausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Siehe Erläuterungen zu Titel 331 20.

Der Bund stellt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung eines Ländergrenzen überschreitenden Radweges zwischen der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn und der heutigen Bundeshauptstadt Berlin, den betroffenen Ländern Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt in den Jahren 2016 bis 2020 Mittel zur Verfügung. Der Radweg verläuft überwiegend auf bereits vorhandenen Wegen. Er soll einheitlich beschildert und mit Radstäten ausgestattet werden. Den Nutzern werden dadurch verschiedene digitale Angebote, wie WLAN und Lademöglichkeiten für Pedelecs unterbreitet. Darüber hinaus sollen sie als Point of Interest zum Thema Deutsche Einheit informieren.

891 10	723	<b>Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau</b>	<b>91.500.000</b>	<b>84.776.400</b>	<b>79.824.400</b>
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

72.680.100

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>70.000.000</b>	<b>67.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	38.000.000	
2021 bis zu	21.000.000	37.000.000
2022 bis zu	11.000.000	20.000.000
2023 ff. bis zu		10.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 891 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	33.000.000	47.000.000			<b>80.000.000</b>
2020	10.000.000	25.000.000	38.000.000		<b>73.000.000</b>
2021		10.000.000	21.000.000	37.000.000	<b>68.000.000</b>
2022			11.000.000	20.000.000	<b>31.000.000</b>
2023 ff.				10.000.000	<b>10.000.000</b>
<b>Summen</b>	<b>43.000.000</b>	<b>82.000.000</b>	<b>70.000.000</b>	<b>67.000.000</b>	<b>262.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundesfern- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms, Erhaltungsbudget 2018 ca. 300.000 EUR,
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Weniger durch Umsetzung (2019: 4.723.600 €; 2020-2022: 8.675.600 €) nach 682 40 wegen höherer Eigenleistungen im Bereich Bauüberwachung/Bauoberleitung, Bauwerksprüfung und Nachtragswesen infolge Personalaufwuchses statt Vergabe von Planungsaufträgen an Dritte.

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500.000 EUR (Maßnahmen sind nicht verbindlich)

Bei den Radwegen handelt es sich um EFRE- und landesmittelfinanzierte Maßnahmen, die sowohl dem Titel 891 10 als auch dem Titel 891 12 zuzuordnen sind.

Bedarfsplanmaßnahmen

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2018 1.000 EUR	Ansatz 2019 1.000 EUR	Ansatz 2020 1.000 EUR	Vorbehalten für 2021ff 1.000 EUR
	L 77n L 40 Stahnsdorfer Hof	8.608,0	4.028,0	3.900,0	580,0	100,0
	L 30 OU Niederlehme	4.361,0	119,0	503,0	2.503,0	1.236,0
	<b>Summe</b>	<b>12.969,0</b>	<b>4.147,0</b>	<b>4.403,0</b>	<b>3.083,0</b>	<b>1.336,0</b>

Erhaltungsmaßnahmen

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2018 1.000 EUR	Ansatz 2019 1.000 EUR	Ansatz 2020 1.000 EUR	Vorbehalten für 2021ff 1.000 EUR
	L 90 OD Werder	3.321,0	1.950,0	1.100,0	150,0	121,0
	L 30 OD Bernau, OT Schönau	1.478,0	1.150,0	328,0	0,0	0,0
	L 18 FS Abzweig L 16 - A 24	7.548,0	5.728,0	1.000,0	820,0	0,0
	L 794 OD Teltow, Ruhlsdorfer Straße	6.738,0	5.717,0	900,0	100,0	21,0
	L 314 EÜ Zepernicker Chaussee, Bernau	2.605,0	1.305,0	1.300,0	0,0	0,0
	L 58 OD Hosena	3.634,0	2.749,0	687,0	150,0	48,0
	L 17 OD Hennigsdorf, Marwitzer Straße	2.154,0	1.050,0	1.011,0	93,0	0,0
	L 29 OD Oderberg	2.792,0	1.454,0	1.062,0	276,0	0,0
	L 171 OD Hohen Neuendorf	1.678,0	700,0	624,0	354,0	0,0
	L 49/54 KV Vetschau	1.380,0	759,0	598,0	16,0	7,0
	L 62/63 OD Staupitz	1.700,0	900,0	0,0	800,0	0,0
	L 86 OD Lehnin	1.721,0	200,0	1.400,0	100,0	21,0
	L 33 OD Eggersdorf	2.347,0	800,0	1.100,0	387,0	60,0
	L 86 FS Ketzin - Abzweig L 863	2.000,0	200,0	800,0	1.000,0	0,0
	L 86 FS Damsdorf - Groß Kreuz (* )	2.000,0	500,0	1.400,0	100,0	0,0
	L 90 FS A 10 - Glindow (* )	2.850,0	150,0	2.000,0	700,0	0,0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	
			Ist 2017	Angaben in EUR		
noch zu 891 10						
		L 24 FS Suckow - Gerswalde	1.516,0	1.000,0	516,0	0,0
		L 31 FS Blumberg - Bernau	710,0	500,0	210,0	0,0
		L 26 FS Brüssow - Carmzow	910,0	700,0	210,0	0,0
		L 23 FS Joachimsthal - Friedrichs- walde	969,0	700,0	269,0	0,0
		L 20 Brücke ü. d. DB, Bötzw	3.607,0	805,0	1.806,0	990,0
		L 38 OD Briesen	567,0	0,0	567,0	0,0
		L 13 OD Karstädt	1.727,0	0,0	1.000,0	700,0
		L 201 OD Falkensee, Spandauer Straße (Humboldtstr. - LGr.)	4.040,0	0,0	1.800,0	1.800,0
		L 401 OD Zeuthen	4.416,0	0,0	800,0	2.500,0
		L 794 OD Ruhlsdorf	2.266,0	0,0	200,0	1.200,0
		L 40 OD Dahlewitz	4.600,0	0,0	300,0	800,0
		L 861 FS Plötzin - B 1	1.000,0	0,0	500,0	500,0
		L 963 FS Premnitz - Milow	1.175,0	0,0	1.000,0	175,0
		L 166 Brücke ü. d. Rhinkanal, Damm	1.000,0	0,0	100,0	900,0
		L 851 BW 1 bei Treuenbrietzen	2.800,0	0,0	1.500,0	1.300,0
		L 963 BW 2 ü. d. Havel, Milow	4.985,0	0,0	2.200,0	2.300,0
		L 98 BW 5 ü. d. Graben, Rathenow	2.200,0	0,0	200,0	1.100,0
		L 40 Hochtraßenbrücke, Potsdam (BW 15)	19.400,0	0,0	25,0	8.300,0
		L 35 OD Petrsdorf	1.730,0	147,0	0,0	1.055,0
		L 26 OD Prenzlau, Abs. 2.2	1.100,0	0,0	0,0	700,0
		L 13 OD Postlin	1.515,0	0,0	0,0	1.000,0
		L 792 BÜ Mahlow, Trebbiner Straße	2.517,0	0,0	0,0	495,0
		L 167 OD Neuruppin	3.100,0	0,0	0,0	600,0
		L 21 OD Mühlenbeck	3.772,0	0,0	0,0	500,0
		L 96 OD Milow	2.700,0	0,0	0,0	1.500,0
		L 40 Br. ü. d. Neuendorfer Anger, Potsdam (BW 14)	3.650,0	0,0	0,0	2.000,0
		L 902 BW 2 ü. d. Wublitz, Grube- Leest	1.300,0	0,0	0,0	100,0
		L 73 Stücken-Fresdorf	725,0	0,0	725,0	0,0
		L 30 BW ü. d. Stolpkanal, Wolters- dorf	2.838,0	0,0	0,0	1.000,0
		<b>Summe</b>	<b>128.781,0</b>	<b>29.164,0</b>	<b>29.238,0</b>	<b>36.561,0</b>
						<b>33.818,0</b>

(\*) Erhaltungsmaßnahme der Straße im Zusammenhang mit dem Neubau eines Radweges

Radwege						
lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten	vorauss. verausgabt bis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Vorhalten für 2021ff
		1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
	L 200 RW Wullwinkel - Biesenthal	811,0	500,0	311,0	0,0	0,0
	L 88 RW Fichtenwalde - Klaistow	825,0	480,0	345,0	0,0	0,0
	L 94 RW Wollin - Grüningen	190,0	100,0	90,0	0,0	0,0
	L 23 RW Herzfelde - Hennickendorf	847,0	807,0	40,0	0,0	0,0
	L 77 RW Langerwisch - Saarmund	500,0	80,0	420,0	0,0	0,0
	L 90 RW Glindow - Klaistow	1.270,0	170,0	900,0	200,0	0,0
	L 86 RW Damsdorf - Groß Kreuz	800,0	200,0	600,0	0,0	0,0
	L 19 RW Herzberg (B 167) - Schön- berg	1.200,0	0,0	200,0	1.000,0	0,0
	L 794 RW Ludwigsfelde - Neubee- ren	650,0	0,0	200,0	450,0	0,0
	L 25 RW Prenzlau - Güstow	470,0	0,0	70,0	400,0	0,0
	L 962 RW B 1 - B 102 (Fohrde)	1.000,0	0,0	100,0	900,0	0,0
	L 303 RW Eggersdorf - K 6419	975,0	0,0	0,0	500,0	475,0
	L 73 RW Stücken-Fresdorf	790,0	0,0	775,0	15,0	
	<b>Summe</b>	<b>10.328,0</b>	<b>2.337,0</b>	<b>4.051,0</b>	<b>3.465,0</b>	<b>475,0</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 891 10

**Übersicht über den Mitteleinsatz für Radwege an Landesstraßen**

Titel	2018		2019		2020	
	891 10	891 12	891 10	891 12	891 10	891 12
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Neu- und Ausbaumaßnahmen	3,1	0,6	3,7	0,9	3	0,6
Erhaltungsmaßnahmen	0,3	0	0,3	0	0,3	0
<b>Summe</b>	<b>3,4</b>	<b>0,6</b>	<b>4</b>	<b>0,9</b>	<b>3,3</b>	<b>0,6</b>
<b>Summe Mitteleinsatz Radwege</b>	<b>4,0</b>		<b>4,9</b>		<b>3,9</b>	

891 11	723	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	7.750.000	8.540.000	8.750.000
			7.750.000		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>7.500.000</b>	<b>7.500.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	6.500.000	
2021 bis zu	1.000.000	6.500.000
2022 bis zu		1.000.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	1.000.000	6.500.000			<b>7.500.000</b>
2020		1.000.000	6.500.000		<b>7.500.000</b>
2021			1.000.000	6.500.000	<b>7.500.000</b>
2022				1.000.000	<b>1.000.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>1.000.000</b>	<b>7.500.000</b>	<b>7.500.000</b>	<b>7.500.000</b>	<b>23.500.000</b>

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Zuführungen für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Investitionen im IT-Bereich und Beschaffung von Fahrzeugen für den Betriebsdienst zur Erledigung der Aufgaben.

Im Jahr 2019 werden für den Verwaltungsbereich 10 Dienst-Kfz als Ersatz beschafft. Im Jahr 2020 werden 10 Dienst-Kfz als Ersatz beschafft.

Für den Betriebsdienst werden im Jahr 2019 und 2020 Spezialfahrzeuge und Geräte als Ersatz je Jahr beschafft:

- 15 Dienst-Kfz,
- 15 Kleintransporter,
- 5 LKW,
- 26 Anhänger,
- 16 Mehrzweckfahrzeuge,
- 11 Spezialfahrzeuge.

----

88 insgesamt

Mehr wegen des gestiegenen Preisniveaus der erforderlichen Technik und um den Investitionsrückstau im Bereich der Fahrzeug- und Gerätebeschaffung abzubauen.



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

891 12	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Planungen und Baumaßnahmen	625.000 625.000	875.000	625.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>650.000</b>	<b>103.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	500.000	
2021 bis zu	125.000	65.500
2022 bis zu	25.000	37.500
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	375.000	375.000			<b>750.000</b>
2020	125.000	125.000	500.000		<b>750.000</b>
2021			125.000	65.500	<b>190.500</b>
2022			25.000	37.500	<b>62.500</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>	<b>650.000</b>	<b>103.000</b>	<b>1.753.000</b>

**Erläuterungen:**

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Sie dienen zur Förderung des Radverkehrs in der Förderperiode 2014 -2020 im Rahmen der Richtlinie Mobilität.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Mehr in Anpassung an die Programmplanung in 2019.

**aus Titelgruppen:** **0**      **98.000**      **0**

**Summe HGr. 8:** **126.983.000**      **121.467.400**      **116.377.400**

**HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben**

989 01	729	Ausgaben zur Vorfinanzierung von Investitionen an Bundesfernstraßen	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

*Ausgaben dürfen im Vorgriff auf erwartete Einnahmen bei Titel 389 01 bis zur Höhe von 20 Mio. EUR geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

Ausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 20 Mio EUR für Investitionen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres vorübergehend geleistet werden, soweit der Bund entsprechende zusätzliche Mittelzuweisungen in Aussicht stellt. Die geleisteten Ausgaben werden noch vor Abschluss des Haushaltsjahres durch Bundesmittel ausgeglichen.

**Summe HGr. 9:** **0**      **0**      **0**



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.108.000	27.284.200	70.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>27.108.000</b>	<b>27.284.200</b>	<b>70.000</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	192.500	200.700	192.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	122.569.800	143.979.100	147.549.900
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	126.983.000	121.467.400	116.377.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>249.745.300</b>	<b>265.647.200</b>	<b>264.119.800</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-222.637.300</b>	<b>-238.363.000</b>	<b>-264.049.800</b>

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2017 - EUR -	Ansatz 2018 - EUR -	Ansatz 2019 - EUR -	Ansatz 2020 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
<b>Erfolgsplan</b>						
<b>Erträge</b>						
1		Umsatzerlöse	1.942.748	2.000.000	2.000.000	2.000.000
2		Erlöse aus Zuschüssen für laufende Aufwendungen (682 40, 682 50, 682 51) einschl. Veränderungen des Sonderpostens für sonstige Zuweisungen und Zuschüsse		0	0	0
2		- davon Veränderungen des Sonderpostens für sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	5.348.823	0	0	0
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für Personal (682 40)	85.178.677	80.853.800	98.226.800	102.947.300
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit (682 50)	12.746.000	12.746.000	13.988.000	14.421.000
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für betriebliche Tätigkeit (682 51)	32.319.967	28.500.000	31.314.300	29.731.600
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Land 891 10, 891 12 sowie 11 470/891 90)	73.555.100	92.375.000	82.651.400	74.449.400
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Bund, Hochwasser)	0	0	0	0
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (EU)	763.531	2.500.000	3.676.200	2.570.000
2		Erstattungen Dritter im Wesentlichen im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung (für Personal, Betriebsdienst, Planung und Bauüberwachung)	47.840.311	45.250.000	45.250.000	45.250.000
3		sonstige betriebliche Erträge	13.050.171	10.500.000	10.500.000	10.500.000
4		Zinsen und außerordentliche Beträge	0	0	0	0
5		Erträge aus der Entnahme von Rücklagen	0	0	0	0
		<b>Summe zu</b>	<b>272.745.328</b>	<b>274.724.800</b>	<b>287.606.700</b>	<b>281.869.300</b>
		<b>Gesamtsumme Erträge</b>	<b>272.745.328</b>	<b>274.724.800</b>	<b>287.606.700</b>	<b>281.869.300</b>
<b>Aufwendungen</b>						
6		Materialaufwand	8.860.742	12.000.000	8.555.000	8.555.000
7		Bezogene Leistungen	129.111.826	129.971.000	127.924.900	117.467.000
8		Personalaufwand	112.957.624	111.853.800	129.226.800	133.947.300
9		Abschreibungen	7.210.654	8.000.000	8.000.000	8.000.000
10		Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.500.408	12.900.000	13.900.000	13.900.000
11		Zinsen und außerordentliche Aufwendungen	104.074	0	0	0
12		Abführungen an den Landeshaushalt	0	0	0	0
		<b>Summe zu</b>	<b>272.745.328</b>	<b>274.724.800</b>	<b>287.606.700</b>	<b>281.869.300</b>
		<b>Gesamtsumme Aufwendungen</b>	<b>272.745.328</b>	<b>274.724.800</b>	<b>287.606.700</b>	<b>281.869.300</b>

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
Grp			2017	2018	2019	2020
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6	7
		<b>Abschluss</b>				
		Erträge	272.745.328	274.724.800	287.606.700	281.869.300
		Aufwendungen	272.745.328	274.724.800	287.606.700	281.869.300
		<b>Jahresüberschuss</b>				
		<b>Jahresfehlbetrag</b>				
		<b>Finanzplan</b>				
		<b>Deckungsmittel</b>				
13		Zuweisungen des Landes für Investitionen des Betriebes (891 11)	3.982.848	10.500.000	8.540.000	8.750.000
14		Drittmittel	1.522.638	3.000.000	2.020.000	2.125.000
		<b>Zusammen</b>	<b>5.505.486</b>	<b>13.500.000</b>	<b>10.560.000</b>	<b>10.875.000</b>
		<b>Finanzbedarf</b>				
15		Investitionen für Verwaltung und Betrieb	5.505.486	13.500.000	10.560.000	10.875.000
		<b>Zusammen</b>	<b>5.505.486</b>	<b>13.500.000</b>	<b>10.560.000</b>	<b>10.875.000</b>
<b>Stellenplan/-übersicht</b>						
				<b>Stellenanzahl</b>		
				<b>Soll 2018</b>	<b>Soll 2019</b>	<b>Soll 2020</b>
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</b>						
B4	hD	Präsidentin, Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen		1,00	1,00	1,00
B2	hD	Direktorin, Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen		3,00	3,00	3,00
A16	hD	Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor		5,00	5,00	5,00
A15	hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor		14,00	14,00	14,00
A14	hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat		19,00	19,00	19,00
A13	hD	Regierungsrätin, Regierungsrat		12,00	12,00	12,00
A13	gD	Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat		13,00	13,00	13,00
A12	gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat		96,00	96,00	96,00
A11	gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann		17,00	17,00	17,00
A10	gD	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor		43,00	43,00	43,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor		1,00	1,00	1,00
A8	mD	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär		9,00	9,00	9,00
<b>Zusammen:</b>				<b>233,00</b>	<b>233,00</b>	<b>233,00</b>
<b>Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst</b>						
ANW	hD	Baureferendarin, Baureferendar		0,00	4,00	4,00
<b>Zusammen:</b>				<b>0,00</b>	<b>4,00</b>	<b>4,00</b>
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>						
E 15 Ü				1,00	1,00	1,00

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2017 - EUR -	Ansatz 2018 - EUR -	Ansatz 2019 - EUR -	Ansatz 2020 - EUR -
1	2	3	4	5	6	7
	E 15			18,00	18,00	18,00
	E 14			13,00	13,00	13,00
	E 13			68,00	67,00	67,00
	E 12			69,00	76,00	76,00
	E 11			190,00	279,00	331,00
	E 10			48,00	47,00	47,00
	E 9			109,00	100,00	100,00
	E 8			413,00	424,00	424,00
	E 7			221,00	226,00	226,00
	E 6			198,00	181,00	181,00
	E 5			303,00	297,00	342,00
	E 3			24,00	24,00	24,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>1.675,00</b>	<b>1.753,00</b>	<b>1.850,00</b>
	Stellen Auszubildende:					
	AZUBIS			70,00	93,00	119,00
	Referendar- innen und Referendare			3,00	0,00	0,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>73,00</b>	<b>93,00</b>	<b>119,00</b>
	Leerstellen:					
	E 14			1,00	0,00	0,00
	E 13			1,00	1,00	0,00
	E 12			2,00	0,00	0,00
	E 11			1,00	2,00	1,00
	E 9			0,00	2,00	2,00
	E 4			3,00	2,00	0,00
	<b>Zusammen:</b>			<b>8,00</b>	<b>7,00</b>	<b>3,00</b>
	<b>Bemerkungen</b>					
	In der oben ausgewiesenen Stellenplan/-übersicht ist folgendes drittmittelfinanziertes Personal veranschlagt:					
	1 Stelle E 13					
	4 Stellen E 9					
	113 Stellen E 8					
	113 Stellen E 7					
	34 Stellen E 6					
	151 Stellen E 5					
	24 Stellen E 3					
	20 Stellen AZUBI					
	440 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer					
	davon 419 für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Bund					
	davon 5 für den Betrieb der Verkehrsrechnerzentrale, deren Finanzierung das Land Brandenburg entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 Beschäftigten zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden					
	davon 16 für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Landkreis Dahme-Spreewald					
	20 Auszubildende für die Straßenwärter-Ausbildung auf Bundesautobahnen - Erstattung in voller Höhe durch den Bund					
	Der Stellenplan ist verbindlich.					

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 - EUR -	Ansatz 2019 - EUR -	Ansatz 2020 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<u>Der im Erfolgsplan unter Nr. 8 ausgewiesene Personalaufwand enthält folgende Entgelte:</u>					
		Entgelte für Auszubildende		1.010.000	1.010.000
		Entgelte für Beamtinnen, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		69.200	69.200
Die Beamtinnen, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärterinnen, Anwärter) erhalten Anwärterbezüge, deren Grundbetrag sich nach Anlage 7 Brandenburgisches Besoldungsgesetz (BbgBesG) bemisst.					
<b>Anzahl der beabsichtigten Einstellungen von Beamtinnen, Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>					
<b>BesGr./Lf</b> Amtsbezeichnung					
<b>bGr.</b>					
ANW hD	Regierungsbaureferendarin, Regierungsbaureferendar		2	2	2
<b>Summe</b>			<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
Die Ausbildung dauert rund zwei Jahre und wird mit Bestehen der Zweiten Großen Staatsprüfung abgeschlossen. Neue Ausbildungen sind immer erst nach Abschluss des vorherigen Ausbildungsjahrgangs beabsichtigt.					
<b>Begründung der Änderungen im Stellenplan bzw. der Stellenübersicht</b>					
<b>Umwandlung/Umsetzung</b>					
<b>Zugänge Planstellen</b>					
	<b>2019</b>	<b>2020</b>			
	1,00	0,00	ANW hD	Regierungsbaueferendarin, Umsetzung gemäß § 50 Abs. 1 LHO vom Kapitel 11 400, Titel 422 20	
				Regierungsbaureferendar	
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Zugänge durch Umsetzung</b>		
	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Planstellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>		
<b>Zugänge:</b>					
neue Stellen:					
	<b>2019</b>	<b>2020</b>			
	3,00	0,00	E12	Bauwerksprüfung, Digitalisierung	
	62,00	52,00	E11	Bauüberwachung/Bauoberleitung, Veränderungsmanagement, Nachtragswesen Bau	
	6,00	0,00	E 8	Baumkontrolle/Baumpflege	
	4,00	0,00	E 7	Betriebsdienst	
	44,00	45,00	E 5	Betriebsdienst	
	119,00	97,00	<b>Zugänge neue Stellen</b>		
	<b>119,00</b>	<b>97,00</b>	<b>Stellenzugänge insgesamt</b>		
<b>Stellenhöherstufungen</b>					
Neue Hebungen					
	<b>2019</b>	<b>2020</b>			
	1,00	0,00	von E 11 nach E 13	Umstufung Landesstraßen	
	3,00	0,00	von E 10 nach E 13	Verwaltungsmodernisierung, Personalentwicklung Ausbildung	
	4,00	0,00	von E 10 nach E 12	Verwaltungsmodernisierung, Bauwerksprüfung	
	4,00	0,00	von E 10 nach E 11	Planung und Bau	
	10,00	0,00	von E 9 nach E 11	Planung und Bau	
	2,00	0,00	von E 8 nach E 10	Verwaltungsmodernisierung	
	11,00	0,00	von E 6 nach E 11	Immissionsschutz, Umweltschutz, kommunale Förderung, Planung und Bau	
	4,00	0,00	von E 5 nach E 11	Umstufung Landesstraßen	
	10,00	0,00	von E 5 nach E 10	Verwaltungsmodernisierung, Baumkontrolle/Baumpflege, Personalentwicklung	
	3,00	0,00	von E 5 nach E 9	Verwaltungsmodernisierung, Betriebsdienst, Großraum u. Schwerlasttransport	
	7,00	0,00	von E 5 nach E 8	Verwaltungsmodernisierung, Betriebsdienst, Großraum u. Schwerlasttransport	
	1,00	0,00	von E 5 nach E 7	Betriebsdienst	
	60,00	0,00	<b>Neue Höherstufungen insgesamt</b>		
	<b>60,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellenhöherstufungen insgesamt</b>		

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 - EUR -	Ansatz 2019 - EUR -	Ansatz 2020 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<b>Abgänge infolge Einsparung gemäß PBP</b>					
<b>2019</b>	<b>2020</b>				
5,00	0,00	E 13	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
1,00	0,00	E 11	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
2,00	0,00	E 10	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
2,00	0,00	E 9	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
6,00	0,00	E 6	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
25,00	0,00	E 5	Einsparung 2018 laut Personalbedarfsplanung		
<b>41,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Abgänge durch Personalbedarfsplanung</b>			
<b>-41,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen für Tarifbeschäftigte Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>			
<b>Zugänge Leerstellen Altersteilzeit</b>					
<b>2019</b>	<b>2020</b>				
2,00	0,00	E 9	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase		
<b>2,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Leerstellen Zugänge insgesamt</b>			
<b>Zugänge Leerstellen Langzeitkonto</b>					
<b>2019</b>	<b>2020</b>				
1,00	0,00	E 11	Beginn Langzeitkonto-Freistellungsphase		
<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Leerstellen Zugänge insgesamt</b>			
<b>Abgänge Leerstellen Altersteilzeit</b>					
<b>2019</b>	<b>2020</b>				
1,00	0,00	E 14	Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase		
0,00	1,00	E 13	Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase		
2,00	0,00	E 12	Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase		
0,00	1,00	E 11	Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase		
1,00	2,00	E 4	Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase		
<b>4,00</b>	<b>4,00</b>	<b>Leerstellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>-1,00</b>	<b>-4,00</b>	<b>Leerstellen Zugänge/Abgänge (-) insgesamt</b>			



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

**Einnahmen**

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>120.000</b>	<b>120.000</b>	<b>120.000</b>
			91.063		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht gem. § 5 Abs. 1a Nr. 2 AEG und der Technischen Aufsicht gem. § 54 Abs. 1 Satz 3 PBefG i.V.m. § 5 Abs. 1 BOStrab nach der GebOSO. Weiterhin sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) veranschlagt.

		2019 EUR	2020 EUR
1	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht	100.000	100.000
2	Einnahmen für die Genehmigung auf dem Gebiet der Luftfahrt	20.000	20.000
	<b>Summe</b>	<b>120.000</b>	<b>120.000</b>

111 20	742	<b>Einnahmen für die Prüfung zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter für Eisenbahnen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 20.*

**Erläuterungen:**

Für die Durchführung von Prüfungen zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter werden Prüfungsgebühren erhoben.

112 10	729	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			6.000		

**Erläuterungen:**

Hier werden insbesondere Zwangsgelder im Rahmen der Eisenbahnaufsicht eingenommen.

119 10	719	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Verfahrenskosten.

119 15	719	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>2.600</b>	<b>12.500</b>	<b>12.500</b>
			12.468		

**Erläuterungen:**

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

Summe HGr. 1:	<b>122.600</b>	<b>132.500</b>	<b>132.500</b>
---------------	----------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

<b>Titelgruppen</b>
---------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

TGr. 90 Verkehrssicherheit

<b>119 90</b>	<b>729</b>	<b>Einnahmen aus Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Einnahmen von Erlösen aus der Verwertung von Nutzungsrechten sowie Entgelte im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit.

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 90	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------------	---------------	----------	----------	----------

---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
-----------------------	----------------------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

**Ausgaben**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<b>526 10</b>	<b>751</b>	<b>Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			0		

**Erläuterungen:**

Ausgaben für prozessuale Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Genehmigung der Entgeltordnung des Flughafens, der Aufsicht zu Bodenabfertigungsdiensten sowie der Durchführung von Verfahren zur Auswahl von Bodenabfertigungsdiensten.

<b>526 12</b>	<b>751</b>	<b>Fluglärmkommission</b>	<b>3.500</b>	<b>3.500</b>	<b>3.500</b>
			1.022		

**Erläuterungen:**

Ausgaben (u.a. Reisekostenerstattung, Sachverständige) für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

<b>536 10</b>	<b>742</b>	<b>Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>576.000</b>	<b>576.000</b>	<b>576.000</b>
			490.400		

**Erläuterungen:**

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrag des Landes Brandenburg durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 (2) des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wahrnehmung von Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde des Landes Brandenburg für Straßenbahnen und Obusunternehmen nach § 54 (1) PBefG i. V. m. § 5 (2) BOStrab.

<b>537 10</b>	<b>719</b>	<b>Ausgaben für Gutachten</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
			153.106		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		50.000			50.000
2020		50.000			50.000
2021		50.000			50.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>150.000</b>			<b>150.000</b>

**Erläuterungen:**

Vorgesehen sind Ausgaben u.a. für die Umsetzung der Querschnittsaufgabe "Mobilität", für die Erarbeitung einer jährlichen Verkehrsstatistik sowie für die Geschäftsbesorgung zu Schieneninfrastrukturentwicklung und Güterverkehr. Weitere Mittel dienen der Gutachtertätigkeit im Zusammenhang mit der Genehmigung der Entgeltordnung, zu Rechtsfragen und für die Novellierung der bestehenden Luftverkehrskonzeption.

<b>546 10</b>	<b>791</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000</b>
			0		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 546 10

**Erläuterungen:**

Ausgaben für Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Entgeltordnung, Planvervielfältigungen im Rahmen von Auswahlverfahren für Bodenabfertigungsdienste sowie für Dokumentationen (z.B. Luftverkehrskonzeption).

546 20	742	Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zur Betriebsleiterin/zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0 1.610	0	0
--------	-----	--	------------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 111 20 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Gemäß § 1 (2) der Eisenbahnbetriebsleiter-Prüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden. Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch Prüfungsgebühren gedeckt.

**aus Titelgruppen:** **370.000      391.000      391.000**

**Summe HGr. 5:** **1.169.500      1.190.500      1.190.500**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20	731	Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung	18.000 9.066	18.000	18.000
--------	-----	--	-----------------	--------	--------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	18.000	18.000
davon fällig:		
2020 bis zu	18.000	
2021 bis zu		18.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			18.000		18.000
2021				18.000	18.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>18.000</b>	<b>18.000</b>	<b>36.000</b>

**Erläuterungen:**

Anteiliger Beitrag Brandenburgs für die Aufgabenwahrnehmung des Bilgenentwässerungsverbandes und für die Ausübung der Rechtsaufsicht durch das Land Nordrhein-Westfalen gem. Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag (GVBl. I Nr. 30 vom 22.09.2010).

Die Höhe der anteiligen Kosten ergeben sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

**aus Titelgruppen:** **600.000      800.000      800.000**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

---

Summe HGr. 6: **618.000** **818.000** **818.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

**TGr. 61 Schienengüterverkehr und Logistik**

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Zuweisungen und Zuschüsse für die bessere Erschließung von Logistikzentren einschließlich Häfen zur Stärkung des intermodalen Gütertransports. Ergänzend zum Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) sollen Konzepte und Maßnahmen zur Beseitigung von Engpässen und zur besseren Vernetzung und Verzahnung der Verkehrsträger gefördert werden.

**633 61 692 Zuweisungen an Gemeinden** **90.000 90.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	90.000	
2021 bis zu		90.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			90.000		<b>90.000</b>
2021				90.000	<b>90.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>90.000</b>	<b>90.000</b>	<b>180.000</b>

**682 61 692 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen** **80.000 80.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	80.000	
2021 bis zu		80.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 682 61

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			80.000		<b>80.000</b>
2021				80.000	<b>80.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>80.000</b>	<b>80.000</b>	<b>160.000</b>

**683 61** 692 **Zuschüsse an private Unternehmen** **30.000** **30.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	30.000	
2021 bis zu		30.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			30.000		<b>30.000</b>
2021				30.000	<b>30.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>30.000</b>	<b>30.000</b>	<b>60.000</b>

**891 61** 692 **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen** **500.000** **500.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	500.000	
2021 bis zu		500.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 891 61

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			500.000		500.000
2021				500.000	500.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>500.000</b>	<b>500.000</b>	<b>1.000.000</b>

**892 61** 692 **Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** **300.000** **300.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	300.000	
2021 bis zu		300.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			300.000		300.000
2021				300.000	300.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>300.000</b>	<b>300.000</b>	<b>600.000</b>

**Nachrichtlich:** Summe TGr. 61 **1.000.000** **1.000.000**

TGr. 80 "Landeswasserstraßen"

**Erläuterungen:**

Gemäß § 46 BbgWG i. V. § 63 Abs. 2 und 3 der LSchiffV in der geltenden Fassung ist das MIL für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den schiffbaren Landesgewässern zuständig. Die damit verbundenen Arbeiten werden vom LfU wahrgenommen. Die entstehenden Kosten für das Aufstellen und Einholen sowie für die Unterhaltung der Beschilderung und Betonung auf und an den schiffbaren Landesgewässern werden gemäß § 63 Abs. 3 Satz 2 vom MIL getragen.

**521 80** 731 **Unterhaltung der Beschilderung und Betonung auf und an den schiffbaren Landesgewässern** **105.000** **126.000** **126.000**  
 112.584

**Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 470/812 80 i.H.v. 21.000 Euro.



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

812 80	731	<b>Beschilderung und Betonung auf und an den schiffbaren Landesgewässern</b>	<b>45.000</b> 32.424	<b>24.000</b>	<b>24.000</b>
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

**Erläuterungen:**

Aus diesem Titel wurden 21.000 Euro umgesetzt nach 11 470/521 80.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 80</b>			<b>150.000</b>	<b>150.000</b>	<b>150.000</b>
-------------------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

TGr. 90 **Verkehrssicherheit**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Mittel für Maßnahmen und Projekten der Verkehrserziehung und -aufklärung, zur Unterstützung der Landesverkehrswacht sowie für die Schul- und Spielwegsicherung bzw. die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. Dies trägt der Zielsetzung Rechnung, ausgehend vom Basisjahr 2012 eine Reduzierung der Zahl der Getöteten im Straßenverkehr um 40% und die Reduzierung der Zahl der Schwerverletzten um 50% bis 2024 zu erreichen.

Die Mittel für Projektförderungen dienen hauptsächlich der Verstetigung etablierter Vorhaben in der Fläche des Landes. Die institutionelle Förderung der Landesverkehrswacht (Titel 685 90) bemisst sich nach dem jährlichen Wirtschaftsplan.

Die Landesregierung setzt auf die bewährte Zusammenarbeit der Akteure der Verkehrssicherheit. Das integrierte Verkehrssicherheitsprogramm setzt klare Ziele und definiert Verantwortlichkeiten. Um eine den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechende Infrastruktur zu gewährleisten und um flankierende Verkehrserziehungs- und Präventionsvorhaben umzusetzen, bedarf es einer angemessenen Finanzierung. Hierfür sind Mittel für Investitionen veranschlagt. Das Ministerium des Innern und für Kommunales beteiligt sich gleichermaßen an der Finanzierung des Programms.

536 90	729	<b>Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr</b>	<b>265.000</b> 354.623	<b>265.000</b>	<b>265.000</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019	2020
	EUR	EUR
Betrag:	<b>1.000.000</b>	
davon fällig:		
2020 bis zu	250.000	
2021 bis zu	250.000	
2022 bis zu	250.000	
2023 ff. bis zu	250.000	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		180.000			<b>180.000</b>
2020			250.000		<b>250.000</b>
2021			250.000		<b>250.000</b>
2022			250.000		<b>250.000</b>
2023 ff.			250.000		<b>250.000</b>
<b>Summen</b>		<b>180.000</b>	<b>1.000.000</b>		<b>1.180.000</b>

685 90	729	<b>Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.</b>	<b>600.000</b> 593.767	<b>600.000</b>	<b>600.000</b>
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 685 90

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>600.000</b>	<b>700.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	600.000	
2021 bis zu		700.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		600.000			<b>600.000</b>
2020			600.000		<b>600.000</b>
2021				700.000	<b>700.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>600.000</b>	<b>600.000</b>	<b>700.000</b>	<b>1.900.000</b>

**Erläuterungen:**

Ausgaben für Projektförderung und für die institutionelle Förderung der Landesverkehrswacht.

<b>883 90</b>	729	<b>Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>450.000</b>	<b>450.000</b>	<b>450.000</b>
			450.000		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>150.000</b>	<b>150.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	150.000	
2021 bis zu		150.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		150.000			<b>150.000</b>
2020			150.000		<b>150.000</b>
2021				150.000	<b>150.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>150.000</b>	<b>150.000</b>	<b>150.000</b>	<b>450.000</b>

<b>891 90</b>	729	<b>Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheitsarbeit</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>
			250.000		

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 891 90

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>250.000</b>	<b>220.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	200.000	
2021 bis zu	50.000	170.000
2022 bis zu		50.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	<b>Gesamtbelastung (EUR)</b>
1	2	3	4	5	6
2019		125.000			<b>125.000</b>
2020			200.000		<b>200.000</b>
2021			50.000	170.000	<b>220.000</b>
2022				50.000	<b>50.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>125.000</b>	<b>250.000</b>	<b>220.000</b>	<b>595.000</b>

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **1.565.000**    **1.565.000**    **1.565.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **1.715.000**    **2.715.000**    **2.715.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	122.600	132.500	132.500
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>122.600</b>	<b>132.500</b>	<b>132.500</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	1.169.500	1.190.500	1.190.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	618.000	818.000	818.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	745.000	1.524.000	1.524.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>2.532.500</b>	<b>3.532.500</b>	<b>3.532.500</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-2.409.900</b>	<b>-3.400.000</b>	<b>-3.400.000</b>

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		

Angaben in EUR

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	742	<b>Gebühren, sonstige Entgelte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		
119 10	742	<b>Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		
119 15	742	<b>Rückflüsse aus Zuwendungen</b>	<b>20.000</b>	<b>21.500</b>	<b>21.500</b>
			21.446		

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(119 21)	742	<b>Erstattungen nicht zweckgebundener Ausgaben aus Verkehrsverträgen</b>	<b>0</b>		
			1.404.602		

Alle Verkehrsverträge SPNV der Jahre 2010-2013 wurden zum 31.12.2017 abgerechnet. Es werden keine Erstattungen mehr erzielt.

Summe HGr. 1:	<b>20.000</b>	<b>21.500</b>	<b>21.500</b>
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	742	<b>Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung (ohne Investitionen)</b>	<b>457.080.000</b>	<b>446.210.000</b>	<b>444.060.000</b>
			469.190.637		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 20, 682 30, 682 40, 683 10, 683 20, 633 60 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) des Bundes liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern. Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes werden verausgabt bei Titel 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 20, 682 30, 682 40, 683 10, 683 20, 633 60 des Kapitels 11 500.

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

(271 10)	741	<b>Erstattungen der EU für das INTERREG IVc-Projekt "Move on Green"</b>	<b>0</b>		
			0		

Summe HGr. 2:	<b>457.080.000</b>	<b>446.210.000</b>	<b>444.060.000</b>
---------------	--------------------	--------------------	--------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen</b>	<b>27.108.000</b>	<b>27.108.000</b>	<b>0</b>
			23.751.409		

*Mehreinnahmen in 2019 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben in 2019 bei Titelgruppe 70 und Titel 883 60 herangezogen werden.*

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
			Angaben in EUR		

noch zu 331 10

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zweckbindung der Mittel ergibt sich aus der landesgesetzlichen Regelung im Gemeindeverkehrs-, Wohnraum-, Hochschul- und Bildungs- Förderungsgesetz.

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel für den ÖPNV.

Die Mittel gemäß Entflechtungsgesetz werden verausgabt bei Titelgruppe 70 und Titel 883 60 in Kapitel 11 500. Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

<b>331 20</b>	<b>742</b>	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Umsetzung der Regionalisierung</b>	<b>18.000.000</b>	<b>25.500.000</b>	<b>24.000.000</b>
			9.000.000		

*Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben der Titel 883 10, 883 20, 883 60, 891 10, 891 20, 891 40 und 892 10 herangezogen werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Regionalisierungsmittel des Bundes werden verausgabt bei Titel 883 10, 883 20, 883 60, 891 10, 891 40, 891 20 und 892 10 des Kapitels 11 500.

Mehr wegen stärkerer Gewichtung der Investitionsquote im Rahmen der zweckentsprechenden Verwendung der zugewiesenen Mittel gem. § 5 Regionalisierungsgesetz.

---

Summe HG. 3:	<b>45.108.000</b>	<b>52.608.000</b>	<b>24.000.000</b>
--------------	-------------------	-------------------	-------------------

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

*Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 20, 682 30, 682 40, 683 10, 683 20, 883 10, 883 20, 883 60, 891 10, 891 20, 891 40, 892 10, 633 60.*

<b>Ausgaben</b>
-----------------

**HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst**

<b>537 10</b>	<b>742</b>	<b>Ausgaben für Gutachten (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
			193.017		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Gutachten zur Evaluierung des Programms zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV, insbesondere zum Fördererfolg und Förderbedarf von Park & Ride- sowie Bike & Ride-Anlagen. Weiterhin veranschlagt sind Mittel für verkehrswissenschaftliche Untersuchungen im Rahmen I2030.

Summe HGr. 5:	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
---------------	----------------	----------------	----------------

**HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**

<b>632 10</b>	<b>742</b>	<b>Kostenbeteiligung Seilbahnen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>3.000</b>	<b>3.000</b>	<b>3.000</b>
			2.311		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Entsprechend dem Beschluss der GKVS vom 7./8.10.2009 (Sachkosten) und 17./18.09.2012 (Personalkosten) erfolgt eine Kostenbeteiligung der Länder bei der Finanzierung der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Seilbahnen. Die Aufteilung der Kosten (Personalaufwand und Sachkosten) erfolgt auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels.

<b>633 10</b>	<b>741</b>	<b>Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>550.000</b>	<b>550.000</b>	<b>550.000</b>
			228.769		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>550.000</b>	<b>550.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	550.000	
2021 bis zu		550.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 633 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		550.000			550.000
2020			550.000		550.000
2021				550.000	550.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>550.000</b>	<b>550.000</b>	<b>550.000</b>	<b>1.650.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift des MIL für die Zuweisung von Mitteln zur Durchführung von Bedarfsverkehren (VVBV) vom 12.12.2013, zuletzt geändert mit Erlass des MIL vom 08.06.2017, erhalten die kommunalen Aufgabenträger für den üÖPNV zur Abgeltung der erhöhten Vorhaltekosten der Bedarfsverkehre einen Ausgleich.

<b>633 20</b>	<b>741</b>	<b>Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)</b>	<b>1.500.000</b>	<b>2.000.000</b>
---------------	------------	--	------------------	------------------

neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>3.000.000</b>	<b>4.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	3.000.000	
2021 bis zu		2.000.000
2022 bis zu		2.000.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			3.000.000		3.000.000
2021				2.000.000	2.000.000
2022				2.000.000	2.000.000
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>3.000.000</b>	<b>4.000.000</b>	<b>7.000.000</b>

**Erläuterungen:**

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung für die Zuweisung von Mitteln für die Durchführung von PlusBus-Verkehren (VVPlusBus) erhalten die Aufgabenträger für den kommunalen ÖPNV finanzielle Mittel zur Umsetzung verkehrspolitisch bedeutender Verkehrsangebote.

<b>682 10</b>	<b>742</b>	<b>Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>293.300.000</b>	<b>302.300.000</b>	<b>308.600.000</b>
---------------	------------	---	--------------------	--------------------	--------------------

253.230.132



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 682 10

*Bei Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung für die Verkehrsleistung der RB 27, Netz Prignitz, Netz Ostbrandenburg sowie der Verkehrslinien nach Polen im Jahr 2019 sind die VE in 2020 in gleicher Höhe gesperrt. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden. Die Erläuterungen zu 3. sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.615.000.000</b>	<b>1.056.700.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu	500.000	500.000
2022 bis zu	7.200.000	5.400.000
2023 ff. bis zu	1.607.300.000	1.050.800.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	289.163.900				<b>289.163.900</b>
2020	294.819.000	400.000			<b>295.219.000</b>
2021	297.039.200	6.800.000	500.000	500.000	<b>304.839.200</b>
2022	305.414.200	17.800.000	7.200.000	5.400.000	<b>335.814.200</b>
2023 ff.	1.713.170.400	4.183.600.000	1.607.300.000	1.050.800.000	<b>8.554.870.400</b>
<b>Summen</b>	<b>2.899.606.700</b>	<b>4.208.600.000</b>	<b>1.615.000.000</b>	<b>1.056.700.000</b>	<b>9.779.906.700</b>

**Erläuterungen:**

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)

2. Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008, zuletzt geändert im März 2018, die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV-Verkehrsleistungen.

3. Das für Verkehr zuständige Ministerium wird im Rahmen der Ausschreibung zum Netz Elbe-Spree und zum Netz Lausitz ermächtigt, eine Garantieerklärung abzugeben, mit der der Wiedereinsatz gemieteter/geleaster Neufahrzeuge im Anschluss an die Vertragslaufzeit weitere 12 Jahre garantiert wird (Wiedereinsatzgarantie).

4. Mehr aufgrund der Ausschreibungsergebnisse von Verkehrsleistungen im SPNV.

<b>682 20</b>	<b>742</b>	<b>Ausgleichszahlungen an Infrastrukturunternehmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>300.000</b> 895.600	<b>1.200.000</b>	<b>1.000.000</b>
---------------	------------	--	---------------------------	------------------	------------------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Finanzierung von Maßnahmen in besonderem Landesinteresse.

Mehr aufgrund erhöhter Ausgleichszahlungen auf Grundlage von Leistungs- und Finanzierungsverträgen mit der Deutschen Bahn AG.

<b>682 30</b>	<b>741</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen "KombiBus" (Regionalisierungsmittel)</b>	<b>300.000</b> 26.249	<b>150.000</b>	<b>0</b>
---------------	------------	--	--------------------------	----------------	----------

*Mehrausgaben in 2019 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen in 2019 bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 682 30

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Mittel dienen zur Förderung des Modellprojektes "KombiBus". Der KombiBus ist eine kombinierte Serviceleistung als ergänzendes Angebot zum ÖPNV zur Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum.

Weniger in Anpassung an den Bedarf und Einstellung ab 2020.

<b>682 40</b>	<b>742</b>	<b>Sonstige Ausgaben Regionalisierung (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>19.529.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Weniger, wegen vollständiger Verwendung der Regionalisierungsmittel in Kapitel 11 500.

<b>683 10</b>	<b>742</b>	<b>Betriebskostenausgleich an private SPNV-Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>67.500.000</b>	<b>69.500.000</b>	<b>71.000.000</b>
			60.677.701		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	65.454.000				<b>65.454.000</b>
2020	65.806.000				<b>65.806.000</b>
2021	67.072.800				<b>67.072.800</b>
2022	68.451.600				<b>68.451.600</b>
2023 ff.	71.999.500				<b>71.999.500</b>
<b>Summen</b>	<b>338.783.900</b>				<b>338.783.900</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten- und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008, zuletzt geändert im März 2018, die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV-Verkehrsleistungen.

Mehr aufgrund der Ausschreibungsergebnisse von Verkehrsleistungen im SPNV.

<b>683 20</b>	<b>742</b>	<b>Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>5.800.000</b>	<b>6.660.000</b>	<b>6.910.000</b>
			5.914.835		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen. Im Finanzierungsanteil des Landes sind die für die Erfüllung der klassischen Verbundaufgaben notwendigen Mittel enthalten. Darüber hinaus erfüllt die VBB GmbH Aufgaben im Rahmen des Infrastrukturmanagements und der Geschäftsbesorgung.

Mehr ab 2019 aufgrund des erhöhten Personalbedarfes insbesondere zur Umsetzung zusätzlicher Aufgaben wie z.B. Weiterentwicklung digitaler Vertriebswege sowie die Koordination des Projektes I2030.

<b>aus Titelgruppen:</b>			<b>77.798.000</b>	<b>79.398.000</b>	<b>79.418.000</b>
--------------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------



**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 891 10

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>17.000.000</b>	<b>11.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	4.500.000	
2021 bis zu	3.500.000	3.500.000
2022 bis zu	4.000.000	3.500.000
2023 ff. bis zu	5.000.000	4.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	3.627.900	2.000.000			<b>5.627.900</b>
2020	1.288.400	2.000.000	4.500.000		<b>7.788.400</b>
2021	672.000	1.000.000	3.500.000	3.500.000	<b>8.672.000</b>
2022			4.000.000	3.500.000	<b>7.500.000</b>
2023 ff.			5.000.000	4.000.000	<b>9.000.000</b>
<b>Summen</b>	<b>5.588.300</b>	<b>5.000.000</b>	<b>17.000.000</b>	<b>11.000.000</b>	<b>38.588.300</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

Mehr wegen erhöhtem Investitionsbedarf u.a. für Umsteigeanlagen des ÖPNV, Berücksichtigung der Barrierefreiheit sowie des Streckenausbaus im SPNV.

<b>891 20</b>	742	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Maßnahmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Kofinanzierung von EFRE-Maßnahmen des Operationellen Programms 2014 - 2020.

<b>891 40</b>	742	<b>Investitionsprogramm 2030 -I2030- (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>10.000.000</b>	<b>10.000.000</b>	<b>10.000.000</b>
---------------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>22.000.000</b>	<b>30.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	5.000.000	
2021 bis zu	4.000.000	
2022 bis zu	5.000.000	10.000.000
2023 ff. bis zu	8.000.000	20.000.000

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 891 40

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		10.000.000			<b>10.000.000</b>
2020		10.000.000	5.000.000		<b>15.000.000</b>
2021		10.000.000	4.000.000		<b>14.000.000</b>
2022			5.000.000	10.000.000	<b>15.000.000</b>
2023 ff.			8.000.000	20.000.000	<b>28.000.000</b>
<b>Summen</b>		<b>30.000.000</b>	<b>22.000.000</b>	<b>30.000.000</b>	<b>82.000.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Mit diesem Programm werden große Investitionsvorhaben im Ergebnis der Korridoruntersuchung und des Landesnahverkehrsplans umgesetzt.

Im Titel sind u.a. Mittel für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Berlin-Stettin berücksichtigt.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

<b>892 10</b>	<b>742</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

**Weggefallene oder umgesetzte Titel**

**(891 30) 741 Landesprogramm zur Förderung von Investitionen im ÖPNV**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 11 500/883 60 (Ist 2017: 3.000.000 Euro, Ansatz 2018: 5.000.000 Euro).

<b>aus Titelgruppen:</b>	<b>32.108.000</b>	<b>38.108.000</b>	<b>28.582.000</b>
<b>Summe HGr. 8:</b>	<b>50.108.000</b>	<b>58.108.000</b>	<b>48.582.000</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

**Titelgruppen**

**Ausgaben**

TGr. 60 Finanzierung des kommunalen ÖPNV

**Erläuterungen:**

Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV gem. § 3 (3) ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2017 (GVBl.1/17,[Nr. 30]), pauschalierte Zuweisungen. Diese beinhalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs. Die Aufgabenträger verwenden diese Mittel konsumtiv als auch investiv.

Die Ausgaben der TG 60 werden neben den Mitteln gem. Regionalisierungsgesetz und Entflechtungsgesetz auch aus Landesmitteln i.H.v. 9,5 Mio. EUR in 2019 und 38,2 Mio. EUR in 2020 finanziert.

Mehr aufgrund der erhöhten Zuweisungen an die Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV entsprechend dem geänderten ÖPNV-Gesetz für Investitionen.

<b>633 60</b>	<b>741</b>	<b>Förderung der Aufgabenträger</b>	<b>70.798.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>
			69.598.000		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden. Die Erläuterung zu 2. sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	69.598.000	
2021 bis zu		69.598.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		71.098.000			<b>71.098.000</b>
2020			69.598.000		<b>69.598.000</b>
2021				69.598.000	<b>69.598.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>71.098.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>69.598.000</b>	<b>210.294.000</b>

**Erläuterungen:**

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)

2. Die Finanzierung in 2019 erfolgt aus 65,6 Mio. € Bundesmittel und 4,0 Mio. € Landesmittel. Die Finanzierung in 2020 erfolgt aus 55,8 Mio. € Bundesmittel und 13,8 Mio. € Landesmittel.

<b>883 60</b>	<b>741</b>	<b>Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen</b>	<b>25.402.000</b>	<b>31.402.000</b>	<b>28.402.000</b>
			23.402.000		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 883 60

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 10 und 331 20 geleistet werden.  
 Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 70.  
 Die Erläuterung zu 4. sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>28.402.000</b>	<b>28.402.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	28.402.000	
2021 bis zu		28.402.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019	3.000.000	31.402.000			<b>34.402.000</b>
2020			28.402.000		<b>28.402.000</b>
2021				28.402.000	<b>28.402.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>	<b>3.000.000</b>	<b>31.402.000</b>	<b>28.402.000</b>	<b>28.402.000</b>	<b>91.206.000</b>

**Erläuterungen:**

- Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 500/891 30 (Ist 2017: 3.000.000 Euro, Ansatz 2018: 5.000.000 Euro).
- (§ 17 Abs. 3 LHO)
- Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.  
Ab 2020 erfolgt die Finanzierung aus Mitteln gem. Regionalisierungsgesetz und Landesmitteln.
- Die Finanzierung in 2019 erfolgt aus 25,9 Mio. € Bundesmittel und 5,5 Mio. € Landesmittel.  
Die Finanzierung in 2020 erfolgt aus 4,0 Mio. € Bundesmittel und 24,4 Mio. € Landesmittel.
- Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

---

**Nachrichtlich:** Summe TGr. 60 **96.200.000    101.000.000    98.000.000**

**TGr. 61 Finanzierung 365 €-Ticket für Auszubildende in Brandenburg**

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Die Mittel werden für die Finanzierung eines ab 2019 einzuführenden Jahrestickets für Auszubildende verwendet. Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen finanziellen Ausgleich der durch Mindereinnahmen entstehenden Kosten.

**633 61 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger** **2.000.000    2.000.000**  
 neu

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 633 61

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	2.000.000	
2021 bis zu		2.000.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			2.000.000		<b>2.000.000</b>
2021				2.000.000	<b>2.000.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>	<b>4.000.000</b>

**682 61** 741 **Zuschüsse an öffentliche Unternehmen** **600.000** **600.000**  
 neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>600.000</b>	<b>600.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	600.000	
2021 bis zu		600.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			600.000		<b>600.000</b>
2021				600.000	<b>600.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>600.000</b>	<b>600.000</b>	<b>1.200.000</b>

**683 61** 741 **Zuschüsse an private Unternehmen** **200.000** **200.000**  
 neu



11 **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 683 61

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>200.000</b>	<b>200.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	200.000	
2021 bis zu		200.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020			200.000		<b>200.000</b>
2021				200.000	<b>200.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>			<b>200.000</b>	<b>200.000</b>	<b>400.000</b>

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **2.800.000**      **2.800.000**

**TGr. 70 Investitionen für den ÖPNV gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)**

*Mehrausgaben in 2019 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen in 2019 bei Titel 331 10 geleistet werden.  
 Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 60.*

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Zuweisungen und Zuschüsse für den SPNV und üÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes und der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (RiLi ÖPNV-Invest).

<b>883 70</b>	<b>741</b>	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz)</b>	<b>3.300.000</b>	<b>3.300.000</b>	<b>0</b>
			1.952.307		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		2.000.000			<b>2.000.000</b>
2020					
2021					
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>2.000.000</b>			<b>2.000.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

891 70 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz) 3.406.000 3.406.000 0  
-650.536

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		1.500.000			1.500.000
2020					
2021					
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>1.500.000</b>			<b>1.500.000</b>

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

892 70 741 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Mittel gemäß Entflechtungsgesetz) 0 0 0  
0

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Die Zuweisungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz laufen im Jahr 2019 aus.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 6.706.000 6.706.000 0

TGr. 80 Mobilitätsticket Brandenburg

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

**Erläuterungen:**

Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial schwächer gestellter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot. Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich.

633 80 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger 5.600.000 5.600.000 5.600.000  
4.658.740

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<u>5.600.000</u>	<u>5.600.000</u>
davon fällig:		
2020 bis zu	5.600.000	
2021 bis zu		5.600.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 633 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		5.600.000			<b>5.600.000</b>
2020			5.600.000		<b>5.600.000</b>
2021				5.600.000	<b>5.600.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>5.600.000</b>	<b>5.600.000</b>	<b>5.600.000</b>	<b>16.800.000</b>

<b>682 80</b>	<b>741</b>	<b>Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen</b>	<b>1.330.000</b>	<b>1.330.000</b>	<b>1.330.000</b>
			1.180.440		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>1.330.000</b>	<b>1.330.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	1.330.000	
2021 bis zu		1.330.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		1.330.000			<b>1.330.000</b>
2020			1.330.000		<b>1.330.000</b>
2021				1.330.000	<b>1.330.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>1.330.000</b>	<b>1.330.000</b>	<b>1.330.000</b>	<b>3.990.000</b>

<b>683 80</b>	<b>741</b>	<b>Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
			360.820		

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu	70.000	
2021 bis zu		70.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017	Angaben in EUR	

noch zu 683 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019		70.000			70.000
2020			70.000		70.000
2021				70.000	70.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>		<b>70.000</b>	<b>70.000</b>	<b>70.000</b>	<b>210.000</b>

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 7.000.000    7.000.000    7.000.000

**TGr. 90 Förderung innovativer Mobilitätsprojekte insbesondere im ländlichen Raum**

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

**Erläuterungen:**

Mit diesen Mitteln werden innovative Mobilitätsprojekte finanziert, die zu einer Erhöhung der Mobilität insbesondere in Räumen mit geringem/fehlendem ÖPNV-Angebot führen sollen.

**633 90 741 Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden 10.000**

neu

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:		<b>25.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu		25.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020					
2021				25.000	25.000
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>				<b>25.000</b>	<b>25.000</b>

**682 90 741 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen 10.000**

neu

**11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

noch zu 682 90

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:		<b>25.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu		25.000
2022 bis zu		
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020					
2021				25.000	<b>25.000</b>
2022					
2023 ff.					
<b>Summen</b>				<b>25.000</b>	<b>25.000</b>

**883 90 741 Zuweisungen für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden**  
 neu

**90.000**

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:		<b>1.000.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu		500.000
2022 bis zu		500.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020					
2021				500.000	<b>500.000</b>
2022				500.000	<b>500.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>				<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>

**891 90 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen**  
 neu

**90.000**

**11** Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
**11 500** Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Ist 2017		
Angaben in EUR					

noch zu 891 90

**Verpflichtungsermächtigungen:**

	2019 EUR	2020 EUR
Betrag:		<b>950.000</b>
davon fällig:		
2020 bis zu		
2021 bis zu		450.000
2022 bis zu		500.000
2023 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2020 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2019					
2020					
2021				450.000	<b>450.000</b>
2022				500.000	<b>500.000</b>
2023 ff.					
<b>Summen</b>				<b>950.000</b>	<b>950.000</b>

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **200.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **109.906.000**    **117.506.000**    **108.000.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
			Angaben in EUR		

<b>Abschluss</b>
------------------

<b>Einnahmen</b>
------------------

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	21.500	21.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	457.080.000	446.210.000	444.060.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	45.108.000	52.608.000	24.000.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>502.208.000</b>	<b>498.839.500</b>	<b>468.081.500</b>

<b>Ausgaben</b>
-----------------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	200.000	200.000	200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	465.080.000	461.261.000	469.481.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50.108.000	58.108.000	48.582.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>515.388.000</b>	<b>519.569.000</b>	<b>518.263.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-13.180.000</b>	<b>-20.729.500</b>	<b>-50.181.500</b>

**Haushaltsübersicht 2019**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
				2019	2020	2021	2022	2023 ff.
1.000 EUR								
1	2		3	4	5	6	7	
<b>11 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>							
613 13	Zuweisung für die übertragenen Aufgaben der/des Fluglärmschutzbeauftragten und der Gutachterin/ des Gutachters für Lärmschutz		360,0	120,0	120,0	120,0		
<b>11 040</b>	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung</b>							
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.892,4	3.110,1	3.754,8	3.142,7	1.884,8	
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.892,4	3.110,1	3.754,8	3.142,7	1.884,8	
883 25	Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Bundesanteil)		6.125,8	1.600,2	1.939,4	1.616,0	970,2	
883 26	Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Landesanteil)		1.225,1	320,0	387,9	323,2	194,0	
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)		5.812,9	1.520,4	1.835,4	1.536,2	920,9	
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)		5.812,9	1.520,4	1.835,4	1.536,2	920,9	
883 30	Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Bundesanteil)		1.530,0	400,1	483,0	404,3	242,6	
883 31	Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Landesanteil)		1.530,0	400,1	483,0	404,3	242,6	
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundemittel)		19.749,5	5.163,9	6.234,9	5.219,6	3.131,1	
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)		19.749,5	5.163,9	6.234,9	5.219,6	3.131,1	
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)		3.725,5	974,4	1.176,0	983,9	591,2	
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)		3.725,5	974,4	1.176,0	983,9	591,2	
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)		4.036,3	1.057,4	1.274,7	1.064,7	639,5	
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)		4.036,3	1.057,4	1.274,7	1.064,7	639,5	
892 10	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus		1.000,0	200,0	200,0	200,0	400,0	
<b>11 200</b>	<b>Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg</b>							
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG V)		500,0	250,0	250,0			



## Haushaltsübersicht 2019

## Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2019	2020	2021	2022	2023 ff.
Titel			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
<b>11 460</b>	<b>Straßen- und Brückenbau</b>						
633 10	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen	40,0	40,0				
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	29.000,0	20.000,0	7.500,0	1.500,0		
883 10	Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau	24.500,0	10.000,0	12.000,0	2.500,0		
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	70.000,0	38.000,0	21.000,0	11.000,0		
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	7.500,0	6.500,0	1.000,0			
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Planungen und Baumaßnahmen	650,0	500,0	125,0	25,0		
<b>11 470</b>	<b>Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -</b>						
685 20	Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung	18,0	18,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 61</b>						
633 61	Zuweisungen an Gemeinden	90,0	90,0				
682 61	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	80,0	80,0				
683 61	Zuschüsse an private Unternehmen	30,0	30,0				
891 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	500,0	500,0				
892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	300,0	300,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 90</b>						
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	1.000,0	250,0	250,0	250,0	250,0	
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	600,0	600,0				
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	150,0	150,0				
891 90	Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheitsarbeit	250,0	200,0	50,0			
<b>11 500</b>	<b>Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs</b>						
633 10	Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)	550,0	550,0				
633 20	Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)	3.000,0	3.000,0				
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)	1.615.000,0		500,0	7.200,0	1.607.300,0	

**Haushaltsübersicht 2019**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2019	2020	2021	2022	2023 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Regionalisierungsgesetz)	1.500,0	500,0	500,0	500,0		
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)	17.000,0	4.500,0	3.500,0	4.000,0	5.000,0	
891 40	Investitionsprogramm 2030 -I2030- (Regionalisierungsgesetz)	22.000,0	5.000,0	4.000,0	5.000,0	8.000,0	
	<b>Titel aus Titelgruppe 60</b>						
633 60	Förderung der Aufgabenträger	69.598,0	69.598,0				
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen	28.402,0	28.402,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 61</b>						
633 61	Zuweisungen an die Aufgabenträger	2.000,0	2.000,0				
682 61	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	600,0	600,0				
683 61	Zuschüsse an private Unternehmen	200,0	200,0				
	<b>Titel aus Titelgruppe 80</b>						
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger	5.600,0	5.600,0				
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen	1.330,0	1.330,0				
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen	70,0	70,0				
	<b>Zusammen</b>	<b>2.004.262,1</b>	<b>225.550,8</b>	<b>82.839,9</b>	<b>58.937,0</b>	<b>1.636.934,4</b>	

**Haushaltsübersicht 2020**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2019	2020	2021	2022	2023 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
<b>11 020</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>						
613 13	Zuweisung für die übertragenen Aufgaben der/des Fluglärmschutzbeauftragten und der Gutachterin/ des Gutachters für Lärmschutz		360,0				
<b>11 040</b>	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung</b>						
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)		11.892,4	11.892,4	3.110,1	3.754,8	5.027,5
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)		11.892,4	11.892,4	3.110,1	3.754,8	5.027,5
883 25	Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Bundesanteil)		6.125,8	6.125,8	1.600,2	1.939,4	2.586,2
883 26	Zuweisungen für Investitionen zur sozialen Integration im Quartier (Landesanteil)		1.225,1	1.225,1	320,0	387,9	517,2
883 27	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Bundesanteil)		5.812,9	5.812,9	1.520,4	1.835,4	2.457,1
883 28	Zuweisungen für die Soziale Stadt (Landesanteil)		5.812,9	5.812,9	1.520,4	1.835,4	2.457,1
883 30	Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Bundesanteil)		1.530,0	1.530,0	400,1	483,0	646,9
883 31	Zuweisungen für das Programm "Zukunft Stadtgrün" (Landesanteil)		1.530,0	1.530,0	400,1	483,0	646,9
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundemittel)		19.749,5	19.749,5	5.163,9	6.234,9	8.350,7
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)		19.749,5	19.749,5	5.163,9	6.234,9	8.350,7
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)		3.725,5	3.725,5	974,4	1.176,0	1.575,1
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)		3.725,5	3.725,5	974,4	1.176,0	1.575,1
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)		4.036,3	4.036,3	1.057,4	1.274,7	1.704,2
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)		4.036,3	4.036,3	1.057,4	1.274,7	1.704,2
892 10	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus		1.000,0				
<b>11 200</b>	<b>Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin - Brandenburg</b>						
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG V)		500,0	500,0	250,0	250,0	

**Haushaltsübersicht 2020**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2019	2020	2021	2022	2023 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
<b>11 460</b>	<b>Straßen- und Brückenbau</b>						
633 10	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der AG Radverkehr brandenburgischer Kommunen		40,0				
682 20	Finanzierung des Ablösebetrages für den Mauerradweg			250,0		250,0	
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit		29.000,0	29.000,0	20.000,0	7.500,0	1.500,0
883 10	Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau		24.500,0	23.500,0	15.000,0	6.000,0	2.500,0
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		70.000,0	67.000,0	37.000,0	20.000,0	10.000,0
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen		7.500,0	7.500,0	6.500,0	1.000,0	
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Planungen und Baumaßnahmen		650,0	103,0	65,5	37,5	
<b>11 470</b>	<b>Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -</b>						
685 20	Zuschüsse für laufende Zwecke für die Bilgenentwässerung		18,0	18,0	18,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 61</b>						
633 61	Zuweisungen an Gemeinden		90,0	90,0	90,0		
682 61	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		80,0	80,0	80,0		
683 61	Zuschüsse an private Unternehmen		30,0	30,0	30,0		
891 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		500,0	500,0	500,0		
892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		300,0	300,0	300,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 90</b>						
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr		1.000,0				
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.		600,0	700,0	700,0		
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit		150,0	150,0	150,0		
891 90	Zuschuss an den Landesbetrieb Straßenwesen für Verkehrssicherheitsarbeit		250,0	220,0	170,0	50,0	
<b>11 500</b>	<b>Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs</b>						
633 10	Ausgleichszahlungen Bedarfsverkehre uÖPNV (Regionalisierungsgesetz)		550,0	550,0	550,0		
633 20	Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)		3.000,0	4.000,0	2.000,0	2.000,0	

**Haushaltsübersicht 2020**

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2019	2020	2021	2022	2023 ff.
1.000 EUR						
1	2	3	4	5	6	7
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller (Regionalisierungsgesetz)	1.615.000,0	1.056.700,0	500,0	5.400,0	1.050.800,0
883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Regionalisierungsgesetz)	1.500,0	1.500,0	500,0	500,0	500,0
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Regionalisierungsgesetz)	17.000,0	11.000,0	3.500,0	3.500,0	4.000,0
891 40	Investitionsprogramm 2030 -I2030- (Regionalisierungsgesetz)	22.000,0	30.000,0		10.000,0	20.000,0
	<b>Titel aus Titelgruppe 60</b>					
633 60	Förderung der Aufgabenträger	69.598,0	69.598,0	69.598,0		
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen	28.402,0	28.402,0	28.402,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 61</b>					
633 61	Zuweisungen an die Aufgabenträger	2.000,0	2.000,0	2.000,0		
682 61	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	600,0	600,0	600,0		
683 61	Zuschüsse an private Unternehmen	200,0	200,0	200,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 80</b>					
633 80	Zuweisungen an die Aufgabenträger	5.600,0	5.600,0	5.600,0		
682 80	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen	1.330,0	1.330,0	1.330,0		
683 80	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen	70,0	70,0	70,0		
	<b>Titel aus Titelgruppe 90</b>					
633 90	Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden		25,0	25,0		
682 90	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		25,0	25,0		
883 90	Zuweisungen für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden		1.000,0	500,0	500,0	
891 90	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		950,0	450,0	500,0	
	<b>Zusammen</b>	<b>2.004.262,1</b>	<b>1.444.335,1</b>	<b>223.076,3</b>	<b>89.332,4</b>	<b>1.131.926,4</b>

**Zusammenfassung der Stellenübersicht 2019 / 2020**

Einzelplanübersicht

<b>Bezeichnung</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>
1 Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	498,00	530,00	559,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00	0,00
3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.857,00	1.931,00	2.028,00
<b>Stellensoll (1-3)</b>	<b>2.355,00</b>	<b>2.461,00</b>	<b>2.587,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	3,00	6,00	6,00
Auszubildende	73,00	93,00	119,00
<b>Leerstellen</b>			
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	5,00	3,00	2,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20,00	10,00	4,00
<b>Summe Leerstellen</b>	<b>25,00</b>	<b>13,00</b>	<b>6,00</b>

**Übersicht über Planstellen und Stellen 2019**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.	
	11010	11020	11400	11460						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B9 hD	1,00									1,00
B5 hD	5,00									5,00
B4 hD				1,00						1,00
B3 hD			1,00							1,00
B2 hD	21,00		1,00	3,00						25,00
Summe	27,00		2,00	4,00						33,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	19,00		2,00	5,00						26,00
A15 hD	33,00		7,00	14,00						54,00
A14 hD	22,00	0,00	12,00	19,00						53,00
A13 hD		5,00	3,00	12,00						20,00
A13 gD	36,00	3,00	16,00	13,00						68,00
A12 gD	21,00	19,00	17,00	96,00						153,00
A11 gD	1,00	0,00	31,00	17,00						49,00
A10 gD	2,00		13,00	43,00						58,00
A9 mD	6,00	0,00		1,00						7,00
A8 mD				9,00						9,00
Summe	140,00	27,00	101,00	229,00						497,00
hD	101,00	5,00	26,00	54,00						186,00
gD	60,00	22,00	77,00	169,00						328,00
mD	6,00	0,00		10,00						16,00
<b>Summe 2019</b>	<b>167,00</b>	<b>27,00</b>	<b>103,00</b>	<b>233,00</b>						<b>530,00</b>
<b>Summe 2018</b>	<b>165,00</b>	<b>0,00</b>	<b>100,00</b>	<b>233,00</b>						<b>498,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst										
ANW hD			2,00	4,00						6,00
A13 hD			0,00							0,00
Summe			2,00	4,00						6,00
hD			2,00	4,00						6,00
<b>Summe 2019</b>			<b>2,00</b>	<b>4,00</b>						<b>6,00</b>
<b>Summe 2018</b>			<b>3,00</b>	<b>0,00</b>						<b>3,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
E 15 Ü	3,00		1,00	1,00						5,00
E 15	12,00		4,00	18,00						34,00
E 14	0,00		17,00	13,00						30,00
E 13	2,00		9,00	67,00						78,00
E 12	16,00		13,00	76,00						105,00
E 11	19,00		21,00	279,00						319,00
E 10			4,00	47,00						51,00
E 9	11,00		9,00	100,00						120,00
E 8	7,00		15,00	424,00						446,00

**Übersicht über Planstellen und Stellen 2019**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.
	11010	11020	11400	11460					
E 7				226,00					226,00
E 6	0,00		10,00	181,00					191,00
E 5				297,00					297,00
E 4	2,00		3,00						5,00
E 3				24,00					24,00
<b>Summe 2019</b>	<b>72,00</b>		<b>106,00</b>	<b>1.753,00</b>					<b>1.931,00</b>
<b>Summe 2018</b>	<b>74,00</b>		<b>108,00</b>	<b>1.675,00</b>					<b>1.857,00</b>
Referendarinnen und Referendare				0,00					0,00
AZUBIS				93,00					93,00
<b>Stellen 2019</b>	<b>239,00</b>	<b>27,00</b>	<b>209,00</b>	<b>1.986,00</b>					<b>2.461,00</b>
<b>Stellen 2018</b>	<b>239,00</b>	<b>0,00</b>	<b>208,00</b>	<b>1.908,00</b>					<b>2.355,00</b>
<b>Leerstellen:</b>									
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter									
Besoldungsordnung A									
A15 hD		2,00							2,00
A13 gD		1,00							1,00
Summe		3,00							3,00
hD		2,00							2,00
gD		1,00							1,00
<b>Summe 2019</b>		<b>3,00</b>							<b>3,00</b>
<b>Summe 2018</b>		<b>5,00</b>							<b>5,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer									
E 15		0,00							0,00
E 14		1,00		0,00					1,00
E 13				1,00					1,00
E 12		1,00		0,00					1,00
E 11				2,00					2,00
E 10		0,00							0,00
E 9		1,00		2,00					3,00
E 6		0,00							0,00
E 4				2,00					2,00
<b>Summe 2019</b>		<b>3,00</b>		<b>7,00</b>					<b>10,00</b>
<b>Summe 2018</b>		<b>12,00</b>		<b>8,00</b>					<b>20,00</b>
<b>Leerstellen 2019</b>		<b>6,00</b>		<b>7,00</b>					<b>13,00</b>
<b>Leerstellen 2018</b>		<b>17,00</b>		<b>8,00</b>					<b>25,00</b>



**Übersicht über Planstellen und Stellen 2020**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.	
	11010	11020	11400	11460						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B9 hD	1,00									1,00
B5 hD	5,00									5,00
B4 hD				1,00						1,00
B3 hD			1,00							1,00
B2 hD	21,00		1,00	3,00						25,00
Summe	27,00		2,00	4,00						33,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	19,00		2,00	5,00						26,00
A15 hD	33,00		7,00	14,00						54,00
A14 hD	22,00	1,00	12,00	19,00						54,00
A13 hD		10,00	3,00	12,00						25,00
A13 gD	36,00	7,00	16,00	13,00						72,00
A12 gD	21,00	35,00	17,00	96,00						169,00
A11 gD	1,00	3,00	31,00	17,00						52,00
A10 gD	2,00		13,00	43,00						58,00
A9 mD	6,00	0,00		1,00						7,00
A8 mD				9,00						9,00
Summe	140,00	56,00	101,00	229,00						526,00
hD	101,00	11,00	26,00	54,00						192,00
gD	60,00	45,00	77,00	169,00						351,00
mD	6,00	0,00		10,00						16,00
<b>Summe 2020</b>	<b>167,00</b>	<b>56,00</b>	<b>103,00</b>	<b>233,00</b>						<b>559,00</b>
<b>Summe 2019</b>	<b>167,00</b>	<b>27,00</b>	<b>103,00</b>	<b>233,00</b>						<b>530,00</b>
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst										
ANW hD			2,00	4,00						6,00
A13 hD			0,00							0,00
Summe			2,00	4,00						6,00
hD			2,00	4,00						6,00
<b>Summe 2020</b>			<b>2,00</b>	<b>4,00</b>						<b>6,00</b>
<b>Summe 2019</b>			<b>2,00</b>	<b>4,00</b>						<b>6,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
E 15 Ü	3,00		1,00	1,00						5,00
E 15	12,00		4,00	18,00						34,00
E 14	0,00		17,00	13,00						30,00
E 13	2,00		9,00	67,00						78,00
E 12	16,00		13,00	76,00						105,00
E 11	19,00		21,00	331,00						371,00
E 10			4,00	47,00						51,00
E 9	11,00		9,00	100,00						120,00
E 8	7,00		15,00	424,00						446,00

**Übersicht über Planstellen und Stellen 2020**

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel								Ges.
	11010	11020	11400	11460					
E 7				226,00					226,00
E 6	0,00		10,00	181,00					191,00
E 5				342,00					342,00
E 4	2,00		3,00						5,00
E 3				24,00					24,00
<b>Summe 2020</b>	<b>72,00</b>		<b>106,00</b>	<b>1.850,00</b>					<b>2.028,00</b>
<b>Summe 2019</b>	<b>72,00</b>		<b>106,00</b>	<b>1.753,00</b>					<b>1.931,00</b>
Referendarinnen und Referendare				0,00					0,00
AZUBIS				119,00					119,00
<b>Stellen 2020</b>	<b>239,00</b>	<b>56,00</b>	<b>209,00</b>	<b>2.083,00</b>					<b>2.587,00</b>
<b>Stellen 2019</b>	<b>239,00</b>	<b>27,00</b>	<b>209,00</b>	<b>1.986,00</b>					<b>2.461,00</b>
<b>Leerstellen:</b>									
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter									
Besoldungsordnung A									
A15 hD		1,00							1,00
A13 gD		1,00							1,00
Summe		2,00							2,00
hD		1,00							1,00
gD		1,00							1,00
<b>Summe 2020</b>		<b>2,00</b>							<b>2,00</b>
<b>Summe 2019</b>		<b>3,00</b>							<b>3,00</b>
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer									
E 15		0,00							0,00
E 14		0,00		0,00					0,00
E 13				0,00					0,00
E 12		1,00		0,00					1,00
E 11				1,00					1,00
E 10		0,00							0,00
E 9		0,00		2,00					2,00
E 6		0,00							0,00
E 4				0,00					0,00
<b>Summe 2020</b>		<b>1,00</b>		<b>3,00</b>					<b>4,00</b>
<b>Summe 2019</b>		<b>3,00</b>		<b>7,00</b>					<b>10,00</b>
<b>Leerstellen 2020</b>		<b>3,00</b>		<b>3,00</b>					<b>6,00</b>
<b>Leerstellen 2019</b>		<b>6,00</b>		<b>7,00</b>					<b>13,00</b>

**Übersicht**

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2018	Soll 2019	Soll 2020	Soll 2018	Soll 2019	Soll 2020	Soll 2018	Soll 2019	Soll 2020	Soll 2018	Soll 2019	Soll 2020	Soll 2018	Soll 2019	Soll 2020
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
11 010 geleast															
11 400 geleast	12 1	12 1	12 1							2	2	2	14 1	14 1	14 1
Zus. geleast	12 1	12 1	12 1							2	2	2	14 1	14 1	14 1